

# Der SOZIALISTISCHE KÄMPFER

ORGAN DES BUNDES SOZIALISTISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS



Sondernummer

Juni 1971

2 Schilling

Es ist ein Kampf, der nie zu Ende geht,  
weil hinter jedem Ziel ein neues steht.

*Liebe Genossin! Lieber Genosse!*

Wir leben in einer bewegten Zeit; Soldaten, aber auch Frauen, Kinder und Greise werden tagtäglich in erbarmungslosen Kriegen getötet. Völker leben in Unfreiheit, und aufrechte, gesinnungstreue Menschen, die sich gegen den Terror und die Unmenschlichkeit der Diktatur auflehnen, werden wieder eingekerkert und in den Gefängnissen gefoltert.

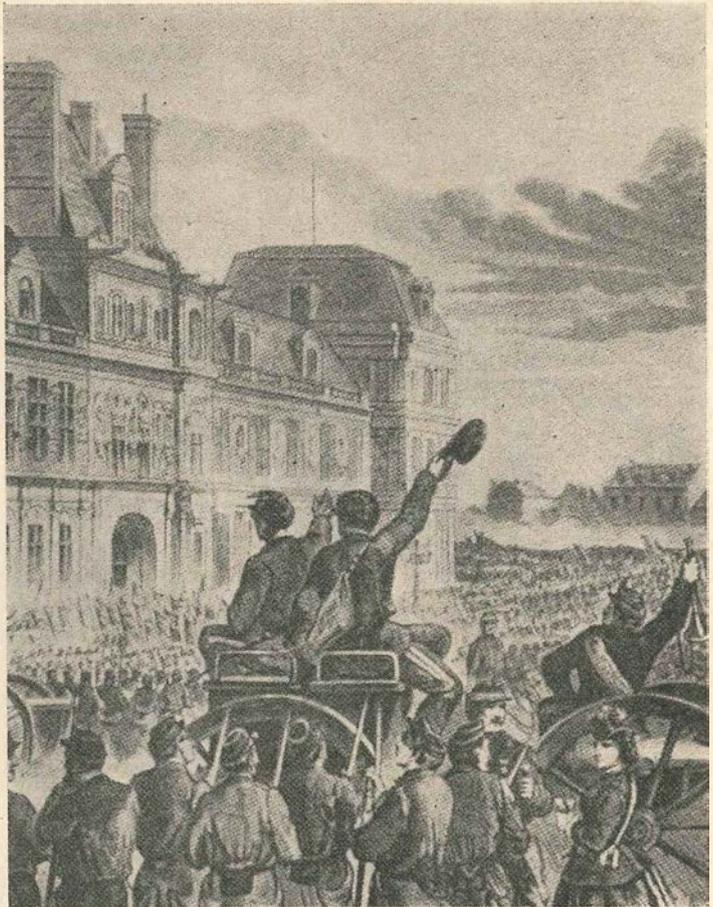
Der Faschismus gehört nicht der Vergangenheit an, dies zeigt die Entwicklung in der Welt deutlich. Gewiß, die Faschisten wagen es nicht, heute ihr wahres Gesicht zu zeigen; aber wie könnte es schon morgen sein, wenn wir nicht wachsam bleiben?

Und hier liegt die große Verantwortung von uns, unsere große Aufgabe. Wollen wir das Vermächtnis unserer Kampfgefährten erfüllen, die für die Freiheit gestorben sind, dann müssen wir der jungen Generation von heute die Aufgabe übertragen, die Fahne des Freiheitskampfes weiter zu tragen, in eine bessere Zukunft. Aus unserer reichen Erfahrung soll sie auch erfahren, was geschehen ist und was geschieht, wenn in einem Lande Freiheit und Demokratie verlorengehen.

Es gilt neue Formen des Freiheitskampfes von heute festzulegen und anzuwenden, wann und wo immer die Freiheit bedroht ist.

**Niemals vergessen!**

# 100 Jahre Pariser Kommune



Eine Gedenkfeier des Bundes der sozialistischen Freiheitskämpfer Österreichs für die Pariser Kommune, die vor hundert Jahren im März 1871 errichtet wurde, regt natürlich zu Worten des Gedenkens an die Kommune von Wien an, die so wie jene nach einem heroischen Kampf der Arbeiter von der Reaktion niedergeworfen worden war. Die Geschichte des Roten Wien ist freilich nur eine Episode und der Februar 1934 nur ein Markstein in der Geschichte des österreichischen Sozialismus. Die Pariser Kommune hingegen ist ein Markstein in der Geschichte der Weltbewegung des Sozialismus; denn es geschah zum ersten Male in der Geschichte, daß die Arbeiterklasse eines Landes die Staatsmacht ergriffen, eine Regierung eingesetzt und versucht hatte, die alte Gesellschaftsordnung zu stürzen und eine neue, bessere Ordnung aufzubauen.

Das Rote Wien, wie es nach der Revolution von 1918 errichtet wurde, und sein Kampf um Leben und Tod im Februar 1934 ist unauslöschbar in unserer Erinnerung. Es muß aber hier kurz geschildert werden, wie es zur Errichtung der Pariser Kommune und zu ihrem Untergang kam.

Die geschichtliche Situation, in der sich die Kommune erhob, war Frankreichs Niederlage im Krieg gegen Preußen im Jahre 1870. Kaiser Napoleon III., der den Krieg angezettelt hatte, war in der Schlacht von Sedan am 4. Septem-

ber 1870 geschlagen und gefangen worden. Als noch am selben Tag die Nachricht von diesem Ereignis in Paris bekannt wurde, proklamierten die Arbeiter, die sich vor dem Rathaus versammelt hatten, die Republik und forderten die Fortsetzung des Krieges bis zur Befreiung des Landes von fremden Truppen.

Die Proklamierung der Republik wurde im Lande mit Jubel begrüßt. Aber die Provisorische Regierung der Republik in den Händen der Reaktion kapitulierte wenige Wochen später; nur Paris weigerte sich, zu kapitulieren. Die Arbeiter und Kleinbürger waren in Waffen. Die Provisorische Regierung selbst hatte sie bewaffnet, als nach der Proklamierung der Republik eine Nationalgarde zur Verteidigung von Paris organisiert wurde. Aber die überwältigende Mehrheit der Nationalversammlung, die im Februar 1871 gewählt worden war, war reaktionär und forderte die Entwaffnung von Paris und seine Unterwerfung. Die Regierungstruppen griffen am 18. März 1871 — und dieses ist das historische Datum — eine Artilleriestellung der Nationalgarde auf dem Montmartre an, um sich der Geschütze zu bemächtigen. Als der Angriff von den Arbeitern zurückgeschlagen wurde, flüchtete die Regierung nach Versailles, wohin sie vorher bereits den Sitz der Nationalversammlung verlegt hatte, und zog den gesamten Verwaltungsapparat des Staates und der Hauptstadt aus Paris zurück.

Das war die Situation, die die Errichtung der Pariser Kommune geradezu erzwang, denn die Evakuierung des Verwaltungsapparates hatte ein Vakuum geschaffen. Paris hatte seit dem Machtaufstieg Napoleon I. keine gewählte Stadtvertretung; die Hauptstadt Frankreichs wurde von Zivilbeamten und Offizieren verwaltet, die von der Regierung ernannt worden waren. So verblieb in Paris nach der Evakuierung des städtischen Verwaltungsapparates nur noch eine einzige zentrale Behörde: das Zentralkomitee der Nationalgarde. Es übernahm die Regierungsgewalt und verfügte unverzüglich Wahlen für eine Volksvertretung von Paris, um dieser die Regierung zu übergeben. Der Gemeinderat, der aus den Wahlen hervorging, gab sich am 28. März 1871 den historischen Namen des revolutionären Gemeinderates von 1792: „Die Kommune von Paris.“

Die Kommune war, wie zu sehen ist, nicht einem vorgefaßten Plan entsprungen. Sie war in ihr Dasein getreten, um ein Vakuum auszufüllen, das die Evakuierung des Verwaltungsapparates durch die Regierung geschaffen hatte. Die Behörden, die bis zur Evakuierung von Paris Autorität ausgeübt hatten, waren verschwunden. Eine neue legitime Behörde mußte an ihre Stelle treten, und diese konnte nur der von den Bürgern von Paris gewählte Gemeinderat sein. Und da, so wie die Regierung, auch ein großer Teil des besitzenden Bürgertums aus Paris geflüchtet war, wurde der in allgemeinen, gleichen und direkten Wahlen gewählte Gemeinderat ein Parlament der Arbeiter und Kleinbürger.

Die Regierung, die vom Parlament der Kommune eingesetzt wurde, stand unter der politischen Führung der revolutionären Sekte Blanquis und der Anhänger der Sekte Proudhons, Vertreter eines anarchistischen, genossenschaftlichen Sozialismus. Die Anhänger der Internationale waren in der Minorität.

Ich glaube, es ist interessant, daran zu erinnern, daß einer der wenigen Marxisten in der Regierung der Kommune ein Mann war, der aus der sozialistischen Bewegung innerhalb der habsburgischen Monarchie hervorgegangen und mit Victor Adler innig befreundet war: Leo Frankel. Er war in Budapest geboren, war Goldarbeiter geworden und hatte schon im Alter von 22 Jahren die erste sozialdemokratische Organisation in Ungarn gegründet und sie auf dem Genfer Kongreß der Ersten Internationale im Jahre 1866 vertreten. Als im folgenden Jahr die Organisation von der Regierung unterdrückt wurde, war er nach Frankreich ausgewandert und hatte in Lyon eine Gruppe der Internationale organisiert. Er war jetzt Arbeitsminister in der Regierung der Kommune.

Die Lebensdauer der Kommune war kurz; sie währte nur zwei Monate. Die Regierung von Versailles, die am 10. Mai 1871 den Friedensvertrag unterzeichnet hatte, erbat von Bismarck die Freilassung der französischen Armee, die in deutsche Gefangenschaft geraten war.

Mit dieser überwältigenden Macht griff die Regierung am 21. Mai die Kommune von Paris an. Die Schlacht währte acht Tage. Die Versailler Truppen mußten gegen den erbitterten Widerstand der Arbeiter Barrikade um Barrikade stürmen. Vierzehntausend Verteidiger der Kommune waren im Kampf hingemetzelt oder hingerichtet worden, und nachdem die Kommune im Blute ihrer Verteidiger ertränkt worden war, tobte sich die Rache der Sieger in einer Orgie von Grausamkeiten aus. Mehr als zehntausend Männer und Frauen, die von den Regierungstruppen gefangen worden waren, wurden von Kriegsgerichten in die Verbrecherkolonie Neukaledonien deportiert oder zu schweren Kerkerstrafen verurteilt.

Die reaktionäre Presse Europas beschuldigte die Internationale der Anstiftung der Erhebung der Pariser Arbeiter. Der Generalrat der Internationale hatte aber in Wahrheit die Arbeiter Frankreichs vor einer Erhebung gewarnt. „Jeder Versuch“, schrieb Marx in der Adresse des Generalrats der Internationale, die er ihr fünf Tage nach Frankreichs Niederlage bei Sedan und der Proklamierung der Republik unterbreitete, „jeder Versuch, die neue Regierung zu stürzen...“, wäre eine verzweifelte Torheit.“ Und Engels schrieb drei Tage später in einem Brief an Marx: „Wenn man in Paris irgend etwas tun könnte, so müßte man ein Losschlagen der Arbeiter vor dem Frieden verhindern.“

In der Tat hatten sich die Arbeiter von Paris erst ein halbes Jahr nach der Proklamierung der Republik erhoben und die Kommune erst errichtet und eine Gegenregierung eingesetzt, als die Versailler Regierung den Versuch unternahm, sie zu entwaffnen.

Vielleicht darf hier an eine Parallele der Ereignisse in Paris im März 1871 mit jenen in Wien im Februar 1934 erinnert werden. Denn wie der Aufstand der Pariser Arbeiter im März 1871, so war der Aufstand der Wiener Arbeiter im Februar 1934 durch einen bewaffneten Angriff der Reaktion provoziert worden. Und wie Marx und Engels, so hatte auch Otto Bauer in tiefster Sorge über die Gefahr einer Katastrophe versucht, dem Ausbruch eines Bürgerkrieges in einer konterrevolutionären Situation, wie sie damals gegeben war, auszuweichen.

Der Bürgerkrieg war aber unausweichlich geworden, in Frankreich wie in Österreich, weil die Reaktion entschlossen war, die Kommune zu vernichten, die eine in Paris, die andere in Wien, und in beiden Ländern die sozialistische Bewegung auszurotten. Der Bürgerkrieg hätte sich nur vermeiden lassen können, wenn sich die Arbeiter widerstandslos der Gnade der Reaktion unterworfen hätten.

Marx würdigte die historische Bedeutung der Pariser Kommune in der dritten Adresse des Generalrats der Internationale. Sie war, schrieb er, der Ausdruck eines „unbestimmten Verlangens nach einer Republik, die nicht nur die monarchische Form der Klassenherrschaft beseitigen sollte, sondern die Klassenherrschaft

# Die Eiserne Front

**Wir sind die Front! Die Eiserne Front!  
Eh' man uns einzeln treffen gekonnt,  
Da schlossen wir uns zusammen!**

**Wir tragen den Pfeil  
Gegen Nazi-Heil**

**Und im Herzen der Freiheit Flammen!  
Und eher siegt der Faschismus nicht  
Eh' er nicht jeden von uns  
Zerbricht!**

**Und wie könnt' er die Mauern rammen?  
Wir sind das Volk!  
Das Arbeiter-Volk**

**Und als man uns gar zu sehr  
Preßte und molk  
Da sind wir zusammengeschlossen  
Zu einer Einheit,  
Zu einer Macht und wir schmieden  
Die Hirne Tag und Nacht  
Und stehen täglich fester geschlossen.**

**Uns Arbeiter-Scharen,  
Die Eiserne Front,  
Die hat noch niemand besiegen  
gekonnt!**

**Die Fäuste zum Gruß, Genossen!**

selbst...“ Es war in der Tat diese Vision, die auch unsere Revolution von 1918 inspirierte — die Errichtung einer Republik, die nicht allein die monarchische Form der Klassenherrschaft beseitigt, sondern die Klassenherrschaft selbst. Diese Vision konnte sich freilich unter den gegebenen Machtverhältnissen der Klassen in unserem vom Krieg ausgebluteten, verstümmelten, von den Lebensmittelzufuhren der imperialistischen Siegermächte abhängigen Lande nicht erfüllen. Aber konnten wir damals auch eine sozialistische Republik nicht aufrichten, so haben wir dort, wo wir die Macht besaßen, ein sozialistisches Gemeinwesen geschaffen — wie immer auch unvollkommen — in unserem Roten Wien.

Marx huldigte der Kommune im grandiosen Finale der Adresse: „Das Paris der Arbeiter mit seiner Kommune“, schrieb er, „wird ewig gefeiert werden als der ruhmvolle Vorbote einer neuen Gesellschaft.“

Ein Vorbote einer neuen Gesellschaft war auch unser Rotes Wien. Seine sozialen und kulturellen Schöpfungen wurden zum Vorbild der Sozialisten aller Länder und trugen den Ruhm Wiens in die Welt. Und der Geist, der unsere Bewegung beseelte, der Idealismus, die Begeisterung, die Opferwilligkeit unserer Genossen für unsere große Sache gewannen der österreichischen Sozialdemokratie die Bewunderung der Internationale.

Wie die Pariser Kommune, so erlag auch die Wiener Kommune einer erdrückenden Übermacht der Reaktion. „Die Märtyrer der Pariser Kommune“, so verkündete Marx in der Adresse des Generalrats der Internationale, „sind eingeschreint im großen Herzen der Arbeiterklasse.“ Und so sind auch unvergessen die Märtyrer des Roten Wien vom Februar 1934, denn sie gaben der Welt in der Finsternis der Reaktion ein leuchtendes Beispiel der Hingabe für die Idee des Sozialismus.



# Die Bundeshauptversammlung 1971

Die Bundeshauptversammlung 1971, die am 27. und 28. Februar 1971 im „Haus der Begegnung“ in Wien-Döbling stattgefunden hat, war für die Delegierten ein Erlebnis, das sich unauslöschlich in das Gedächtnis aller eingepägt hat. Nicht nur, daß sich die Kampfgefährten und Leidensgenossen aus den finstersten Zeiten der faschistischen Ära in unserem Land wieder zu einer großen Tagung zusammengefunden hatten, um einander zu treffen und die Erfahrungen der letzten Jahre zu diskutieren — es galt vielmehr zu prüfen, was der Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus in dem Zeitraum seit der letzten Bundeshauptversammlung geleistet hat, welche Entwicklungen hierzulande und in der Welt vor sich gegangen sind und welche Aufgaben uns unmittelbar bevorstehen.

Der große Saal im „Haus der Begegnung“ in Wien-Döbling war festlich geschmückt: Blumen und Blattpflanzen zierten das Präsidium und auf der Stirnseite dahinter stand in großen Lettern die Parole der Tagung:

**„Es ist ein Kampf, der nie zu Ende geht,  
weil hinter jedem Ziel ein neues steht.“**

Hinter dem Rednerpult war die rote Fahne des Bundes postiert und der Spruch „Niemals vergessen“ mit den Jahreszahlen „1934 bis 1945“ war Mahnung und Verpflichtung zugleich.

Zur würdigen Einleitung brachte die Chorvereinigung des ÖGB unter der Leitung von Genossen Erwin Weiß den „Festgesang“ von Gluck und das Lied „Für die Freiheit der Welt“ von Erwin Weiß zum Vortrag. Am Klavier begleitete Otto Pecha die Darbietungen des Chors.

Unser Geschäftsführender Obmann, die Genossin Rudolfine Muhr, dankte hierauf im Namen der Versammlung für die mit herzlichem Beifall aufgenommenen Chorvorträge und schlug im Namen des Bundesvorstandes vor, die folgenden Genossinnen und Genossen in das Präsidium der Hauptversammlung zu wählen: Jochmann, Nödl, Ackermann, Flussmann, Hindels, Lesjak (Niederösterreich), Meissner (Oberösterreich), Trimmel und Wedenig (Kärnten). Dieser Vorschlag wurde gutgeheißen, so daß nach der Wahl der verschiedenen Kommissionen — Wahlkommission, Mandatsprüfungskommission und Antragsprüfungskommission — die in das Präsidium entsendeten Genossinnen und Genossen ihre Plätze einnehmen konnten.

Genossin Rosa Jochmann dankte zuerst im Namen des Präsidiums der Hauptversammlung für das Vertrauen.

## **Vorsitzende Rosa Jochmann**

Liebe Genossen! Liebe Genossinnen! Im Namen des Präsidiums danke ich für das Vertrauen. Wir werden

die uns anvertrauten Funktionen objektiv und erfüllt von dem Wunsche ausüben, daß wir alle an Wissen und Kenntnissen bereichert wieder zu unserer Arbeit zurückkehren.

Beginnen wollen wir diese unsere Tagung mit einem Gedenken an alle Genossinnen und Genossen (die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen), die im Freiheitskampf der österreichischen, aber auch der internationalen Arbeiterbewegung von uns gegangen sind.

Stellvertretend für alle Pioniere wollen wir der Erwecker der österreichischen Arbeiterschaft Victor und Fritz Adler gedenken und in dieses Gedenken die leidenschaftliche Vertreterin der Rechte der Frauen Genossin Adelheid Popp einschließen, gedenken wollen wir der Vorkämpfer auf gewerkschaftlichem Boden, des Genossen Franz Domes und der Genossin Anna Boschek; gedenken aber auch aller jener, die damals, unter den ärmlichsten Verhältnissen lebend, unermüdlich und unerschrocken dafür und darum kämpften, daß dereinst eine gerechtere Welt erstehen soll; und gedenken wollen wir aller, die am Galgen erwürgt und in den Gaskammern erstickt worden sind. Für alle diese Opfer wollen wir die Namen der Genossen Wallisch und Weissel, der Genossin Käthe Leichter, der Genossen Robert Danneberg und Heinrich Steinitz, des jungen Genossen Roman Felleis sowie der Genossen Eifler und Bernaschek nennen.

Gedenken wollen wir aber auch aller jener, die in den Gefängnissen, Zuchthäusern und KZ, in den Kellern am Morzinplatz gefoltert und gequält, zu Tode geprügelt worden sind. Nicht vergessen wollen wir jene, die, obwohl sie seit Generationen Österreicher waren, auf das tiefste gedemütigt und in ihrer Menschenwürde verletzt wurden, ihre Heimat verlassen mußten und in fremder Erde ruhen, deren Sehnsucht nach ihrer Heimat aber niemals verstummte.

Vor ihnen allen, vor den Genannten und den unzähligen Ungenannten, verbeugen wir uns in tiefster Verbundenheit.

## **Niemals vergessen!**

Seit unserer letzten Hauptversammlung ist unser Kreis wieder kleiner geworden. Unser Bund hat an Mitgliedern und Funktionären 384 Genossen und 97 Genossinnen verloren.

Wir betrauern den Stadtrat von Wien Gottfried Albrecht, den Landeshauptmann Genossen Ludwig Bernaschek, den Sohn unseres am Galgen erwürgten Genossen Bulgari, den Landtagsabgeordneten von Niederösterreich Hans Czidlik, den Abgeordneten und Bürgermeister von Mödling Josef Deutsch, den Nationalrat aus der Steiermark Max Eibegger, den Präsidenten der Kultusgemeinde Dr. Ernst Feldsberg, den Schutzbündler Landtagsabgeordneten Genossen Sailer, den Nationalrat Hans Gumplmayer, den Vorsitzenden der Metallarbeiter Dominik Hummel, den Direktor des „Vorwärts“ Anton Jenschik, die Nationalrätin und Vorsitzende der gewerkschaftlichen Frauenbewegung Wilhelmine Moik, den ewigen Bildungsreferenten vor 1934 in Hietzing, später in Liesing Genossen Rudolf Neuhäus, den Landesrat von Oberösterreich Franz Plasner, den Vorsitzenden der Werktätigen Juden Georg Sonnewald, den Minister Dr. Otto Tschadek aus Niederösterreich, den Präsidenten des Stadtschulrates Dr. Leopold Zechner, den Stadtrat von Wien Leopold Thaller.

Wir betrauern in Kärnten den jungen Genossen Jakob Scharfensteiner, der sich für die Interessen der Freiheitskämpfer trotz seiner Jugend stets einsetzte und der im Dienst verunglückt ist.

Wir betrauern in Niederösterreich den Genossen Johann Rundstück und die treue Genossin Gisela Wozniaczak.

In Oberösterreich betrauern wir die Genossen Georg Gramüller, Erich Katzlinger, Franz Krempler, Josef Manzenreiter und Josef Riedler.

In Salzburg beklagen wir die Genossin Geneveva Beer und die Genossin Anna Ziegler.

In Wien betrauert der 1. Bezirk den Genossen Erwin Aust; der 2. Bezirk den Genossen Fritz Coudek; der 4. Bezirk die Genossen Ludwig Reitler und Josef Täuber; der 5. Bezirk die Genossin Berta Ziegler und — wenn ich ihn auch schon genannt habe — den Genossen Emmerich Sailer, Landtagsabgeordneter und Schutzbündler; im 6. Bezirk beklagen wir den Verlust des Genossen Karl Rauscher; im 7. Bezirk der Genossin Lina Richter; im 9. Bezirk des Genossen Johann Mörzinger; im 10. Bezirk betrauern wir den Genossen Friedrich Bohac, den Genossen Anton Konir, den Genossen Josef Milota und den Genossen Johann Hatzl; der 11. Bezirk betrauert die Genossin Sofie Prohaska, den Genossen Fritz Stojar, den Genossen Richard Weis; der 12. Bezirk den Genossen Karl Kleeberg; der 13. Bezirk die Genossin Maria Blebann, den Genossen Wilhelm Klarl und den Genossen Moritz Mader; der 14. Bezirk den Genossen Rudolf Frania; der 15. Bezirk den Genossen Rudolf Reigel; der 16. Bezirk den Genossen Friedrich Wanek und die Genossin Anna Mistinger; der 17. Bezirk das Genossenehepaar Anna und Franz Leinmüller; der 18. Bezirk den Genossen Adolf Adler, Genossen Wilhelm Helm, den Genossen Leopold Jurik, die Genossin Margarethe Löw und die Genossin Adolfine Papouschek; der 19. Bezirk den Genossen Franz Opfermann und die Genossin Maria Zaunstöck; der 21. Bezirk den Landtagsabgeordneten Genossen Josef Kohl und den Genossen Josef Brazdovics, einen Mitkämpfer von Georg Weissel; der 22. Bezirk den Genossen Otto Huschak.

Ihrer aller, deren Namen ich heute genannt habe, wurde in ihren Wohnbezirken und in ihren Organisationen würdig gedacht. Wir aber, wir Freiheitskämpfer, wir danken jedem einzelnen von ihnen, weil sie die

Fahne des Sozialismus ihr ganzes Leben hindurch getragen haben, weil sie die Fahne auch dann nicht sinken ließen, als die Nacht über unsere Heimat gekommen ist. Sie waren Schutzbündler, sie waren Funktionäre des Bundes. Sie riskierten ihre Familie, ihre Gesundheit, ihre Freiheit und auch ihr Leben nach dem Spruch des jungen Genossen Gerl, der am Galgen erwürgt worden ist, der da sagte: „Die Idee stand ihnen höher als ihr Leben!“ Ihrer aller wollen wir in einer Schweigeminute gedenken. (Die Versammelten verharren längere Zeit in stummem Gedenken.) Niemals vergessen!

Dann ergriff die Vorsitzende unseres Bundes, Genossin **Rosa Jochmann**, das Wort zu ihrer Eröffnungsansprache:

Meine lieben Genossinnen und Genossen! Wir haben unsere letzte Hauptversammlung, die vor mehr als zwei Jahren stattgefunden hat, mit dem Wunsche geschlossen, daß Friede in der Welt werde, wir haben uns beim Abschied die Hände gedrückt in der Hoffnung, daß uns die kommenden Wahlen einen Erfolg bringen mögen, und wir haben gehofft, daß es uns möglich sein werde, unsere letzten bescheidenen Forderungen erfüllt zu sehen.

Die Friedenshoffnung in der Welt hat sich nicht erfüllt. Mit tiefster Anteilnahme verfolgen wir das brennende Problem des Staates Israel. Wir können nur aus tiefstem Herzen wünschen, daß sich eine weise Lösung findet, die den Völkern des Nahen Ostens den Frieden sichert.

Wir wissen, daß zur gleichen Stunde Asien ein Brennpunkt der Weltpolitik ist, wir wissen, daß Bomben auf Städte und Dörfer fallen, wir wissen, daß diese Bomben vor Kindern und Frauen und Greisen nicht haltmachen, und wir wissen, daß dort eine Generation im Krieg herangewachsen ist — dieser Krieg dauert bereits mehr als 30 Jahre —, eine Generation, deren Wiegenlied fallende Bomben waren und die noch sterbend fallende Bomben vernimmt.

Wir hier in unserem kleinen Land, wir leben im Frieden. Auf unsere Städte und Dörfer fallen keine





Genossin Rosa Jochmann spricht

Bomben. Aber wir Freiheitskämpfer stellen doch fest, daß auch bei uns zerstörende Kräfte am Werk sind. Dazu wäre viel zu sagen; unsere begrenzte Zeit aber erlaubt es uns nicht. Nur dieses: Auch heute werden jüdische Friedhöfe, werden Mahnmale geschändet. Ebenso werden Hakenkreuze auf Wände geschmiert. Sechs Millionen Menschen wurden in den Gaskammern erstickt — aber wir waren nicht imstande, den Antisemitismus zu ersticken. KZler wurden und werden diskriminiert. Dieses und vieles andere ist heute wieder bei uns möglich. Nicht möglich ist es aber, die republikfeindliche, die Widerstandskämpfer diffamierende „National-Zeitung“ zu verbieten. Am 25. Februar dieses Jahres erschien in unserer „Arbeiter-Zeitung“ eine Glosse mit dem Titel „Urlaute“. Ich nehme an, daß alle diese Glosse in der „Arbeiter-Zeitung“ gelesen haben, die sich auf ein Plakat bezog. Kein anderes Wort wäre imstande gewesen, dem Inhalt dieser Glosse gerechter zu werden, als dieses Wort „Urlaute“. Man fühlte sich geradezu in die tragische, in die barbarische Zeit versetzt und wurde an die Erzeugnisse des unseligen Hetzblatts „Der Stürmer“ erinnert. Ich möchte nur zwei Aussprüche aus dieser Glosse anführen: „Raus mit den Schädlingen und Querulanten!“ und: „Das Volk wird die Verräter richten!“ Der Schreiber schließt seine Glosse ganz richtig mit der Bemerkung, daß uns dies zu denken geben sollte.

Wir Freiheitskämpfer glauben trotz aller dieser Symptome aber nicht, daß unsere Republik in Gefahr ist. Aber oft und oft muß man daran denken — und man kann das nicht verhindern —, wie sich die Bilder gleichen. Es müßte viel mehr geschehen, um die Jugend aufzuklären und den Alten diese furchtbarste aller Zeiten in Erinnerung zu bringen. Genauso und nicht anders hat es seinerzeit begonnen, allerdings in einer Zeit der bitteren Arbeitslosigkeit. Von wenigen nur wurde damals die Gefahr erkannt, von den meisten wurde sie — das trifft leider auch für heute zu — unterschätzt.

Wir Freiheitskämpfer sehen diese Gefahr. Wir wissen, daß die Tagesarbeit primär ist, aber wir sind doch der Meinung, daß man rechtzeitig den Anfängen — es sind leider keine Anfänge mehr — wehren muß.

Ich hatte das Glück, Otto Bauer 48 Stunden vor dem Einmarsch Hitlers illegal in Prag zu besuchen. Otto Bauer prophezeite damals vieles, was später eingetreten ist. Er sagte auch, daß man den 12. Februar erst in einem gewissen Abstand, in 30 oder 40 Jahren, richtig analysieren können wird. Und so wie in vielem hatte Otto Bauer auch hier recht. Wir wissen, daß beschlossen wurde, ein Komitee ins Leben zu rufen, das sich mit dieser Analyse beschäftigen wird. **Es ist gut, daß man eine solche Analyse anstellt, aber wir sind der Meinung und werden uns mit diesem Ersuchen an die zuständigen Stellen wenden, daß diesem Komitee auch Vertreter der gesetzlich anerkannten Verbände angehören und daß diese Vertreter auch ein Mitspracherecht haben sollen.**

Unser zweiter Wunsch, den wir am Schluß unserer letzten Hauptversammlung hatten, nämlich daß die damals bevorstehenden Nationalratswahlen erfolgreich sein sollen, hat sich erfüllt, und ich gestehe es offen: mehr erfüllt, als die meisten von uns es zu hoffen wagten. Wir erlebten die Stunde, da zum erstenmal in der Geschichte unseres Kampfes auf der

Regierungsbank nur Sozialisten saßen. (Beifall.) Und ich darf freudig und glücklich hinzufügen, Genossinnen und Genossen, und Sie werden das verstehen, daß unter ihnen zum erstenmal in der Geschichte der Arbeiterbewegung auch zwei tüchtige Genossinnen sind. (Neuerlicher Beifall.) Wir erlebten das Glück, daß der Erste und der Dritte Präsident des Nationalrates Sozialisten sind, und zum erstenmal in der Geschichte der Arbeiterbewegung ist ein Sozialist Bundeskanzler. Daran mußten wir in der Stunde denken, als wir wußten, daß die Partei den großen Mut haben wird, in eine Minderheitsregierung zu gehen. Damit, Genossen und Genossinnen, hat sich der Wunschtraum von Generationen erfüllt. Der Wunschtraum seit jener Zeit, da Victor Adler die Arbeiter lehrte, daß wir an den Toren des Parlaments rütteln, daß wir Einlaß begehren, daß wir uns diesen Einlaß erzwingen müssen, da sich nur so das Geschick der Unterdrückten wenden könne.

Wir leben in den Februartagen; sie sind voller Erinnerungen. Unser Weg war schwer, steinig und blutig, und dies nicht nur in der Zeit von 1934 bis 1945.

Genossinnen und Genossen! Alle guten Ratschläge, die uns gegeben werden, nämlich daß wir diese Zeit verdrängen sollen, sind nicht erfüllbar. Man kann sie nicht verdrängen. Aber in der Stunde, als wir von diesem stolzen Wahlerfolg erfuhren, da dachten wir an die, die es nicht mehr erlebt haben. Es war also nichts umsonst! Denn ohne überheblich zu sein, Genossen und Genossinnen, dürfen wir, die alt Gewordenen, doch sagen, daß dieser Wahlerfolg kein Sieg ist, der aus der Zeit allein geboren wurde, sondern ein Sieg, der durch die Fortsetzung der Arbeit der illegalen Revolutionären Sozialisten, durch die Fortsetzung der Arbeit nach 1945 möglich geworden ist!

**Wir werden morgen unsere Tagung schließen, Genossinnen und Genossen, in der großen Hoffnung, daß der nächste Bundespräsident wieder Franz Jonas heißen werde.** (Starker Beifall.) Die Gewisheit, Genossinnen und Genossen, daß unser Weg trotz aller Verunglimpfungen von seiten der Gegner nach aufwärts und nach vorwärts geht, erfüllt uns nicht nur mit Zuversicht, sie verpflichtet uns auch.

Wir wissen, daß diese so veränderte Welt vieler Umstellungen der politischen Arbeit bedarf. Aber, Genossinnen und Genossen, das sagen wir, die alt Gewordenen, die Schüler von Victor Adler und Otto Bauer: **Trotz alledem dürfen wir an den Grundsätzen unserer Partei nicht rütteln.** Wir folgen den Ermahnungen und Belehrungen von Victor Adler und seinem Schüler Otto Bauer, daß man über aller Tagesarbeit unser großes Ziel nicht aus den Augen verlieren darf! (Lebhafter Beifall.) In diesem Sinne, Genossinnen und Genossen, wollen wir mit unserer Tagung beginnen.

Vorher aber habe ich noch die Aufgabe, festzustellen, daß eine große Reihe von Genossinnen und Genossen, die wir zu uns eingeladen haben, nicht hat kommen können, weil andere Verpflichtungen sie daran hindern. Begrüßungsschreiben haben uns geschickt: Präsident des Nationalrates Karl Waldbrunner, Minister Josef Moser, Minister Josef Staribacher, Minister Oskar Weihs, Minister Erwin Frühbauer, Minister Hertha Firnberg, Staatssekretär Ernst Eugen Veselsky, der Obmann des Klubs der sozialistischen Abgeordneten Bruno Pittermann, Bürgermeister Felix Slavik, Altbürgermeister Bruno Marek, Stadtrat Maria Jacobi, Vizebürgermeister Gertrude Sandner, Stadtrat Reinhold Suttner, der Arbeiterbund für Sport und Körperkultur Österreichs, der Bund sozialistischer Akademiker und unser Genosse Josef Moll aus Kärnten.

Alle diese Begrüßungsschreiben drücken das Bedauern der Genossinnen und Genossen darüber aus, daß sie zu unserer Tagung nicht kommen können, aber sie alle fühlen sich mit uns verbunden und wünschen, daß unsere Tagung viele Erfolge bringen möge. Es ist unmöglich, alle Begrüßungsschreiben vorzulesen; wir werden sie aber in unserem Protokoll verewigen.

Ein Begrüßungsschreiben jedoch möchte ich aber doch hier vorlesen; es ist von unserem Genossen Karl

Maisel, dem früheren Minister für soziale Verwaltung, der es mit der Hand geschrieben hat! Er schreibt:

*„Werte Bundeshauptversammlung! Werte Schicksalsfreunde! Namens des Bundesvorstandes wurde ich eingeladen, als Gast an der Hauptversammlung teilzunehmen. Gerne wäre ich dieser freundlichen Einladung gefolgt, denn schließlich ist das grundsätzliche Opferfürsorgegesetz in der Zeit meiner Ministerschaft vom Parlament beschlossen worden. Aber ein mich schon länger gehbehinderndes Fußleiden — Erinnerung an Buchenwald — vereitelt mein Wollen.*

*Ich darf also annehmen, daß mein Fernbleiben entschuldigt wird und meine besten Wünsche für einen guten Verlauf der Bundeshauptversammlung sowie eine gute Erledigung der vorliegenden Anträge zur weiteren Verbesserung des alten Gesetzes entgegengenommen werden.*

Mit herzlichem Freundschaftsgruß

Euer  
Karl Maisel.“

Genosse Eduard Weikhart ist leider schwer erkrankt. Ich glaube, daß die Konferenz damit einverstanden ist, ihm ein Grußtelegramm zu schicken.

Nun kommt die schwerste Aufgabe, Genossinnen und Genossen, nämlich die Aufgabe der Begrüßung: Ich möchte unserer Freude darüber Ausdruck verleihen, daß wir den Vizekanzler, den Minister, unseren Genossen Ing. Rudolf Häuser bei uns begrüßen können. (Beifall.) Ich darf anschließend daran gleich seinen Vorgänger, unseren Genossen Anton Proksch, mit seiner Frau Lina herzlich begrüßen. (Beifall.) Wir freuen uns darüber, daß Justizminister Genosse Doktor Christian Broda zu uns gekommen ist. (Beifall.) Wir sind sehr glücklich, daß Genosse Anton Benya, der Präsident des Gewerkschaftsbundes, in unserer Mitte weilte. (Beifall.) Wir begrüßen den Präsidenten der Wiener Arbeiterkammer Genossen Ing. Hrdlitschka (Beifall) und freuen uns darüber, daß er seine liebe Frau mitgebracht hat. (Erneuter Beifall.) Wir begrüßen den Präsidenten des Wiener Stadtschulrates Genossen Dr. Hermann Schnell. (Beifall.) Begrüßt seien die Stadträte Genosse Heller (Beifall) und Genosse Nekula. (Beifall.) Wir freuen uns, daß der Zentralsekretär der Sozialistischen Partei Genosse Fritz Marsch bei uns ist, und er sei herzlich begrüßt. (Beifall.) Es sind die Nationalräte Genosse Robert Weisz (Beifall) und Genosse Otto Skritek zu uns gekommen. (Beifall.) Es sind drei Genossen zu uns gekommen, die in ihrem Paß — denn wir kriegen ja neue Pässe — zwar einzutragen haben, daß sie Pensionisten sind; nämlich der Genosse Karl Mark, der Genosse Karl Flöttl und der Genosse Heinrich Widmayer. (Beifall.) Aber wenn auch in ihrem Paß „Pensionist“ steht, so wissen wir doch, daß sie es nicht lassen können und daß sie in ihrer Arbeit fleißig weitertun und in der Sozialistischen Partei in manchen Positionen dort fortsetzen, wo sie die Arbeit aus der Hand gelegt haben. Sie seien herzlich begrüßt.

Die Genossin Nödl glaubt, daß ich den Genossen Ernst Winkler vergessen habe. Aber es ist doch nicht möglich, Genossinnen und Genossen, daß ich einen „Professor“ gemeinsam mit den pensionierten Nationalräten nenne. (Heiterkeit und Beifall.) Und weil das eben schon bei den Professoren so ist, lieber Ernstl, sei halt separat herzlich begrüßt. Wir freuen uns, daß als Ehrengäste und liebe Gäste des Bundesvorstandes die Genossinnen Martha und Mathilde Schimmerl zu uns gekommen sind, Funktionärinnen aus der Zeit vor 1934, und freuen uns ganz besonders, daß unsere liebe Genossin Meta Steinitz unter uns weilte. (Beifall.) Ehrengast unseres Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer ist auch der Spanienkämpfer und illegale Revolutionäre Sozialist Dr. Josef Schneeweiß, den wir allerherzlichst begrüßen. (Beifall.) Daß von unserer Zeitung „Die Frau“ — und ich darf ohne Überheblichkeit sagen, daß es die beste Frauenzeitung und die weitestverbreitete Frauenzeitung in Österreich ist — unsere liebe Genossin Anneliese Albrecht zu uns

gekommen ist, das will ich besonders hervorheben (Beifall) und sie herzlichst begrüßen; ebenso herzlich den Genossen Hans Waschek von der Sozialistischen Korrespondenz.

Die Partei hat eine besondere Einrichtung, und zwar gibt es ein Archiv über die Geschichte der Arbeiterbewegung, ein sehr wertvolles Archiv. In Vertretung dieses „Vereins für Geschichte der Arbeiterbewegung“ möchte ich den Genossen Ernst K. Herlitzka sehr herzlich bei uns begrüßen. (Beifall.) Für die Kinderfreunde begrüße ich den Genossen Jakob Bindel. (Beifall.) Für die Sozialistische Jugend begrüße ich den Genossen Johann Hatzl (Beifall) und für die Junge Generation den Genossen Herbert Brosch.

Ich hoffe, Genossen und Genossinnen, daß ich alle genannt habe, die nach dem ungeschriebenen Protokoll persönlich begrüßt werden müssen. Sollte das nicht der Fall sein, dann bitte ich vielmals um Entschuldigung. Eben höre ich, daß auch unsere liebe Genossin Doktor Ella Lingens bei uns erschienen ist und der Genosse Menahem Bargil, die wir ebenso herzlich begrüßen.

Aber, Genossinnen und Genossen, ebenso herzlich begrüße ich alle unsere Delegierten, die aus Wien und aus den Bundesländern zu uns gekommen sind, und die Genossinnen und Genossen, die auf der schönen Galerie da oben Platz genommen haben. Auch sie alle, aus Wien, aus Niederösterreich und den anderen Bundesländern, seien allerherzlichst begrüßt.

Sehr leid tut es uns, daß heute kein Vertreter der „Arbeiter-Zeitung“ zu uns gekommen ist, weil für uns heute eigentlich ein denkwürdiger Tag ist: Der Bund der sozialistischen Freiheitskämpfer feiert eine Premiere in der „Arbeiter-Zeitung“. (Beifall.) Denn, Genossinnen und Genossen, und ich stelle das sehr dankbar fest — es ist zwar spät geschehen, aber es ist geschehen —, zum erstenmal in der Geschichte unseres Kampfes, zum erstenmal seit 1945 ist der Leitartikel der Hauptversammlung des Bundes der sozialistischen Freiheitskämpfer gewidmet (Beifall)! Dafür, Genossinnen und Genossen, wollen wir dem Chefredakteur dieser Zeitung und allen seinen Mitarbeitern aus tiefstem Herzen danken und ihnen sagen, daß es auch in Zukunft nicht verboten ist, daß man der Freiheitskämpfer und der Widerstandskämpfer gedenkt.

Nach der Ansprache unserer Genossin Jochmann, die von der Versammlung immer wieder mit viel Beifall und Zustimmung bedacht wurde, kamen unsere Gäste zu Wort. Als erster Redner ergriff der Vizekanzler und Bundesminister für soziale Verwaltung, unser Genosse Häuser, das Wort.

#### Vizekanzler Ing. Rudolf Häuser

Liebe Genossinnen und Genossen! Verehrte Konferenzteilnehmer! Ich habe die angenehme Aufgabe, Sie im Namen der sozialistischen Regierung herzlichst zu begrüßen und Ihnen die besten Wünsche für den Verlauf der Tagung zu übermitteln, die Sie heute und morgen abhalten.

Genossin Jochmann hat schon bei ihrer Begrüßung ausgeführt, daß die sozialistische Regierung zwar eine sozialistische Alleinregierung ist; aber auf der Ebene der Gesetzgebung verfügt sie nicht über die entsprechende Mehrheit. Aus dieser Situation heraus ist es auch zu verstehen, wenn manche unserer Zielsetzungen doch nicht in dem Maße einer Realisierung zugeführt werden können, wie wir uns das alle zusammen sehr wünschen. Nur kann es nicht meine Aufgabe sein, bei der Begrüßung zu dieser Problematik Stellung zu nehmen, denn sicherlich wird ja Genosse Kreisky in seinem Referat dazu einiges sagen.

Liebe Genossen und Genossinnen! Sie erwarten jetzt mit Recht von mir in meiner Funktion als Sozialminister ein Versprechen oder zumindest eine Erklärung zu den noch offenen Forderungen der Opfer des Faschismus, im besonderen der sozialistischen Freiheitskämpfer. Ich darf hier sagen, daß wir uns schon sehr bald nachdem wir die Regierungsgeschäfte übernommen hatten, mit unseren Freunden in Verbindung setzten. Aber leider konnten wir so wie in vielen an-

deren Bereichen der sozialen Gesetzgebung nicht all das wahr machen, was seit Jahren offen ist und was wir alle wünschen, weil wir zwar — und das ist jetzt keine leere Ausrede, sondern leider eine traurige Feststellung — die Regierungsgeschäfte allein durchführen können, aber mit einer Hypothek belastet sind, wodurch wir manches, was wir als sozial gerechtfertigt ansehen, ganz einfach infolge mangelnder Mittel nicht realisieren können.

Daher muß bei allen diesen Überlegungen und Entscheidungen, die ja einen ganz großen Kreis von sozial Bedürftigen betreffen, primär der soziale Charakter, die soziale Notwendigkeit in den Vordergrund gestellt werden. Und darum haben wir dafür zu sorgen, daß Menschen, die in sozial schlechten Verhältnissen leben, schrittweise einer Verbesserung ihrer Lage teilhaftig werden. Wir haben auf diesem Gebiete in der kurzen Phase unserer Regierungstätigkeit schon einiges getan und vorbereitet. Ich denke hier etwa an die fühlbare Erhöhung des Richtsatzes für die Ausgleichszulage; das liegt zwar außerhalb dieses Bereiches, zeigt aber die Tendenz auf, die wir im Rahmen der realistischen Politik, die wir betreiben, verfolgen.

**Ich möchte aber hier doch sehr deutlich sagen, was ich schon bei den Beratungen im vergangenen Jahr in Aussicht gestellt habe: Wir werden heuer rechtzeitig beginnen, uns mit den Vertretern der Verbände über ihre Forderungen auseinanderzusetzen, um gemeinsam mit ihnen ein Programm zu entwickeln, das nach den gegebenen Möglichkeiten, aber auch nach den entsprechenden vordringlichen Wünschen der Organisationen durchgeführt werden soll. Ich darf diese Erklärung offiziell auch hier vor der Organisation der sozialistischen Freiheitskämpfer aussprechen.**

Aber ich möchte die Gelegenheit, daß ich hier eine Begrüßungsansprache halten kann, ein wenig mißbrauchen und dem offiziellen Teil auch einige persönliche Gedankengänge anschließen.

Wenn in den einleitenden Bemerkungen der Genossin Jochmann auf die Geschichte des Freiheitskampfes zurückgeblickt wurde, wenn wir feststellen, daß dieser jahrzehntelange, ja man kann sagen ein Jahrhundert lang geführte Kampf der Arbeiterbewegung gegen Unterdrückung und für die Gleichheit aller vor Gesetz und Recht einen Erfolg gebracht hat, in der ganzen historischen Entwicklung etwa kurz dargestellt von der Koalitionsfreiheit über das Recht auf politische Mitbestimmung, über die Schaffung unserer demokratischen Republik und die Wiedererlangung unserer Souveränität bis zu jenem 6. März und bis zum 21. April 1970, seit dem es die sozialistische Regierung gibt, wenn wir weiters mit Freude feststellen können, daß es im Zusammenhang mit diesem Kampf einen sehr erfolgreichen wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg gegeben hat, dann sollen wir, wie es der Spruch hier\* kundtut, doch auch erkennen, daß wir zwar vieles im Rahmen unseres Kampfes erreicht haben, daß aber manches von dem, was man so schlechthin bereits durchgesetzt zu haben glaubt, doch nur eine untergeordnete Bedeutung hat.

Wenn ich also hier etwa unsere großen Zielsetzungen von Freiheit und Gleichheit für alle in einer kurzen Darstellung unter Bezugnahme auf die heutigen Verhältnisse demonstriere, so möchte ich behaupten, daß der Form nach sicherlich viel erreicht wurde, daß aber im gesellschaftlichen Zusammenleben diese Begriffe vielfach nur platonischen Charakter haben. Es hat sich manches zu unserem Vorteil geändert, aber gerade zum Begriff „Freiheit“ möchte ich einen alten Vergleich aus der Geschichte bringen, der auch heute noch für viele Bereiche des Lebens symbolhaft ist: Die „Freiheit“ des Reichen und des Bettlers, die darin liegt, daß sie beide unter der Brücke schlafen können — nur mit dem Unterschied, daß es der eine kann und der andere muß.

Ich führe nur zwei Beispiele an, obwohl ich sehr genau weiß, daß man eine Begrüßungsrede nicht über Gebühr ausdehnen soll. Aber diese Beispiele sind so

symptomatisch für unsere Aufgaben im politischen Alltagskampf, daß ich glaube, doch kurz darauf hinweisen zu müssen.

Die Unternehmerschaft betrachtet das Recht auf Freiheit vor bürokratischer Bevormundung als ihr Grundrecht. Dieser Begriff ist im Zusammenhang mit dem jetzt zu behandelnden Lebensmittelgesetz in den Vordergrund getreten. Das heißt mit anderen Worten: Nur der Unternehmer allein hat die Freiheit, zu tun und zu lassen, was er für richtig hält, völlig unabhängig davon, ob die Konsequenzen, die daraus entstehen, für die Masse der Konsumenten eine gesundheitliche Schädigung bedeuten oder sonstige Gefahren mit sich bringen. Diese „Freiheit“ heißt, auf Kosten der anderen besser leben zu können.

Auf der gleichen Ebene der sogenannten Gleichheit liegt auch der Gedankengang, der jetzt bei den Auseinandersetzungen über das Betriebsrätegesetz auftritt. Und wieder sei es gesagt, Genossinnen und Genossen, wie symptomatisch das ist, wenn nämlich von uns verlangt wird, daß der Betriebsrat im Rahmen seiner Funktion nicht schwerere Konsequenzen für eine Handlung auf sich zu nehmen hat als die andere Seite, dann schreit man in der bürgerlichen Welt auf und sagt etwa: Ja, wo kämen wir denn hin, wenn jetzt etwa der Betriebsrat mit der Faust auf den Tisch schlagen und einen beleidigen könnte? Haben das Recht dazu ausschließlich jene, die die Arbeit geben, wie das so schön heißt? Das ist meine Frage.

Ja, wo kommen wir denn da hin, frage auch ich. Aber wo ist denn da die Gleichheit, wenn der eine für ein Delikt bestenfalls einige hundert Schilling Geldstrafe bekommt, der andere aber Gefahr läuft, seine Existenz zu verlieren?

Diese beiden Gedankengänge, mitten aus dem täglichen Leben herausgegriffen, sind meiner Meinung nach für uns alle, die wir im politischen Leben stehen, ein Grund, darüber nachzudenken, daß es kein Ende geben kann, was immer wir erreicht haben, weil wir immer noch Fälle finden, wo diese Zielsetzungen aus lang vergangenen Tagen nicht erfüllt sind. Es werden zwar schöne Worte von Sozialpartnerschaft gesprochen, und die Gegensätze im gesellschaftlichen Zusammenleben sind vielleicht etwas milder geworden —, aber niemand soll uns einreden, daß sie etwa zu bestehen aufgehört haben.

Und in dem Maße, liebe Freunde, als wir erkennen, daß nach wie vor in den wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Bereichen die Interessengruppen einen Einfluß ausüben, daß es die Sache der einzelnen Gesellschaftsgruppen ist, ihre Rechte, ihre Freiheit, ihre Gleichheit zu erlangen, in dem Maße werden wir auch unsere Zielsetzung, von der die Genossin Jochmann gesprochen hat, verwirklichen können, eine sozialistische Ordnung in der Welt zu schaffen. Freundschaft!

Die Vorsitzende, Genossin Rosa Jochmann, dankte dem Genossen Häuser für seine Worte und fügte hinzu:

Du hast uns einmal gesagt, daß der größte Teil des Kuchens, den Dir die ÖVP hinterlassen hat, ziemlich hart ist, daß man von ihm so schwer etwas abschneiden kann und daß daher für die sozial Bedürftigsten

---

**Für uns als sozialistische Regierung muß die Meinung der Pessimisten die ausschlaggebende sein. Denn wenn wir diese Linie zu unserer machen, dann kann nichts passieren, wenn die Pessimisten unrecht haben sollten; jedenfalls kann nichts passieren, außer daß wir besser vorbereitet sind.**

---

\* Es ist ein Kampf, der nie zu Ende geht, weil hinter jedem Ziel ein neues steht.

wenig übrigbleibt. Aber zu den sozial Bedürftigsten gehören auch die Opfer und die Hinterbliebenen des Freiheitskampfes.

Wenn wir Dir, lieber Genosse Häuser, heute das Goldene Abzeichen unseres Bundes überreichen, so geschieht das dafür, daß Du immer einer der unsrigen warst und einer der unsrigen bist. Aber ein bisschen, Genossen und Genossinnen, ist schon der Hintergedanke dabei, daß sich der Genosse Häuser sehr anstrengen möge, damit er von dem harten Stück für uns,



für die Opfer des Faschismus, ein großes Stück abschneiden kann. (Unter dem lebhaften Beifall der Tagungsteilnehmer steckt Obmann Rosa Jochmann dem Vizekanzler Ing. Häuser das Goldene Abzeichen an.)

Genossin Jochmann brachte nun noch die Entschuldigung des Genossen Alfred Ströer zur Kenntnis der Versammlung, der wegen einer Versammlung in Innsbruck verhindert ist, und begrüßte nachträglich den Sekretär der SPÖ Döbling, Genossen Stockinger; dank seiner Aktivität gehört Döbling zu jenen Bezirksorganisationen, die die Interessen der Freiheitskämpfer immer tatkräftig unterstützen. Dann bat Genossin Jochmann den nächsten Redner, Genossen Anton Benya, das Wort zu ergreifen.

#### Präsident des ÖGB NR Anton Benya

Hohes Präsidium! Genossinnen und Genossen! Ich darf Euch die Grüße der sozialistischen Gewerkschafter überbringen, die ja im Österreichischen Gewerkschaftsbund die überwiegende Mehrheit sind. Wenn wir heute beisammen sind und wenn an der Stirnwand dieses Saales so wie immer der Spruch steht „Niemals vergessen!“, dann glaube ich sagen zu dürfen: Wir sollen nicht nur niemals vergessen, wie es war, sondern wir sollen auch niemals vergessen, wie es dazu kam.“

Ich möchte daher mahnend an 1920 erinnern, wo eine Koalition zerbrochen ist und dann 14 Jahre lang in Österreich der Bürgerblock regierte. Dieses Regieren der Mehrheit der bürgerlichen Abgeordneten und ihrer bürgerlichen Regierungen hat ja letztlich dazu geführt, daß die Not in diesem Lande damals so groß geworden ist. Die große Arbeitslosigkeit, die durch die falsche Wirtschaftspolitik hervorgerufen wurde, hat damals dem Bürgertum Angst gemacht und es hat befürchtet, neuerlich einen Wahlgang zu erleben. So hat man im Jahre 1934 mit Gewalt die Organisationen der Arbeiterbewegung zerschlagen, das Parlament aufgelöst, alle freien Organisationen zerstört und den Austrofaschismus etabliert.

Wir sind in die Illegalität gegangen und wir haben in der Illegalität dem Gegner zugesetzt. Als dann anfangs 1938 wir Revolutionären Sozialisten, wir Freien Gewerkschafter im Untergrund bereit gewesen sind,

trotz alledem gegen die Gefahr mitzukämpfen, die uns aus Deutschland drohte, auch damals mitzukämpfen in dieser Zeit der Not und unter den bestehenden Voraussetzungen, wo schon am Horizont stand, was kommen würde, da waren die Herren noch überheblich, waren sie ängstlich und waren sie der Meinung: Wozu brauchen wir denn diese Menschen! Der Abwehrkampf hat dann nicht stattgefunden, weil sie alle mitsammen nicht den Mut gehabt haben, sich zur Wehr zu setzen. Aus den Äußerungen unseres Bundesparteiobmannes im Zusammenhang mit der Bundesheerdebatte haben wir das sehr deutlich zu hören bekommen. Und so kam der März 1938, kam der braune Faschismus, von dem uns damals Jungen die Alten sagten: Das bedeutet Krieg! Faschismus bedeutet Krieg! Viele junge Menschen wollten nicht daran glauben, daß es wirklich so kommen könnte. Aber der zweite Weltkrieg mit all seinen Schrecken kam.

Heute können wir freilich sagen, daß die damaligen Mahner recht gehabt haben. Aber damals nahm das Schicksal seinen Lauf. Und viele der illegalen Sozialisten gingen zum zweitenmal in den Kerker, gingen zum zweitenmal in Konzentrationslager. Draußen auf den Schlachtfeldern in aller Welt, daheim bedroht von den Bomben und immer wieder hoffend, noch einmal davonzukommen, da sagten sich viele Menschen: Wenn wir nach Hause kommen, dann wollen wir eine neue, eine bessere, eine schönere Welt bauen! Und jene, die in den Kerkern schmachteten, hofften und sagten sich das gleiche. Jene, die in den Städten vor dem Bombenregen in die Keller flüchteten, meinten: Wenn all dies wieder vorbei sein wird, wenn all unsere Lieben wieder daheim sein werden, dann wollen wir uns eine neue, eine bessere, eine schönere Welt bauen!

So sind wir dann im Jahre 1945 angetreten und haben begonnen, diese unsere Heimat neu zu gestalten. Wir haben unsere Partei geschaffen, wir haben diese Partei immer wieder stärker gemacht, und wir können nun auf unseren bisher größten Erfolg hinweisen: eine Regierung, die hauptsächlich aus Sozialisten besteht.

Aber wenn wir uns auch darüber mit Recht sehr freuen, dann sollen wir doch wachsam sein, wie es in unserem Dialog immer heißt, und mahnen. Wir sollen jenen, die da vielleicht meinen, es wäre nun schon der Sozialismus verwirklicht, weil es dem einen oder anderen besser geht, eine Mahnung zurufen; wir sollen mahnen als sozialistische Freiheitskämpfer! Nicht die Zahl der Mahner soll hier ausschlaggebend sein, sondern der Geist, der in uns wohnt und den wir weitertragen sollen. Wir sollen ihnen sagen: Seien wir froh, daß es dem einen oder anderen in dieser bürgerlichen Gesellschaftsordnung etwas besser geht als früher. Aber unser Ziel, eine sozialistische Gesellschaftsordnung zu schaffen, haben wir damit noch nicht erreicht.

Wir sollen mahnen und wir dürfen nicht müde werden. Ich glaube sagen zu können, daß die sozialistischen Freiheitskämpfer sicher sein können, daß die kleine Zahl, die den großen Geist auszustrahlen hat,



von der großen Zahl der in den Gewerkschaften organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten unterstützt wird, in der Richtung, die ich vorher aufgezeigt habe: Diese ungerechte Gesellschaftsordnung durch eine gerechte, eben durch eine sozialistische Gesellschaftsordnung zu ersetzen. Das soll uns als Ziel vorschweben, wenn wir sagen: Niemals vergessen! Wenn wir sagen, daß hinter jedem Ziel ein neues steht, dann haben wir das nächste Ziel — die Genossin Jochmann hat es bereits ausgesprochen — zur sozialistischen Regierung neuerlich einen sozialistischen Bundespräsidenten zu wählen. Unser nächstes und weiteres Ziel muß es dann sein, die sozialistische Gesellschaftsordnung endlich einmal zu verwirklichen. Freundschaft!

Nach herzlichen Dankesworten überreichte dann Genossin Jochmann dem Genossen Anton Benya unter dem lebhaften Beifall der Versammlung das Goldene Abzeichen unseres Bundes.

Als der nächste unserer Gäste, die Begrüßungsworte an die Bundeshauptversammlung richteten, sprach dann Genosse

#### **Präsident Ing. Wilhelm Hrdlitschka**

Liebe Genossinnen und Genossen. Ich überbringe Ihnen Grüße und Glückwünsche im Namen der sozialistischen Fraktion des Österreichischen Arbeiterkammertages und der Arbeiterkammer Wien. Sie sind die Zeugen eines unvorstellbaren Grauens und einer für viele noch immer unfaßbaren geschichtlichen Tragik. Die Zustände und Ereignisse, die Ihr Wirken und Ihr Dasein bestimmt haben, liegen mehr als ein Vierteljahrhundert zurück. Leider haben viel zu wenige Menschen die Hölle des Nationalsozialismus, des Faschismus überlebt. Nur ihrem können daher von ihrem eigenen Erleben aus dieser schrecklichen Zeit berichten.

Wer es mit Österreich, mit der Demokratie und mit der Freiheit ehrlich meint, der muß das Unrecht in der Zeit zwischen 1934 und 1945 schonungslos aufzeigen, das bekanntlich damit begonnen hat, daß die Arbeiterschaft unterdrückt, die Gewerkschaften gewaltsam aufgelöst, der menschliche Geist geknebelt und die Menschenwürde mit Füßen getreten wurde. Deshalb gilt nach wie vor heute der Ruf: Wehrt den Anfängen, seid auf der Hut! Und wenn Ihr Spruch hier, Ihre Parole lautet: „Es ist ein Kampf, der nie zu Ende geht“, dann ist das gleichermaßen eine Zielsetzung, eine Erinnerung und ein Aufzeigen der Notwendigkeiten von heute.

Es darf, soweit die politische Kraft von uns Sozialisten reicht, niemals wieder einen Faschismus geben. Wie wir wissen, führt er zwangsweise zum Massenmord, zum Krieg und zum Völkermord. An jene Menschen, die die damalige Zeit wachsam erlebt haben, brauchen wir diese Mahnung nicht zu richten: Ihr eigenes Erleben ist für alle eine Mahnung. Aber Sie wissen ja, und das ist schon erwähnt worden: Jenen, die jene Zeit nicht erlebt haben, vor allem der Jugend müssen wir sagen, was damals geschehen ist. Bedenken wir doch: Wer heute etwa 30 Jahre oder jünger ist, der hat die Zeit des Faschismus, der Nazibarbarei gar nicht unmittelbar miterlebt. Es darf uns nicht wundern, daß es manchmal so schwer ist, den jungen Menschen begreiflich zu machen, was damals geschehen ist. Aber gerade das soll und muß nach wie vor unsere Aufgabe sein. Denn wir wissen, daß jene, die nach uns kommen, der Stärkung, der inneren Überzeugung bedürfen. Wir sollen sie dazu bringen, daß die politischen Schlußfolgerungen, die Sie aus Ihren Erfahrungen, werte Genossinnen und Genossen, ziehen können, zur politischen Willensbildung der Jungen beitragen. Daher ist Ihr Wirken für unsere Demokratie von großer Bedeutung.

Ich möchte Ihnen allen für die heutige Tagung und für Ihre künftige Arbeit viel Erfolg wünschen!

Ihren Worten des Dankes fügte Genossin Jochmann auch noch einiges aus dem Wirken des Genossen Hrdlitschka in der Zeit von 1934



bis 1945 hinzu. Und sie hob besonders hervor, daß die Ausstellungen über den Faschismus und seine Greuel, die die Arbeiterkammer veranstaltete, ganz besonders auf seine Anregung und Initiative zurückgingen. Die Arbeiterkammer habe dadurch das Wollen der sozialistischen Freiheitskämpfer sehr unterstützt. Deshalb hatte der Bundesvorstand auch beschlossen, dem Genossen Hrdlitschka das Goldene Abzeichen unseres Bundes zu verleihen, das nun Genossin Rosa Jochmann unter dem Beifall der Versammlung überreichte.

Da der Vorsitzende unserer Partei, Genosse Kreisky, sein Referat erst am darauffolgenden Tag hielt, hatte das Präsidium des Parteivorstandes beschlossen, den Zentralsekretär Genossen Marsch zu beauftragen, die Bundeshauptversammlung zu begrüßen.

#### **Zentralsekretär BR Fritz Marsch**

Liebe Genossinnen und Genossen! Liebe Genossinnen und Genossen im Präsidium! Das Präsidium unseres Parteivorstandes hat beschlossen, mir die ehrende Aufgabe zu übertragen, Sie namens des Präsidiums und des Parteivorstandes zu begrüßen. Ich darf zugleich feststellen, wenn auch auf das „Alter“ angespielt wurde: Das ist ja alles relativ! Wenn wir heute mit Mittelschülern oder mit Mitgliedern der Sozialistischen Jugend sprechen, dann sagen sie zu uns, daß wir schon zu den „alten Herren“ gehören, weil wir schon über 30 Jahre alt sind. Also so sieht man das ganz unterschiedlich, je nachdem, welcher Altersgruppe man angehört.

Aber lassen Sie mich bitte auch auf Ihr Motto Bezug nehmen, das Sie an der Stirnfront dieses schönen Saales hier im 19. Bezirk angebracht haben. Mir fällt dabei ein, was wir in der Schule vor einem Vierteljahrhundert und länger gelernt haben. Damals hat man uns ein lateinisches Sprichwort übersetzt und hat gesagt: „Was immer du tust, handle klug und denke an das Ende!“ Und nun habe ich erst gesehen, wieviel weitergehend die letzte Zeile dieses Spruches an der Stirnwand ist. Sollen wir an das Ende denken?

Unsere Aufgabe — und das ist vielleicht eine der wichtigsten Aufgaben unserer Bewegung — ist die, immer zu wissen, daß nach jedem Ziel ein neues kommt, daß nach einer Etappe eine andere kommt. Daher haben wir den vielen neuen Mitgliedern, die wir dazubekommen haben — es sind schon wieder 35.000 Frauen und Männer der Partei als neue Mitglieder beigetreten —, diesen vielen neuen Frauen und Männern, jüngeren und älteren, in einer Begrüßungsbroschüre gesagt, daß wir neue Ziele haben und daß wir

uns jetzt in der dritten Phase der Sozialdemokratie befinden. Wenn wir als erste Phase jene bezeichnen, dem Proletariat seine gesellschaftliche Rolle bewußt zu machen, wenn wir als zweite Phase jene bezeichnen, in der der Wohlfahrtsstaat in Angriff genommen wurde, und wenn wir heute in der dritten Phase sagen, daß wir mitten in der Verwirklichung der sozialen Demokratie sind, und zwar dort, wo wir uns durch die Kontrolle der Macht in Bereiche drängen, die sich bisher eben dieser Kontrolle entzogen haben.

Wenn wir auf unser Programm geschrieben haben, daß wir diese Politik durchschaubarer machen wollen, dann haben wir damit die siebziger Jahre ganz anders eingeleitet, als man sich vielleicht noch vor kurzem vorstellen konnte. Es ist wahrscheinlich das Schöne der letzten Monate, daß wir sehen, daß so viele jüngere Menschen, die mit einer Gleichgültigkeit sondergleichen von jeder Politik abseits gestanden sind, daß die nun nachdenken, daß die nun an dem mit interessiert sind, was hier geschieht. Und vielleicht ist es ein Positivum dieser Minderheitsregierung, daß man eine Alternative zeigen muß, wenn man etwas nicht so haben will wie die sozialistische Regierung.

Damit stehen wir mitten in der Hauptaufgabe der Demokratie drinnen, nämlich zu diskutieren. Wenn wir sagen: „Demokratie ist Diskussion!“, wenn wir damit sagen, daß wir diese Demokratie in Bewegung halten wollen, so ist das mit ein Stück Sozialismus auf dem Weg zu dem Ziel, nach dem sich unsere Arbeit richtet.

Lassen Sie mich in dem Zusammenhang aber noch etwas sagen. Wir arbeiten auf den verschiedenen Ebenen für diese Partei, für diese Bewegung. Die eine Ebene ist die der Vertrauenspersonen, der Frauen und Männer, die unmittelbar in der Bewegung tätig sind. Das ist die eine Säule: Ich möchte sie so bezeichnen. Die andere Säule sind jene, die über unseren Kreis hinaus arbeiten; in ihren vielen kleinen, größeren und großen Gemeinden, als Gemeinderäte, die nicht nur für die Mitglieder da sind, sondern für alle, die in ihrem Bereich wohnen. Die dritte Säule sind jene, die vielleicht oft an vorderster Front stehen, nämlich im Betrieb, wenn sie am Arbeitsplatz oder wo immer das ist diskutieren müssen und wo sie als Betriebsräte und Gewerkschafter die Meinung der Sozialistischen Partei sofort und unmittelbar vertreten. Das ist vielleicht die Stärke unserer Bewegung, die uns heute noch auszeichnet.

Wenn wir jetzt unmittelbar in der Wahlwerbung, im Wahlkampf für die Bundespräsidentenwahl stehen, dann wissen wir, daß wir zwei Aufgaben gleichzeitig zu erfüllen haben: einerseits in der Regierung weiterzuarbeiten und andererseits diese Wahlwerbung zu führen. Wissen Sie, wieviel Kraft uns das kostet? Die Arbeit darf nicht ruhen, sie muß weitergehen und alle — einige Minister sitzen ja hier — haben ihr großes Programm, auf das wir uns in den letzten Jahren ja gut vorbereitet haben. Und andererseits führen wir die Wahlwerbung für unseren ersten Bürger im Staate. Wir können es, wir sind dazu imstande. Optimistisch sind wir deshalb, weil wir bei jedem Schritt schon an den nächsten denken.

Wenn Sie in dieser Bewegung immer Ihren gerechten Platz einnehmen werden, dann ist es vielleicht der, daß man in dieser Bewegung das mahnende Gewissen hat, das man braucht.

Bedenken Sie eines: Ich habe als Kind den 12. Februar 1934 und den 13. März 1938 erlebt und auch noch das Ende des Krieges im Jahre 1945. Aber es ist ein Unterschied, ob man die Dinge bewußt erlebt oder ob man nur davon hört. Und dieser Kontakt der Generationen — und es ist ja ein Kontakt der Generationen untereinander —, der muß jenen, die die Arbeit für morgen vorbereiten und an Jahren jünger sind, die Grundlage dafür geben, daß man Fehler aus der Vergangenheit nicht wiederholt, weil man aus der Geschichte lernen muß, um klüger zu sein für ein andermal.

In diesem Sinn die herzlichsten Grüße des Parteivorstandes und ein festes Freundschaft!



Nach den Begrüßungsworten des Genossen Marsch dankte Genossin **Rosa Jochmann** ganz besonders und sagte:

Lieber Fritz! Für uns bist und bleibst Du halt einmal ein Junger. Ich möchte Dir im Namen unserer Hauptversammlung sehr dafür danken, daß Du hier im Zusammenhang mit unserem Spruch die Parallele zwischen damals und heute gezogen hast. Es waren sehr schöne und sehr kluge Worte. Leider gibt es ja viele Leute, die schöne Worte reden: Aber bei Dir wissen wir jedoch, daß Du es auch so meinst wie Du es sagst. Und dafür wollen wir Dir besonders herzlich danken.

Und jetzt darfst Du bitte nicht protestieren, wenn ich an eine Wunde rühren muß. Unser Genosse Marsch hat es nämlich verschwiegen. Er war zwar erst 12 Jahre alt, als die Nacht des Faschismus über uns hereinbrach, aber sein Vater wurde ein Opfer der Nazizeit. Er ist nämlich auf dem Schafott gestorben. Deinem Vater können wir die Goldene Nadel nicht mehr anstecken, ihm können wir nur aus ganzem Herzen dankbar sein. Dafür aber wollen wir Dich bitten, im Sinne Deines Vaters diese Nadel anzunehmen.

Und unter dem Beifall der Bundeshauptversammlung steckte Genossin Jochmann dem Genossen Marsch unser Goldenes Abzeichen an.

Dann sprach ein Genosse, über dessen Kommen wir alle sehr erfreut waren:

#### **Bundesminister für Justiz Dr. Christian Broda**

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich bin im wahren Sinne des Wortes ein „eingeschobener“ Redner, also kein offizieller Begrüßungsredner. Es wäre auch gar kein Anlaß dazu, nachdem der Genosse Vizekanzler Häuser hier für die Regierung gesprochen hat. Das hängt aber auch damit zusammen, daß ich erst im letzten Moment zugesagt habe. Ich bitte das wertere Präsidium, mir das anzurechnen, denn es war eine wirkliche Kollision. Ich habe mich für diese Veranstaltung entschieden. Wir haben nämlich gleichzeitig eine Sitzung des Bundesvorstands des ARBÖ, und das bedeutet einiges, wenn ich dort abgesagt habe. Das wissen die Genossinnen und Genossen, von denen ich zuversichtlich hoffe, daß sie nahezu alle auch ARBÖ-Mitglieder sind.

Liebe Genossinnen und Genossen! Darf ich ein paar Worte über die heutigen Aufgaben der Justiz in der Republik Österreich sagen?

Die Grundsätze der Arbeit der Justiz ergeben sich aus dem Regierungsprogramm unserer sozialistischen Bundesregierung. Wir stellen uns die große Aufgabe der Rechtsreform und wollen dem gewaltigen angestauten Nachholbedarf im Bereich des Rechtswesens Rechnung tragen. Wir haben uns also eine Aufgabe

gestellt, die über den Tag hinauswirken und die Zukunft gestalten wird.

Ich möchte jetzt nicht viele Worte machen und in diesem Zusammenhang nur zu drei Fragen sprechen.

**Die Justiz hat bei der Förderung der zeitgeschichtlichen Forschung eine große Aufgabe. Was sind denn überhaupt die wahrhaften Geschichtsquellen für die tragische Zeit zwischen 1934 und 1945? Die einzigen unverfälschten Quellen für diese Zeit sind die Gerichtsakten. In ihnen hat die ganze Brutalität des Unrechtsstaates ihren Niederschlag gefunden.** Daher tun wir alles, um die Gerichtsakten im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften, die wir auch noch verbessern und ändern werden, der zeitgeschichtlichen Forschung zur Verfügung zu stellen. Ich bin überzeugt, daß die Justiz damit einen echten Beitrag zur staatsbürgerlichen Erziehung leistet. Ein einziges Beispiel; ich habe es in einem anderen Zusammenhang schon berichtet.

Mir sind die Akten über das sogenannte Strafrechtsänderungsgesetz 1934 in die Hände gekommen. Es war ein anderes Strafrechtsänderungsgesetz als das, an dem wir jetzt arbeiten und das wir im Parlament beraten. Das Strafrechtsänderungsgesetz 1934 hatte die Aufgabe, die bis dahin nur im standgerichtlichen Verfahren angewendete Todesstrafe durch die Wiedereinführung der Todesstrafe im ordentlichen Verfahren zu ersetzen. Das war erst möglich geworden auf Grund der sogenannten Dollfußverfassung, der Maiverfassung 1934. Diese Akten des Justizministeriums über das Strafrechtsänderungsgesetz 1934 — ich schreibe jetzt darüber auch in der „Zukunft“ — sind eine wahre Fundgrube für die zeitgeschichtliche Forschung. Wissen Sie, wie man damals Gesetze gemacht hat? Nun, wir wissen es ja, wir haben es miterlebt. Aber wissen Sie, wie die Akten ausgesehen haben?

Am Abend des 19. Mai 1934, wie der Referent vermerkt, hat der damalige Justizminister den Referenten des Ministeriums gerufen und ihm den Auftrag erteilt, einen Gesetzentwurf über die Wiedereinführung der Todesstrafe im sogenannten ordentlichen Verfahren auszuarbeiten. Bereits am 12. Juni 1934 wurde der Gesetzentwurf fix und fertig dem Minister vorgelegt. Am Tag darauf — Genosse Proksch, Genosse Häuser, so sind damals Gesetze gemacht worden — war die Vorlage im Ministerrat. Sie wurde einem Ministerkomitee zugewiesen, das am 15. Juni eine Sitzung darüber abgehalten hat. Am 19. Juni war die Vorlage ein zweites, ein letztes Mal im Ministerrat, und am gleichen Tag erfolgte die Veröffentlichung im Bundesgesetzblatt.

Genossinnen und Genossen! So leicht konnte das im Jahre 1934 gemacht werden. Und das hat man damals Strafrechtsreform oder Strafrechtsänderung genannt! So kam die Todesstrafe, die 1919 abgeschafft worden war, wieder in das sogenannte ordentliche Verfahren, und sie wurde dann ja auch zur Genüge angewendet.

Das ist für die zeitgeschichtliche Forschung wichtig, und das möchte ich unseren jungen Richtern und Staatsanwälten sagen. So war es damals, und so ist es heute! Und man kann wirklich sagen, daß sich darin der ganze Unterschied widerspiegelt. Wie entsetzlich schwer haben wir es heute bei den Gesetzen, bei der Strafrechtsreform, bei der Rechtsreform! Wir sollen aber alle glücklich sein darüber — und das sagen wir unseren jungen Richtern und Staatsanwälten —, daß die Zeiten, wo man Gesetze so gemacht hat wie 1934, für immer vorbei sind. Dafür zu sorgen sind wir fest entschlossen!

Wir glauben zweitens, daß die Erziehung unseres Richternachwuchses und unserer jungen Staatsanwälte getreu der Tradition der Republik, der republikanischen Traditionen unseres Staates eine sehr, sehr wichtige Aufgabe ist. Dieser Aufgabe widmen wir uns voll und ganz; sie ist über den Tag hinaus außerordentlich wichtig. Auch das hat diese Regierung der Republik zu geben: Sie sorgt dafür, daß in unserer Justiz uneingeschränkt ein echter republikanischer Geist herrscht, daß ein echtes Bekenntnis zu den Grundsätzen und zu den Traditionen unserer Republik abgelegt wird. Ich

glaube, daß wir auf diesem Gebiet gute Fortschritte gemacht haben. Die Zeit hat sich geändert.

Zum dritten Punkt sage ich nur etwas, und ich möchte jetzt nicht in Details eingehen: Wir können in der Praxis nicht daran vorübergehen, daß Demokratie und Rechtsstaat unteilbar sind. Wir haben uns an die Gesetze zu halten, die wir selbst geschaffen haben oder die von heute auf morgen zu ändern wir nicht in der Lage sind. Ich möchte hier aber auch sagen: Ich kenne die Beschlüsse, die der Parteitag gefaßt hat, und ihr sollt wissen: Selbst wenn es nicht immer so geht, wie wir es gerne hätten, sind wir uns doch stets dessen bewußt, daß die Justiz hinsichtlich der Einhaltung der republikanischen Gesetze wachsam sein muß. **Ich verspreche Euch, daß ich jeder Mahnung zu noch größerer Wachsamkeit jederzeit offenstehe und sie an die Organe der Justiz weitergeben werde, soweit der Justizminister verfassungsrechtlich dazu in der Lage ist.**

Liebe Genossinnen und Genossen! Zum Abschluß nur noch eines — ich habe das vor einigen Tagen bei einem anderen Anlaß gesagt, bei einer Feierstunde im Landesgericht Eisenstadt —: Denken Sie auch daran, daß es wahrscheinlich ganz gut ist, daß derzeit an der Spitze des Justizressorts wieder ein Justizminister steht, der die Gefangenenhäuser auch von innen kennengelernt hat. Freundschaft!

Zu den Ausführungen des Genossen Broda sagte Genossin Jochmann, bevor sie noch den Dank der Versammlung zum Ausdruck brachte:

Liebe Genossen und liebe Genossinnen! Genosse Broda hat gesagt, daß wir darüber glücklich sein sollen, in einem demokratischen Staat, in einer Republik leben zu können. — Genosse Broda, darüber sind wir natürlich sehr glücklich; aber zu unserem vollständigen Glück fehlt uns natürlich noch einiges. Und weil Du kein Schlußwort halten kannst — Du kannst jetzt nicht darlegen, warum das, was wir fordern, nicht gemacht werden kann, würde ich doch glauben, daß wir nicht darauf vergessen sollen zu sagen: Wir hoffen, daß doch die Möglichkeit besteht, die „National-Zeitung“, die „Soldaten-Zeitung“ zu verbieten. Die Juristen finden ja immer einen Weg, wenn sie einen suchen!

Genosse Broda hat damit geschlossen, daß er sagte, es ist gut, wenn ein Sozialist Justizminister ist. Das stimmt, Genossinnen und Genossen. Er hat auch gesagt, daß er die Gefängnisse in den Jahren von 1934



bis 1945 von innen kennengelernt hat. Aber, Genosse Broda, wer die Verhältnisse auf diesem Gebiet kennt, die verschiedenen Gerichte — und wir sind ja durch einige durchgekommen —, der weiß, daß es auch hier vieler Reformen bedarf. Und auch darum möchten wir Dich heute bitten.

Aber, lieber Genosse Broda, Du bist ja einer, der mit uns durch die schwere Zeit gegangen ist. Wir freuen uns darüber, daß Du Justizminister bist, und hoffen, daß Du selten in die Lage kommen wirst, Dein Amt als Justizminister auszuüben. Du weißt, in welchem Sinn ich das meine.

Nach diesen Worten überreichte Genossin Rosa Jochmann unter dem lebhaften Beifall aller Delegierten dem Genossen Broda das Goldene Abzeichen unseres Bundes.

Inzwischen war auch der dritte Präsident des Nationalrates, Genosse Otto Probst, gekommen und wurde von der Genossin Jochmann recht herzlich begrüßt. Er mußte am Vormittag in einer Versammlung sprechen und konnte erst jetzt zu unserer Bundeshauptversammlung kommen. Da inzwischen dem Genossen Robert Weisz schon das Wort erteilt worden war, trat er als Bezirksobmann, sozusagen als „Haus-herr“, an das Rednerpult, um die Bundeshauptversammlung zu begrüßen.

#### **Bezirksobmann NR Robert Weisz**

Liebe Genossinnen und Genossen! Die Genossin Jochmann hat mich sozusagen als „Haus-herrn“ vorgestellt. Ich möchte dagegen sagen: Hausherr ist eigentlich der Genosse Mark vom Volksbildungsverein. Ich bin als Obmann der Bezirksorganisation Döbling hier und möchte Sie im Namen der fast 12.000 Mitglieder unseres Bezirkes herzlichst begrüßen. Wir freuen uns, daß Sie nach Döbling gekommen sind, in einen sogenannten bürgerlichen Bezirk. Es herrscht ja noch immer die Meinung vor: Döbling ist ein Villenbezirk mit Weinbauern und sonstiger Unterhaltung. Aber hier wirken auch Sozialisten, und — das möchte ich jetzt mit Stolz sagen — seit 1919 ist Döbling ein sozialistisch geführter Bezirk. Wir haben bisher allen Anstürmen der bürgerlichen Parteien standhalten und in den letzten Wahlkämpfen eine Vermehrung unseres Einflusses erreichen können. Weil Genosse Marsch heute erwähnt hat, daß 35.000 neue Mitglieder geworden seien, möchte ich Dir, lieber Fritz, sagen: Döbling hat ein Ziel gehabt: 480 Neubeauftritte. Wir haben aber bis jetzt bereits 600 neue Mitglieder gewonnen, also 125 Prozent.

Ich glaube aber auch, Genossinnen und Genossen, daß Sie an ein paar Zahlen ersehen können, wie wir hier in den letzten Jahren gewirkt haben. Wir haben bei den Wahlen im Jahre 1966 nur 39,65 Prozent Stimmen erreicht gegenüber der Volkspartei mit 49,15 Prozent. Damals ist die Volkspartei mit 4417 Stimmen im Vorsprung gewesen. Am 1. März 1970 hat sich das schon zusammengeschieben, und die Österreichische Volkspartei hat in dem Bezirk, in dem sie schon immer bei der Nationalratswahl eine große Mehrheit gehabt hat, nur mehr mit 88 Stimmen geführt. Genossinnen und Genossen! Am 4. Oktober 1970 bei der Nachwahl hat die Österreichische Volkspartei nicht mehr 49,15 Prozent erreicht, sondern nur mehr 44 Prozent, wir sind von 39,65 Prozent auf 49,3 Prozent angestiegen. Das bedeutet, daß wir derzeit mit 2220 Stimmen gegenüber der Österreichischen Volkspartei im Vorsprung sind. Ich glaube also, daß Sie daraus ersehen können, daß der Bezirk Döbling, für die Partei gesehen, wirklich ein ausgezeichnet geführter Bezirk ist, und ich bin sehr stolz darauf, das sagen zu können. Wir können uns in den Kreis der großen Arbeiterbezirke einreihen, weil wir einer der Bezirke sind, die einen großen Anteil der Wähler auch für die Organisation erfassen konnten; unser Bezirk marschiert

hier an der Spitze mit den anderen großen traditionsreichen Arbeiterbezirken.

So ist es vielleicht auch kein Wunder — die Jahre der Vergangenheit sind an Döbling ja nicht spurlos vorübergegangen und wir Döblingler bekennen uns auch mit Stolz dazu —, daß Döbling einer der wenigen Bezirke in ganz Wien ist — wenn nicht gar in ganz Österreich —, der jedes Jahr der Kämpfer von 1934 gedenkt. Wir machen jedes Jahr eine Gedenkfeier zur Erinnerung an den Februar 1934. Wir sind auch sehr stolz darauf, daß es uns gelingt, junge Menschen in diese Organisation der Freiheitskämpfer hineinzubringen, junge Menschen, die die Tradition, aber insbesondere die Verpflichtung des Kampfes und des Gedenkens weiterzutragen haben und die die Idee wachzuhalten helfen. Denn ich glaube: Wachsam können wir in der jetzigen Zeit nie genug sein; auch jetzt nicht, wenn man hört, welches Gedankengut etwa im Parlament vertreten wird. Ich sage das jetzt als Abgeordneter: Manchmal muß man im Parlament mit Schaudern feststellen, daß man bei Ausdrücken von Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei eher den Eindruck hat, daß wir uns in der Zeit 1933/34 befinden und nicht im Jahre 1971. Das ist der Geist, der heute dort vorherrscht. Je mehr Männer und Frauen der älteren Generation aus dem Parlament ausscheiden, um so mehr wird dieser faschistische Geist bei jenen Abgeordneten der ÖVP zum Durchbruch kommen. Manches Mal habe ich wirklich den Eindruck, daß die Faschisten und Nazis gar nicht auf seiten der FPÖ sitzen, sondern vielmehr auf seiten der Österreichischen Volkspartei! Das zeigt, Genossinnen und Genossen, daß die Organisation der Freiheitskämpfer gar nicht oft genug mahnend wirken kann. Wir werden in Döbling, solange es geht, auch dazu beitragen, daß diese Organisation immer wieder dieses Gedankengut wachruft, die Erinnerung wachruft an die Zeit des Kampfes, aber auch die Erinnerung an die Erfolge.

In diesem Sinne, liebe Genossinnen und Genossen, darf ich Sie im Namen der Bezirksorganisation Döbling herzlichst begrüßen und Ihnen für Ihre Tagung den größten Erfolg wünschen.

Nach diesen Begrüßungsworten fügte Genossin Jochmann noch hinzu:

Döbling ist ja auch ein historischer Bezirk. Das hat der Genosse Hindels in seinem heutigen Leitartikel in der „Arbeiter-Zeitung“ in Erinnerung gerufen. Ich glaube, ich darf auch jetzt sagen, daß Döbling immer schon, seit eh und je ein Bezirk war, der dem Sozialismus diene. Und dafür dürfen wir heute unserem Genossen Mark ein herzliches „Danke schön!“ sagen.

Der Bundesvorstand hatte beschlossen, auch dem Genossen Weisz im Hinblick auf seinen Einsatz in der Zeit von 1934 bis 1945 das Goldene Abzeichen zu überreichen, und Genossin Jochmann steckte es ihm nun mit einem herzlichen „Freundschaft! Und vielen Dank!“ an den Rockaufschlag.

Und nach Aufzählung einer ganz langen Liste von Funktionen, angefangen vom Obmann der SPÖ Favoriten bis, bis . . . forderte nun Genossin Jochmann den Dritten Präsidenten des Nationalrats, Genossen Otto Probst, auf, die Versammlung im Namen des Wiener Vorstandes zu begrüßen.

#### **Dritter Präsident des Nationalrates NR Otto Probst**

Liebe Genossinnen und liebe Genossen! Ich bitte zuerst neuerlich um Entschuldigung, daß ich später gekommen bin. Ich habe die Zusage, auf einer Fraktionskonferenz des 1. Bezirkes zu sprechen, schon vor langer Zeit gegeben und wollte diese Zusage nicht zurücknehmen, so daß ich erst jetzt kommen konnte.

Ich darf die heutige Bundeskonferenz in meiner jüngsten Funktion als Wiener Landesparteiobmann

begrüßen. Es wurde hier schon sehr viel von den Aufgaben des Freiheitskämpferbundes gesprochen. Ich brauche darüber nichts mehr zu sagen. Ich bin mit Ihnen persönlich verbunden durch mein eigenes Schicksal, durch meine Teilnahme an dem, was in der Vergangenheit liegt, und an dem, was in der Gegenwart geschieht, und ich hoffe, daß ich Gelegenheit habe, auch noch in der Zukunft viel zu tun.

Aus dem Artikel des Genossen Hindels in der heutigen „Arbeiter-Zeitung“ und aus der Tagesordnung habe ich entnommen, daß sich die Bundeskonferenz auch mit Fragen im Zusammenhang mit der heutigen jungen Generation und mit der Geschichte unserer Bewegung beschäftigen wird. Ich glaube, das ist ein höchst aktuelles Thema, und ich möchte ebenfalls etwas dazu sagen.

Wenn man sich die vorhandene Statistik ansieht oder sich als alter Organisator die Situation vor Augen führt, dann sieht man, daß rund 13 Prozent der 5,2 Millionen Wähler — wobei noch dazu bei der Bundespräsidentenwahl am 25. April Wahlpflicht besteht —, etwa 680.000 Personen Bundespräsidentenwähler sind. Es sind die Angehörigen der Jahrgänge 1945 bis 1951, die zum erstenmal eine Bundespräsidentenwahl mitmachen, noch dazu in der historischen Situation, daß diese Bundespräsidentenwahl in der Zeit einer sozialistischen Regierung erfolgt.

Ich glaube, daß wir hier eine ganz große Aufgabe vor uns haben. Ich gehe wohl nicht fehl in der Annahme, wenn ich sage, daß die Haltung dieser Erstlingswähler, dieser 13 Prozent von eminenter Bedeutung ist. Diese Menschen haben ihrem Alter entsprechend ihre politischen Erfahrungen (wenn sie überhaupt welche gemacht haben), zur Gänze in der Zweiten Republik gemacht.

Das ist der eine Beitrag, den ich leisten wollte. Ich glaube, daß dadurch der Konferenz eine große Aufgabe gestellt ist.

Das zweite, was ich sagen möchte, betrifft etwas, was mich natürlich auch stolz macht: Ich habe aus dem Bericht entnehmen können, daß nicht ganz zwei Drittel der Mitglieder und Funktionäre des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer in Wien beheimatet sind, daß wir hier eine gute Organisation haben, und ich weiß, wie fleißig gerade die Mitglieder des Bundes als Funktionäre in der Partei tätig sind. Ich habe selbst mit großem Interesse verfolgt — das darf ich aufrichtig sagen, zumindest in der Wiener Partei konnte ich das in einigen Bezirken beurteilen —, wie versucht wird, **das historische Denken, das Vertrautwerden mit der Geschichte der Partei auch in ihrer schwersten Zeit, in der illegalen Zeit, unter den jungen Menschen der Bewegung zu verbreiten. Das ist eine zweite un-mittelbare Aufgabe, die wir nicht vernachlässigen dürfen. Das soll und muß ein wesentlicher Bestandteil unserer sozialistischen Bildungs- und Schulungsarbeit sein und bleiben.**

So begrüße ich die Konferenz noch einmal im Namen der Wiener Partei und wünsche ihr einen guten Erfolg. Ich fühle mich herzlichst mit Ihnen verbunden. Ich darf noch sagen, daß ich nach langer, langer Zeit privat die Gelegenheit wahrgenommen habe, im August des vergangenen Sommers Buchenwald zu besuchen, ganz allein, denn ich habe es immer abgelehnt, mich offiziell dort zu zeigen. Ich habe also Buchenwald besucht. Ich bin durch Zufall in eine Kundgebung hineingeraten, die die Kommunisten dort veranstaltet haben. Das heißt nicht Kommunisten, sondern die thüringische Staatsregierung oder die ostdeutsche Regierung. Ich habe dort Gelegenheit gehabt, mit vielen jungen Leuten zu reden, ohne daß sie gewußt haben, um wen es sich bei meiner Person handelt. Allerdings, durch meinen Dialekt habe ich mich dann schon verraten. Ich habe dabei die Erfahrung gemacht, was das alles auch im Leben der ostdeutschen Jugend bedeutet, die diese Dinge ganz anders sieht als wir. Das wollte ich noch sagen, weil ich auch das in meinem Leben nicht missen will.

Und so zusammengefügt ist es immer so, daß sich alles, was wir privat und was wir persönlich erleben,

mit dem Geschick unserer Bewegung verbindet, von dem wir uns nicht trennen können. Und das soll auch weiterhin so bleiben.

In recht launigen Worten erinnerte Genossin Jochmann an die gemeinsamen Jugendtage, als Genosse Probst als einer der ersten in die Reihen der Revolutionären Sozialisten kam. Sie verwies dabei auch darauf, daß Favoriten in der Geschichte der Wiener Arbeiterschaft ein historischer Bezirk sei und daß es Favoriten war, wo unser erstes Seminar abgehalten wurde, das der Jugend zeigen sollte, was Faschismus überhaupt bedeutet. Sie dankte Genossen Probst für das große Verständnis und die Unterstützung, die er dieser Aufgabe zuteil werden läßt. Genosse Otto Probst erhielt aus der Hand unserer Vorsitzenden das Goldene Abzeichen, das ihm im Namen des Bundesvorstandes überreicht wurde.

Und jetzt kam als Vertreter der Jungen, Genosse Hans Hatzl, der Obmann der Wiener Sozialistischen Jugend, zu Wort.

#### Hans Hatzl (Sozialistische Jugend)

Liebe Genossinnen! Liebe Genossen! Ich bin sehr froh, auch diesmal wieder bei den sozialistischen Freiheitskämpfern — ich war ja schon das letzte Mal dabei — sein zu können, noch dazu gerade nach einem kleinen persönlichen Erlebnis, von dem ich euch berichten möchte. Ich war vor kurzem bei einem Kongreß in Bukarest und konnte auch ein Museum für Zeitgeschichte besuchen. Sicherlich, es war der Kommunistischen Partei gewidmet — aber es hatte auch eine sehr interessante internationale Abteilung. Und dort konnte ich feststellen, daß in dieser internationalen Abteilung auch Österreich vorkommt. Gerade die Zeit des antifaschistischen Kampfes vor und nach 1934 wird dort dokumentiert durch die „Arbeiter-Zeitung“ und durch interessante Protokolle, die aus der sozialistischen Bewegung Österreichs stammen. Ich glaube, das allein ist ein Zeugnis mehr dafür, wie wesentlich und bedeutsam die Tätigkeit der österreichischen Sozialisten in der Ersten Republik gewesen ist, wenn sich dort, wo man eine andere Gesinnung hat, eine internationale Dokumentation zeigt, wie unsere Genossen damals die Demokratie gesehen haben, als sie den Kampf gegen den Faschismus aufnahmen.

Aber ich darf jetzt als Vertreter der Jugendorganisationen auch sagen und das aufgreifen, was wie eine Fackel stets bemerkbar war: Es muß natürlich unser gemeinsames Bestreben sein, daß sozialistische Freiheitskämpfer mit den Jugendorganisationen gemeinsam unser sozialistisches Gedankengut nicht nur allein für die Aufgaben der Zukunft entwickeln, sondern gerade in der Begegnung der Generationen die Vergangenheit, aber damit auch die geschichtliche Wahrheit unseren jungen Genossinnen und Genossen lebendig näherbringen.

Es ist sicherlich bedeutsam, wenn diese Bundeskonferenz wieder in den Februartagen stattfindet, die für alle Sozialisten eine sehr deutliche geschichtliche Form des Vermächtnisses sind.

Manche glauben — und das wurde heute bereits angesprochen, es sei gar nicht so unbedingt notwendig, in einer Zeit der großen künftigen Aufgaben immer wieder über die Vergangenheit zu sprechen. Ich gebe zu, daß es viele junge Menschen gibt, für die eben, weil sie es nicht wissen können oder es nicht selbst erlebt haben, die Dinge nicht deutlich genug vorliegen, weshalb sie eine irrtümliche Meinung zu diesen wichtigen geschichtlichen Fragen besitzen. Aber gerade deshalb und aus dem Bewußtsein — wie es gesagt wurde —, das Gewissen der Partei zu sein, haben wir alle, haben die Jugendorganisationen die Aufgabe, zusammen mit den sozialistischen Freiheitskämpfern ein entsprechendes Gewissen für ganz Österreich zu

sein; nicht nur in der Innenpolitik, sondern auch in den außenpolitischen Fragen, die wir hier als die Beispiele einer Zeit darzustellen haben, die uns täglich zeigt, wie grausam noch die Härten des Krieges und der politischen Verfolgung sein können, wenngleich sich dieses Geschehen auch viele Kilometer von Österreich entfernt abspielt.

Ich möchte daher sagen, Genossinnen und Genossen, daß euer Kampf in der Vergangenheit vor allem ein Ausgangspunkt für das Entstehen eines demokratischen Österreich gewesen ist und daß euer Kampf in der Gegenwart in Wirklichkeit doch dazu dient, dieses traditionelle demokratische Bewußtsein in allen Generationen unserer Bevölkerung zu erhalten. Das ist etwas, was wir als junge Sozialisten sehr gerne von euch übernehmen wollen und wo wir sicherlich in vielen Dingen auch weiterhin eure Hilfe benötigen werden.

Ich möchte auch sagen, daß wir ja in den letzten Wochen, aber auch schon in den letzten Jahren gerade aus dieser Verpflichtung heraus und aus diesem Wissen eine Reihe von gemeinsamen Aktivitäten, eine Reihe von gemeinsamen Gesprächen, Seminaren, aber auch Kundgebungen veranstaltet haben, bei denen es gelungen ist, die ältere und die jüngere Generation der sozialistischen Bewegung für gemeinsame Ziele einzusetzen.

Genossinnen und Genossen! Nehmt heute doch bei Eurer Bundeskonferenz auch den Dank der jungen Generation dieses Landes entgegen; den Dank verbunden mit der Versicherung, daß Ihr in Eurem entscheidenden Kampf gegen den Faschismus und für die Aufrechterhaltung unserer demokratischen Grundsätze nicht allein steht. Streben wir doch neue gemeinsame Aspekte an in unseren großen Zielen für den Frieden in allen Teilen unserer Welt, für die Demokratie in allen Teilen unserer Erde, für das Recht auf Selbstbestimmung aller Menschen und jedes Volkes, für die Freiheit jedes einzelnen Menschen. — **Es lebe nicht nur unsere sozialistische Überzeugung, es lebe auch weiterhin unser Kampf für unser großes Ziel, für den Sozialismus!**

Nach einer humorvollen Bemerkung über den Simmeringer Lokalpatriotismus — Genosse Hatzl ist nämlich aus Simmering — dankte Genossin Jochmann für die Begrüßungsworte und setzte fort:

Aber nun, lieber Hansl, du wärst ja viel zu jung, als daß wir dir unser Goldenes Abzeichen überreichen könnten, denn damals, glaube ich, als der 12. Februar gekommen ist, warst du ja noch gar nicht auf der Welt!

Aber ich habe schon den Vater des Genossen Hatzl gekannt. Und sein Vater, dessen wir heute bei unserer Totenehrung gedacht haben, war ein Favoritner Schutzbündler, war ein Funktionär von seiner frühesten Jugend an und ist, als Wien im Kampf gegen die Grün-Weißen stand, nicht nur mit Worten, sondern mit der Waffe in der Hand zur Stelle gewesen. Er war, solange er konnte, bis zu seinem letzten Atemzug, ein treuer Funktionär der Sozialistischen Partei. Und weil wir das Abzeichen Deinem Vater nicht mehr verleihen können, lieber Hansl, deshalb haben wir beschlossen, daß wir an seiner Stelle Dir das Goldene Abzeichen unseres Bundes mit allen guten Wünschen für die Zukunft überreichen.

Nach diesen Worten steckte Genossin Jochmann dem Genossen Hatzl das ihm zuge dachte Goldene Abzeichen unseres Bundes an. Und Genossin Jochmann bat nun den „richtigen“ Hausherrn, den Genossen Karl Mark, das Wort zu ergreifen.

#### **Karl Mark (Verband Wiener Volksbildung)**

Genossinnen und Genossen! Liebe Freunde! Immer wenn ich rede, muß ich damit anfangen, zu widersprechen. Hausherr ist nämlich hier nicht der Verband Wiener Volksbildung, dessen Vorsitzender ich bin, sondern die Stadt Wien. Wir haben nur die Ver-

waltung aller dieser „Häuser der Begegnung“. Und wenn ich hier als Vorsitzender des Verbandes Wiener Volksbildung und damit als einziger aus einer überparteilichen Organisation hier spreche, so deshalb, weil ich glaube, daß es notwendig ist, uns darüber klar zu sein, daß es Möglichkeiten des Wirkens für die sozialistische Idee auch außerhalb unserer Organisationen gibt. In solchen Organisationen wie jener der Volksbildung, der Erwachsenenbildung insbesondere dadurch, weil die Volksbildung schon 1945 erkannt hat, daß der Weg, den sie bis 1934 gegangen ist, der Weg der politischen Neutralität, der Zurückhaltung in allen Heißen-Eisen-Fragen, nicht richtig war, weil die Erziehung zur Demokratie mit zu ihren Hauptaufgaben gehört. Und was könnte bei einer Erziehung zur Demokratie anderes herauskommen als das Erwachen des sozialistischen Bewußtseins.

Und wenn unser Genosse Hindels eine gewisse Symbolik darin gesehen hat, daß diese Tagung im „Haus der Begegnung“ in Döbling durchgeführt wird, das der Volksbildung gehört, weil sich in demselben Bezirk die Kampfstätte des Karl-Marx-Hofes befindet, dann möchte ich hinzufügen: Vielleicht ist die Symbolik noch weitergehend. Denn die Begegnung zwischen der Idee der Gewalt, den Kanonen, die auf den Karl-Marx-Hof geschossen haben, und der Gewalt der Idee, wie sie in diesem Haus der Begegnung geschaffen werden soll, ist vielleicht entscheidend. Dieser Weg der Begegnung, der dazu geführt hat, daß in diesem „Haus der Begegnung“ so wie in allen anderen, die in Wien bestehen und die noch entstehen werden, alle miteinander auf eine andere Weise sprechen können, als das in der Vergangenheit geschehen ist. Ich glaube, dieser Gedankengang sollte uns alle entscheidend beeinflussen. Wir sollten wissen, daß die echte Begegnung zwischen allen, die sich zu unserem Staat, zu unserer Republik bekennen, eine Notwendigkeit der heutigen Zeit ist. Ich glaube, und nun darf ich doch auch als Sozialist sprechen, daß das für die sozialistische Bewegung von großem Vorteil sein kann. Ich erinnere daran, daß in diesen Häusern der Begegnung, in diesen Heimen der Volksbildung, fast überall, insbesondere aber in diesem Bezirk, politische Diskussionen zwischen Angehörigen aller Parteien stattgefunden haben. Und gerade in Döbling haben sie dazu geführt, daß die Verankerung der Sozialisten, wie es Genosse Weisz schon dargestellt hat, viel stärker geworden ist. Ich bin überzeugt, daß die Begegnung eines der wesentlichen Mittel ist, uns zu unserem endgültigen Ziel zu bringen. Und in diesem Sinne wünsche ich den Verhandlungen der Bundeshauptversammlung der Sozialistischen Freiheitskämpfer die besten Erfolge.

Nach den Begrüßungsworten des Genossen Mark, für die Genossin Jochmann herzlich dankte, wies sie noch darauf hin, daß er ohne Übertreibung als der Vater des Opferfürsorgegesetzes angesehen werden müsse. Genosse Mark hat durch viele Jahre sehr viel für die Opferfürsorge geleistet. Wir alle seien ihm daher zu Dank verpflichtet, und obwohl Genosse Mark es nicht sehr gern hat, „ausgezeichnet“ zu werden — was allgemein bekannt ist —, hatte der Bundesvorstand beschlossen, ihm das Goldene Abzeichen für seine großen Verdienste zu überreichen. Genossin Jochmann gab Genossen Karl Mark das Goldene Abzeichen mit dem Wunsche, daß er auch weiter den Sozialistischen Freiheitskämpfern und allen Opfern des Faschismus hilfreich zur Seite stehe.

Nach den Begrüßungen und einigen organisatorischen Mitteilungen, die Genossin Muhr gab, wurden die Beratungen unterbrochen, da Bürgermeister Genosse Felix Slavik die Delegierten zu einem Empfang ins Rathaus eingeladen hatte, der für 12.30 Uhr angesetzt war.

Bei diesem Empfang sprach in Vertretung des Bürgermeisters unser Genosse Hubert Pfoch im Namen der Stadt Wien\*.

Namens der Delegierten aus den Bundesländern und der Genossinnen und Genossen aus Wien dankte der Landesobmann von Niederösterreich, unser Genosse *Leo Lesjak*, für die herzlichen Worte der Begrüßung.

\*

Die Beratungen der Bundeshauptversammlung wurden unter dem Vorsitz von Genossen *Ferdinand Wedenig* wiederaufgenommen. Bevor aber die Tagesordnung fortgesetzt wurde, begrüßte Genosse *Wedenig* unseren Genossen *Franz Rauscher*, den wir alle als einen Kämpfer in den Reihen der illegalen revolutionären Sozialisten kennen. Der Vorsitzende erwähnte aber unter anderem auch, daß Genosse *Rauscher* der erste nach dem Februar 1934 war, der wieder mit Kärnten Fühlung aufgenommen hatte. Und er machte darauf aufmerksam, daß in dem Kreis der Versammelten nunmehr ein Professor mehr in unserer Professorenliste stünde.

Es folgten nun die Berichte. Den Bericht des Kassiers erstattete Genosse *Friedrich Flussmann*, der auf Grund umfangreichen Zahlenmaterials einen Überblick über die finanzielle Situation unserer Organisation gab. Unter anderem wies er auch darauf hin, daß wir ohne Subventionen nicht in der Lage wären, alle Aufgaben und Verpflichtungen, die unser Bund hat, auch tatsächlich zu erfüllen.

Den Bericht der Kontrolle erstattete Genosse *Robert Blau*, der darauf hinwies, daß sich die Kontrolle nicht nur auf die Prüfung von Belegen oder Kassenbüchern erstreckt habe, sondern daß darüber hinaus auch immer überprüft worden sei, ob die Beschlüsse des Bundesvorstandes durchgeführt worden seien und ob der Vorstand im Rahmen unserer Statuten seinen Verpflichtungen nachkommt. Er stellte mit Befriedigung fest, daß alles stets in bester Ordnung befunden worden sei, und dankte insbesondere dem Genossen *Flussmann* für seine mustergültige Kassenführung. Er stellte schließlich namens der Kontrolle den Antrag, dem scheidenden Vorstand und dem Kassier die Entlastung zu erteilen.

Nun folgte der umfassende Bericht unseres Geschäftsführenden Obmannes, der Genossin *Rudolfine Muhr*, über die Tätigkeit unseres Bundes seit der letzten Bundeshauptversammlung.

#### **Geschäftsführender Obmann Rudolfine Muhr**

Liebe Genossinnen und Genossen! Wir haben der Bundeshauptversammlung einen Rechenschaftsbericht zu bringen, der sich auf zweieinhalb Jahre erstreckt. Der Bericht liegt schriftlich vor, aber er ist nicht vollständig, und wir wollen heute nur einen ganz kurzen Blick zurückwerfen.

Wir haben gelernt, daß die Kraft einer Organisation in der Macht der Zahlen liegt. Das gilt für die Partei, das gilt aber auch bei Wahlen, denn jene Partei, die die meisten Wählerstimmen auf sich vereinigen



*Genossin Rudolfine Muhr  
erstattet ihren Bericht*

kann, wird die Möglichkeit haben, den entscheidenden Einfluß im Staate auszuüben. Unser Bericht aber zeigt auf, daß die Zahlen bei uns immer kleiner werden. Am 30. Juni 1968 hatten wir einen Stand von 3736 Mitgliedern und 310 unterstützenden Mitgliedern, insgesamt also 4046 Mitglieder. Bis zum 31. Dezember 1970 ist der Stand auf 3325 Mitglieder zurückgegangen und beträgt nun mit 532 unterstützenden Mitgliedern 3857. Wir haben zu Beginn unserer Konferenz bei der Totenehrung erfahren, daß uns Hunderte von Genossinnen und Genossen, alle ehemalige Freiheitskämpfer, für immer verlassen haben. Unsere Kraft liegt demnach nicht in der Zahl unserer Mitglieder, und sie kann auch nicht darin liegen. Es hat mich heute vormittag mit großer Befriedigung erfüllt, aus berufenem Munde zu hören, daß der Kreis der sozialistischen Freiheitskämpfer eine besondere Stellung innerhalb der Arbeiterbewegung einnimmt. Denn jeder einzelne von ihnen hat in der Nacht des Faschismus seine Gesinnungstreue bewiesen. Er hat Freiheit und Leben für die Demokratie eingesetzt. Es gibt auch einige unter uns, die das Glück hatten, nicht erwischt worden zu sein. Aber sie waren bereit, Freiheit und Leben im Kampf einzusetzen. Viele sind durch die Hölle der KZ gegangen, sie haben die Zuchthäuser kennengelernt und sind trotzdem bei den Verhören aufrecht und stolz geblieben. Wenn wir die Möglichkeit hätten, festzuhalten, wie sich unsere Genossinnen und Genossen vor der Gestapo, auch vor der Staatspolizei in den Jahren 1934 bis 1938 oder vor den Gerichten verhalten haben, dann könnte man Bände füllen.

Unsere Stärke liegt außerdem noch darin, daß wir das mahrende Gewissen in der Partei und in der Öffentlichkeit sind und sein müssen. Dieses mahrende Gewissen in der Partei und in der Öffentlichkeit manifestieren wir auf verschiedenste Art. Zu bestimmten Gedenktagen und am 1. November gehen wir zu den Mahnmalen, um Kränze niederzulegen. Es ist ein Gedenken an die unsterblichen Opfer unseres Kampfes. Aber es liegt ein viel tieferer Sinn in unseren Schweigemärschen, in unserem Gedenken. *Victor Hugo* hat einmal das Wort geprägt, das nicht nur wunderschön, sondern auch wahr ist: „Die Toten sind die Lebenden in unseren Kämpfen.“ Und darum gehen wir immer wieder zu den Mahnmalen, weil wir uns erinnern an ihren Glauben, an die Visionen einer besseren Zukunft, die sie erfüllte und für die sie gestorben sind.

Ich denke auch an das Gedicht „An meine Brüder in den Konzentrationslagern“ von *Käthe Leichter*, in dem sie die Frage stellt, ob der Strafblock als Drohung stets über dem Leben unserer Kinder stehen wird. Wenn wir manches Mal müde werden — und solche Stunden kommen —, dann sind es unsere toten Kampfgefährten, die uns in der Erinnerung mahnen, weiterzukämpfen, so lange zu arbeiten, so lange bereit zu sein, für die Freiheit und die Demokratie einzustehen, so lange diese höchsten Güter der Menschheit in Gefahr sind!

Wir treten weiter in Erscheinung durch unsere Proteste gegen antisemitische und neonazistische Bestrebungen. Ich will nur einige Aktionen erwähnen, die wir in den Berichtsjahren unternommen haben, und dieser Bericht kann auch keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Wir hatten auf dem Parteitag 1970

\* Vgl.: A. a. O., Seite 27.

# Unseren Toten ein ehrendes Gedenken

Vom Juli 1968 bis Dezember 1970  
beklagen wir

384 Genossen und  
97 Genossinnen  
die für immer von uns gegangen sind.

Wir danken unseren Kampfgefährten  
die auch in der schwersten Zeit nie  
in ihrer Überzeugung wankend geworden sind.

Wir danken ihnen für ihre Treue  
und ihren Einsatz für  
Freiheit und Demokratie

Wir werden in ihrem Sinne unsere Arbeit  
fortsetzen und wir werden sie

**Niemals vergessen!**

einen Antrag auf Verbot der NDP und einen Antrag auf das Verbot der „National-Zeitung“ eingebracht.

Wir haben dagegen protestiert, daß ein Nazirichter, der Widerstandskämpfer ohne Erbarmen zum Tode verurteilt hat, ganz gleichgültig, welche Weltanschauung sie hatten oder aus welcher Partei sie gekommen sind, Senatspräsident des Oberlandesgerichtes werden soll. Die sozialistischen Freiheitskämpfer waren zwar nicht die einzigen, die protestiert haben, aber es ist erreicht worden, daß dieser Nazirichter nicht zum Senatspräsidenten berufen worden ist.

Wir haben sehr energisch protestiert, als uns bekannt wurde, daß der Film „1910“, der voll von antisemitischer Propaganda ist, gezeigt werde, und wir haben erreicht, daß dieser Film vom Spielplan abgesetzt worden ist. Es wurde uns die Zusicherung gegeben: In Österreich wird er nicht mehr vorgeführt werden können.

Wir haben ein Protesttelegramm an die griechische Botschaft gerichtet, als dort die Wellen des Terrors besonders hoch gegangen sind und aufrechte Menschen, Widerstandskämpfer, verhaftet und in den Gefängnissen gefoltert wurden, und sie aufgefordert, diesen Protest an die Militärregierung in Griechenland weiterzuleiten.

An die sowjetrussische Botschaft erging ein Protesttelegramm gegen die Todesurteile im Leningrader Prozeß gegen drei jüdische Angeklagte.

Wir haben jedoch nicht nur in Telegrammen gegen die Todesurteile protestiert, sondern auch in einer Demonstration gegen die Todesurteile im Baskenprozeß in Burgos sowie gegen die Urteile in Leningrad gemeinsam mit der Sozialistischen Jugend am 30. Dezember 1970 Stellung genommen. Wir konnten feststellen, daß unsere Forderung in dieser öffentlichen Demonstration, die Todesurteile nicht zu vollziehen, einen tiefen Eindruck hinterlassen haben.

Die Öffentlichkeit immer wieder auf Terrorakte aufmerksam zu machen, wenn wir auch keine Massen stellen können, ist Verpflichtung allen jenen gegenüber, die unterdrückt sind und die unter dem Terror zu leiden haben.

Es ist auch ein Akt der Solidarität, denn: Wer, wenn nicht wir, soll demonstrieren? Uns, die wir selber durch Jahre hindurch den Terror erlebt und erlitten haben, hat es auch immer viel Mut gegeben, wenn wir erfahren konnten, daß in der Welt draußen gegen den Terror in Österreich protestiert wurde. Das ist die andere Seite, wo wir in die Öffentlichkeit treten und wo wir das mahnende Gewissen sind.

Wir haben uns auch im Juni 1970 an dem Protest gegen die Versammlung der NPD beteiligt, in der dieser berüchtigte Bürger als Referent angekündigt war. Die Initiative zu dieser Protesaktion ist von der Sozialistischen Jugend ausgegangen. Wir waren nur wenige, und es war ein Verdienst unseres Genossen Hindels, daß sich Innenminister Rösch diese Demonstration selbst angesehen hat und die Versammlung auflöste.

Eine weitere Aktion sind unsere Gedenkfahrten. Denn diese Fahrten sind nicht allein dazu organisiert, um unserer unsterblichen Opfer zu gedenken, um die Stätte des Leidens von Millionen Menschen aufzusuchen, sondern sie sollen uns vor Augen halten, daß wir nicht nachgeben dürfen, daß wir nach wie vor die Mahnenden sein müssen und daß wir nach wie vor den Anfängen wehren müssen. So waren wir in Mauthausen, in Auschwitz und in Dachau, wir waren in Lidice — alles Stätten furchtbarer Leiden! Wir waren im Anne-Frank-Haus, und im Vorjahr sind wir zu einer großen Kundgebung nach Gmünd gefahren. Wir sind dort erschüttert vor dem Getreidespeicher gestanden, wo noch in den letzten Kriegstagen des Jahres 1945 fast 500 Menschen verhungert oder an Krankheit und den Strapazen zugrunde gegangen sind.

Im Juni dieses Jahres werden wir wieder auf große Fahrt gehen. Wir werden das Konzentrationslager Neuengamme besuchen und dann über Ostdeutschland fahren, um in Ravensbrück, dem einzigen Konzentrationslager für Frauen, all derer zu gedenken, die dort

zugrunde gegangen sind. Unter diesen Opfern ist auch unsere Genossin Käthe Leichter. Dann besuchen wir Oranienburg, das erste Konzentrationslager des Dritten Reiches. Den Abschluß dieser großen Fahrt wird Theresienstadt bilden.

Bei der Aufzählung all dieser Konzentrationslager kommt es einem erst so richtig zum Bewußtsein, daß wir damit noch lange nicht alle Gedenkstätten besucht haben. Aber wir werden von Jahr zu Jahr älter, und es war unsere Absicht, daß wir mit der großen Fahrt, die wir heuer veranstalten, abschließen sollten.

Ein anderer Teil — und das ist ein sehr wichtiger Teil — unserer Arbeit bezieht sich auf die Härten und Lücken, die es im Opferfürsorgegesetz noch gibt und die beseitigt werden sollen. Genosse Häuser hat hier die Erklärung abgegeben, daß er bereit sei, unsere Probleme im Rahmen des Möglichen zu lösen. Wir haben nie Unmögliches verlangt, und wir werden bei einer Aussprache unserem Genossen Häuser darzulegen versuchen, daß unsere wirklich bescheidenen Forderungen jetzt endlich erfüllt werden müssen.

Aber auch damit sind unsere Aufgaben und unsere Verpflichtungen nicht zur Gänze erfüllt. Die Entwicklung in der Welt ist andere Wege gegangen, als wir geglaubt haben. Das Unfaßbare ist eingetreten: Wir erleben es heute wieder, daß Millionen Menschen unter dem Krieg, unter Terror und Diktatur leiden. Es ist kein Trost für uns, daß wir bei uns Ruhe haben, daß wir in einem demokratischen Staat leben dürfen und daß sich das alles weit weg von uns abspielt. Heute noch! Doch wie kann es denn schon morgen sein? Das wissen wir nicht. Und Österreich wird nicht ewig eine Insel der Seligen bleiben. Daher ist es wichtig und notwendig, daß wir unsere Wachsamkeit verstärken.

Und nun wissen wir ganz genau, Genossen und Genossinnen, daß der Bund als Organisation nicht immer in der gleichen Form bestehen können wird wie heute; denn wenn einmal der letzte Widerstandskämpfer aus der Zeit „ohne Gnade“ stirbt, wenn die Opfer und die Hinterbliebenen, die ja alle schon ein höheres Lebensalter haben, nicht mehr sind, dann kann der Bund nicht mehr in derselben Weise bestehen.

Aber wir müssen dafür sorgen, daß der Gedanke der Freiheit, der Gedanke der Demokratie von der Jugend in die Zukunft getragen wird, daß sie erkennt, daß sie an die Stelle der Alten treten muß.

Unsere Aufgabe ist es daher auch, den Kontakt mit der Jugend zu verstärken. Wir haben zwar schon bei der Bundeshauptversammlung 1966 den Beschluß gefaßt, den Kontakt mit der Jugend herzustellen und sie im Bund als unterstützende Mitglieder aufzunehmen. Doch der Erfolg ist noch nicht zufriedenstellend.

Was wollen wir von der Jugend? Wir wollen ihr in erster Linie die Wahrheit über die jüngste Vergangenheit vermitteln, über den 12. Februar 1934 und den braunen Faschismus. Genosse Hindels war in der vergangenen Woche bei der Jahresversammlung der Freiheitskämpfer in Hietzing. Dort ist auch die Frage der Erfassung der Jugend im Rahmen der sozialistischen Freiheitskämpfer behandelt worden und er hat ganz richtig festgestellt: Die Jugend unterrichten und ihr die Wahrheit sagen können wir nur, wenn sie zu uns kommt. Wir brauchen junge Genossen und Genossinnen, die das organisieren und ihre Altersgenossen zu solchen Veranstaltungen bringen, damit ihnen die Wahrheit gesagt werden kann.

In Wien ist bereits eine Arbeitsgemeinschaft junger Sozialisten entstanden. Es ist zwar nur ein kleiner Kreis, der jetzt begonnen hat, diese Arbeit durchzuführen, aber es ist ein Fortschritt. Innerhalb dieser Arbeitsgemeinschaft besteht ein Kontaktkomitee, und es haben sich in dankenswerter Weise die Genossen Ackermann und Hindels zur Verfügung gestellt und die Betreuung dieser Gruppe übernommen. Wir haben auch schon eine provisorische Leitung dieses Kontaktkomitees. Sie besteht aus der Genossin Lichtenberg (Beifall), aus dem Genossen Kager von der Donaustadt (Beifall) und aus dem Genossen Peter Seda aus Döbling (Beifall). Diese drei jungen Menschen sind bereit, diese besondere Arbeit zu leisten. Der Bundesvorstand hat die Absicht, einen Genossen aus diesem Kreis in den Bun-

desvorstand zu kooptieren (Beifall), damit ein engerer Zusammenhang hergestellt wird, und alle drei Genossen werden regelmäßig zu den Obmännerkonferenzen eingeladen. Diese drei jungen Menschen gehen mit so einem Feuereifer an die Arbeit, der zu den größten Hoffnungen berechtigt. Jetzt richten wir den Appell an die Bundesländer, solche Arbeitsgemeinschaften junger Sozialisten zu bilden. Die Leitung des Kontaktkomitees hat beschlossen, nach der Bundeshauptversammlung in die Bezirke zu gehen, damit sie von den Bezirken unterstützt werden.

Sie finden in dem Heft auch einen Antrag des Bundesvorstandes — der sich an den Bundespartei Vorstand, an die Landes- und Bezirksorganisationen sowie an die sozialistische Fraktion im ÖGB wendet, es möge die Arbeit dieser Gruppe unterstützt werden. Ich hoffe, daß dieser Antrag von der Bundeshauptversammlung angenommen wird.

Wir, die ältere Generation, sind schon aus den Betrieben ausgeschieden, wir sind Pensionisten.

Aber die Jungen sind in den Betrieben. Und je mehr junge Menschen den Kontakt mit uns aufnehmen, je mehr junge Menschen erkennen, worum es sich bei dieser Arbeit handelt, desto leichter wird es dann sein, die Kollegen am Arbeitsplatz zu beeinflussen. Rufen wir dann einmal zu einer Demonstration auf, so haben wir die Hoffnung, daß sich die jungen Arbeiter und Angestellten eher beteiligen und unsere Demonstrationen größere Kraft haben werden. Diese Arbeit ist zwar schwer, aber sie kann trotzdem erfolgreich sein. In fast allen Sektionen sind junge Sektionsleiter. Die Simmeringer Bezirksorganisation zum Beispiel hat den Simmeringer Sektionsleitern geschrieben, sie mögen als unterstützende Mitglieder dem Bund sozialistischer Freiheitskämpfer beitreten. Innerhalb von etwa zwei Wochen waren es ungefähr 38 Neuanmeldungen. Ein Beweis, daß es möglich ist, auf diese Art auch organisatorisch weiterzukommen. So wird das Erbe vieler Generationen, das der Pioniere und der Generation, die den Widerstand innerhalb von zwei Faschismen führen mußte, von der Jugend übernommen und weitergetragen. Heute hat Genosse Benya gesagt, daß die sozialistische Fraktion im ÖGB die Bestrebungen der Freiheitskämpfer unterstützen wird, und es ist unsere Überzeugung, daß er dafür Sorge tragen wird, daß wir auch in die Gewerkschaftsjugend Eingang finden.

Und nun, Genossinnen und Genossen, noch einige Bemerkungen zur Opferfürsorge. Die Verhandlungen um Verbesserungen im Opferfürsorgegesetz waren immer schwer, auch bei den sozialistischen Ministern; nicht deshalb, weil die sozialistischen Minister nicht Verständnis für unsere Situation hatten, sondern weil sie nicht allein entscheiden konnten. Und im Parlament sind immer auf der anderen Seite mehr Abgeordnete gesessen, man hat also auch mit der ÖVP verhandeln müssen. Wir haben dort nicht immer das notwendige Verständnis gefunden. Daß wir aber so viel erreicht haben, das verdanken wir letztlich doch unseren sozialistischen Ministern. Die ÖVP-Alleinregierung hat nach vielen Verhandlungen in der 20. Novelle einiges zugestanden. Viele Forderungen blieben wieder offen. Vizekanzler Withalm hat im Budget 1970 für die Forderung der Opfer 2 Millionen Schilling bewilligt. Wir haben in der 20. Novelle erreicht, daß die Lebensgefährtin, die in der Rentenfrage der Witwe gleichgestellt ist, nun bei den Entschädigungsleistungen ebenfalls mit der Witwe gleichgestellt wird. Die Lebensgefährtin hat zum Beispiel keine Einkommensentschädigung bekommen, auch wenn die Voraussetzungen gegeben waren.

Es ist in der 20. Novelle außerdem die Bestimmung enthalten, daß Emigranten, die mindestens 3 1/2 Jahre in Emigration waren, Anspruch auf den Opferausweis haben. Wir wollten auch die anderen Forderungen durchsetzen. Vizekanzler Withalm hat aber erklärt: 2 Millionen — mehr ist im Budget nicht unterzubringen! Wir haben uns das Budget angeschaut. Bei den Entschädigungsleistungen war nicht einmal ein Schilling mehr vorgesehen gegenüber 1969. Aus einer Aufstellung von Wien, wie viele Anträge auf Grund der 20. Novelle zum Opferfürsorgegesetz eingebracht wor-

den sind, konnten wir sehen, daß nur zwei Einkommensentschädigungen für Lebensgefährtinnen ausbezahlt wurden. Das sind 20.000 Schilling insgesamt! Ich unterschätze das nicht, denn für diese zwei Antragstellerinnen war es eine große Hilfe. Um den Opferausweis haben 103 ehemalige Emigranten angesucht. Dazu sind dann noch zwei Opferausweise aus einem anderen Grund ebenfalls ausgestellt worden. Vier Entschädigungsleistungen wurden auf Grund der 20. Novelle wegen Berufsunterbrechung gewährt. Also vier Fälle. Das sind pro Fall 6000 Schilling; sie haben auf Grund der Tatsache, daß ihnen der Opferausweis zuerkannt wurde, diesen Anspruch geltend gemacht. Acht Anträge wegen Berufsunterbrechung sind noch in Wien anhängig. Das ist alles!

Genossinnen und Genossen! Es ist ausführlich im „Kämpfer“ über das geschrieben worden, was wir in der 21. Novelle erreicht haben. Doch nun kommt die 22. Novelle, und über diese Novelle zum OFG wollen wir mit unserem Sozialminister verhandeln. Nach dem ASVG wird die Witwenpension auf 60 Prozent der Rente erhöht, auf die der verstorbene Gatte Anspruch gehabt hätte, und zwar ab 1. Juli 1971.

Es gibt bei uns Witwen, die infolge einer niedrigen ASVG-Rente Anspruch auf eine Teilunterhaltsrente nach dem OFG haben. Der Richtsatz für die Unterhaltsrente für Hinterbliebene beträgt 1801 Schilling. Wird die Witwenrente ab 1. Juli 1971 nach dem ASVG auf 60 Prozent erhöht, dann wird diese Erhöhung von der Teilunterhaltsrente abgezogen, weil der Richtsatz nicht überschritten werden kann. Die Unterhaltsrente für Opfer beträgt 2187 Schilling, sofern kein anderes Einkommen vorhanden ist, und es wird unsere Aufgabe sein, zu erreichen, daß die Unterhaltsrente von hinterbliebenen Witwen (Lebensgefährtinnen), Waisen und Eltern auf den Stand der Unterhaltsrente für Opfer angehoben wird.

Eine weitere dringende Forderung ist, daß die Selbständigen und die Bauern weiterhin die Leistungen der Gebietskrankenkasse in Anspruch nehmen können. Ebenso hoffen wir, daß unsere alte Forderung erfüllt wird, bei Verschlimmerungsanträgen möge bei der Neubemessung der Opferrente der Gesamtgesundheitszustand berücksichtigt werden und daß die Untersuchungen wegen Feststellung der Kausalität mit dem Haftleiden unterbleiben. Wir haben nicht mehr viel Zeit, denn jene Menschen, die einst ihre Gesundheit im Widerstandskampf eingebüßt haben, gehören durchwegs der älteren Generation an und viele werden Verbesserungen in der Opferfürsorge nicht mehr erleben. Jede Verbesserung aber trägt dazu bei, die letzten Lebenstage der Opfer und deren Hinterbliebenen zu erleichtern.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich nicht versäumen, unserem Genossen Skritek im Namen aller Opfer und Hinterbliebenen herzlichst dafür zu danken (Beifall), daß er im Parlament unsere Forderungen so ernst und mit so viel Vehemenz vertritt, daß er immer wieder aufsteht und auf die Härten im Gesetz hinweist. Herzlichen Dank, Genosse Skritek! (Unter dem lebhaften Beifall der Delegierten überreicht Genossin Rosa Jochmann dem Genossen Skritek das Goldene Abzeichen.) So hoffen wir also — sofern wir die nächste Bundeshauptversammlung noch erleben —, daß wir auf dem Gebiet der Opferfürsorge endlich einen Schlußstrich ziehen können.

Uns bleibt dann nur noch die Aufgabe, unser Denken an die Opfer wachzuhalten und im Freiheitskampf mitzuhelfen, der heute wohl in anderen Formen geführt werden muß. Aber soweit es unsere Kräfte erlauben, werden wir am Platze sein, wie wir es immer waren, als es notwendig war und als wir eintreten mußten für unsere Gesinnung, für die Idee des Sozialismus!

Der Vorsitzende Ferdinand Wedenig dankte für das ausführliche Referat unserer Genossin Muhr, ersuchte aber gleichzeitig, in der nun folgenden Debatte über die Berichte nicht auf Einzelfragen einzugehen, sondern sich mit den grundsätzlichen Fragen zu befassen.

Als erster Redner begründete unser Genosse *Friedrich Flussmann* ausführlich seinen Zusatzvorschlag zum Antrag 1 im Antragsheft.

Genosse *Eduard Schlesinger* wies auf Forderungen der Gewerbetreibenden hin, die über einen Opferausweis verfügen oder eine Amtsbescheinigung besitzen.

Der Genosse *Erwin Kager* appellierte unter anderem an die Jugendorganisationen der Partei, die jungen Aktivisten bei ihrem Kampf um die Immunisierung der Jugend gegen faschistische Gedankenströmungen zu unterstützen, damit die Freiheit Österreichs und die Demokratie in unserem Staat gesichert bleiben.

Genosse *Dr. Otto Wolken* brachte noch eine Ergänzung zum Vorschlag des Genossen Flussmann zur Sprache, und schließlich sprach noch Genosse *Ferdinand Himsl* über die Gefahren von Bestrebungen, die sich unter dem Schlagwort einer „Reform“ nur zu oft als faschistisches Gedankengut entpuppen.

Als letzter Debattenredner gab Genosse *Robert Blau* einen ausführlichen Bericht über die am Morgen abgehaltene Landeshauptversammlung des Landesverbandes Wien, der ja der weitaus stärkste Verband in unserem Bund ist. Vor allem berichtete er über die seit der letzten Bundeshauptversammlung besonders intensivierete Arbeit unter den jungen Sozialisten und betonte, daß in einzelnen Wiener Bezirken bereits gute Erfolge zu erzielen waren. Sein Appell richtete sich vor allem an die Delegierten aus den Bundesländern, die er bat, dieses gute Beispiel nachzuahmen, denn damit wird der Grundstein gelegt dafür, daß bei der nächsten Bundeshauptversammlung von einer Mitgliederzahl berichtet werden könnte, die größer sei als die heutige.

Da Genosse Blau selbst auch Mitglied der Opferfürsorge-Kommission ist, konnte er zugleich über manche Erfahrungen berichten und wertvolle Ratschläge geben. Insbesondere beschäftigte er sich auch mit der Frage des Härteausgleichs, für den im Opferfürsorgegesetz bestimmte Voraussetzungen festgelegt sind. Er fügte noch hinzu, daß alle Genossen, die in Fragen der Opferfürsorge aktiv mitarbeiten, sehr glücklich darüber waren, daß auch jenen Kämpfern aus dem Jahre 1934 eine Unterstützung gewährt werden konnte, die bisher durch keinerlei gesetzliche Regelung Berücksichtigung gefunden haben. Dabei war es gerade bei diesen Genossinnen und Genossen nicht um den Geldbetrag gegangen, sondern vor allem um das Bewußtsein, endlich einmal eine bescheidene Anerkennung zu bekommen.

Nach den Ausführungen des Genossen Robert Blau, die ganz besonderem Interesse begegneten und oft durch Beifall unterbrochen wurden, erklärte Genosse Wedenig die Debatte für beendet: es war kein weiterer Redner mehr vorgemerkt. Er dankte für die Sachlichkeit, nicht nur der Berichte, sondern auch der Diskussionsbeiträge und sprach auch den Genossin-

**Sie rief kein Einberufungsbefehl**

**Kein Kommando trieb sie  
vorwärts**

**Sie folgten allein dem  
Befehl ihres Gewissens**

nen Rosa Jochmann und Rudolfine Muhr nochmals den herzlichsten Dank der Versammlung aus.

Die Berichte wurden zur Kenntnis genommen, und der Antrag der Kontrolle auf Entlastung des Kassiers und des Vorstandes wurde einstimmig angenommen.

Nach einer kurzen Unterbrechung wurden die Beratungen der Bundeshauptversammlung wiederaufgenommen. Den Vorsitz führte jetzt Genosse Leo Lesjak, der eine Umstellung einzelner Punkte der Tagesordnung beantragte, um für die großen Referate die entsprechende Zeit zu gewinnen.

Die Versammlung war mit diesen organisatorischen Änderungen einverstanden, so daß Genosse *Robert Blau* den Bericht der Mandatsprüfungskommission erstatten konnte.

Für die Antragsprüfungskommission sprach Genossin *Frieda Nödl*. Es gab eine sehr gründliche Debatte zu einzelnen Formulierungen. Die Anträge selbst lagen ja allen Delegierten vor, so daß lediglich einzelne Korrekturen, zusätzliche Wünsche oder geringfügige Änderungen zu diskutieren waren. Die Anträge wurden schließlich einstimmig angenommen.

Eine längere Debatte ergab sich bei dem Antrag auf Erhöhung des Mitgliedsbeitrages, der vom Landesverband Wien gestellt wurde. Danach wird der Mitgliedsbeitrag ab 1. Jänner 1972 auf 20 S jährlich erhöht. Es wurde darüber hinaus an alle Delegierten der Appell gerichtet, dafür einzutreten, daß in allen Bundesländern **ein einheitlicher Betrag** eingehoben wird.

Die Genossin Frieda Nödl kam schließlich auch noch auf die Resolution zu sprechen, die vom Bundesvorstand vorgelegt worden ist. Da auch die Resolution im Antragsheft im vollen Wortlaut enthalten war, wurde darauf verzichtet, sie nochmals vorzulesen. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Nach den Wahlen in den Bundesvorstand und der Kontrolle, über deren Ergebnis wir an anderer Stelle berichten\* — Berichterstatter der Wahlkommission war der Genosse *Heinrich Kölbl* —, ergriff Genosse Josef Hindels das Wort zu seinem Referat:

\* Vgl.: A. a. O., Seite 28.

# Die Freiheitskämpfer und die Gegenwart

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich hatte vor kurzer Zeit Gelegenheit, vor einer Gruppe von Studenten, die nicht der sozialistischen Bewegung angehören, über das Thema Austromarxismus zu referieren, und ich habe diesen Studenten die große Persönlichkeit Otto Bauers nahebringen versucht. Sie haben immer wieder die Frage gestellt: Warum hören wir an unseren Hochschulen nichts von einer so bedeutenden Persönlichkeit des österreichischen Geisteslebens?

Und dann hat mir ein Student — ich glaube, er hat eher der katholischen Richtung angehört — eine Frage gestellt, die ungefähr gelautet hat: Otto Bauer ist seit 1938 tot. Was bedeutet dieser Otto Bauer für die Sozialisten von heute? Und ich habe nur antworten können: Für die Sozialisten, die das Bekenntnis zum Sozialismus ehrlich meinen, ist Otto Bauer einer der größten Lehrer geblieben, die wir je gehabt haben.

Aber ich habe hinzugefügt: Wenn wir uns heute als Schüler Otto Bauers bezeichnen, so heißt das nicht, daß wir einfach wiederholen, was Otto Bauer vor Jahrzehnten geschrieben hat — wenn wir das tun würden, wären wir schlechte Schüler Otto Bauers —, sondern wir müssen die Methode seines Denkens, die Art, wie er an historische und gesellschaftliche Erscheinungen herangetreten ist, auf die Probleme unserer Zeit anwenden.

Und wenn ich heute über das Thema „Die Freiheitskämpfer und die Gegenwart“ spreche, so möchte ich versuchen — ich betone ausdrücklich, daß es sich um einen Versuch handelt —, die Methode Otto Bauers auf die Situation anzuwenden, in der sich die sozialistischen Freiheitskämpfer in der Gegenwart befinden.

Otto Bauer hat zeit seines Lebens den geistigen Provinzialismus verabscheut. Er hat uns gelehrt, alle Erscheinungen im internationalen Zusammenhang zu sehen. Ich glaube daher, daß wir sozialistischen Freiheitskämpfer, wenn wir von einer neuen faschistischen Gefahr in Österreich sprechen, auf den internationalen Zusammenhang aufmerksam machen, die gesellschaftlichen und ökonomischen Triebkräfte dieser Gefahr bloßlegen müssen.

Fast immer, wenn sozialistische Freiheitskämpfer zusammenkommen, sagen die Genossinnen und Genossen: Das, was wir in der Zeit des Faschismus, das, was wir in der Nacht der Illegalität erhofft haben, und das, woran wir noch 1945 nach der Befreiung vom Faschismus geglaubt haben, ist nicht in Erfüllung gegangen. Wir haben damals gedacht: Wenn der Faschismus zerschlagen ist, dann werde es eine Welt des Friedens und der Völkerversöhnung geben. Wenn die Menschheit erfährt, welche grauenhaften Verbrechen der Faschismus begangen hat, dann kann es nie wieder eine faschistische Gefahr geben. Und viele haben auch geglaubt: Nachdem die Menschen zwei Weltkriege erlebt haben, wird es nie wieder einen Rüstungswahn und die Gefahr eines neuen Weltkrieges geben.

Wenn wir nun feststellen müssen, daß diese Hoffnungen nicht in Erfüllung gegangen sind, dann müssen wir, wenn wir Schüler Otto Bauers sein wollen, die Frage stellen: Warum sind diese Hoffnungen nicht in Erfüllung gegangen?

Es gibt, wenn man die weltwirtschaftliche und weltpolitische Situation marxistisch analysiert, darauf nur eine Antwort: Weil es uns nach 1945 nicht gelungen ist, den Kapitalismus zu überwinden, weil es noch immer eine kapitalistische Gesellschaftsordnung gibt, die in der Vergangenheit ebenso wie in der Gegenwart den Nährboden des Faschismus und den Nährboden der Kriegsgefahr bildet.

Es ist richtig, daß der Kapitalismus in der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg nicht unwesentliche Veränderungen und Wandlungen durchgemacht hat. Aber er ist Kapitalismus geblieben. Er ist auch dann Kapitalismus, wenn wir ihm eine Tafel umhängen, auf der

geschrieben steht „Wohlfahrtsgesellschaft“ oder „Soziale Marktwirtschaft“. (Zustimmung.) Hier ist also die wirkliche, die tiefste Ursache einer neuen faschistischen Gefahr zu suchen.

Wenn bei unserer Bundeshauptversammlung Kommunisten anwesend wären, so würden sie sagen: Damit stimmen wir vollkommen überein; das ist auch unsere Meinung, aber sie würden hinzufügen: Der Referent vergißt, daß doch nach dem zweiten Weltkrieg der Kapitalismus entscheidend geschwächt wurde, indem nicht mehr die Sowjetunion das einzige Land ohne Kapitalismus ist, sondern es ein System von Ländern gibt, in denen der Kapitalismus beseitigt wurde.

Als Sozialisten weinen wir dem Kapitalismus, wo immer er beseitigt wurde, bestimmt keine Träne nach. Aber wir sind der Meinung, daß an Stelle des Kapitalismus sozialistische Demokratie treten muß. (Zustimmung.) Eine sozialistische Demokratie, die mehr Freiheit für die arbeitenden Menschen bedeutet, als ihnen der liberalste Kapitalismus zu geben vermag. Otto Bauer hat im Exil bis zu seinem tragischen Tod in Paris 1938, in den wenigen Jahren, die er noch arbeiten konnte, die Entwicklung in der Sowjetunion analysiert; er hat die Hoffnung ausgesprochen, daß dort ein Demokratisierungsprozeß vor sich gehen werde. Es hat auch verheißungsvolle Anfänge gegeben. Aber dieser Demokratisierungsprozeß ist stecken geblieben, und wir erleben heute in kommunistisch regierten Ländern Erscheinungen der Unfreiheit und des Terrors — ich brauche nur an die Leningrader Prozesse zu erinnern. Diese Entartungserscheinungen im Osten bedeuten aber eine Stärkung des Kapitalismus im Westen und geben dem Kapitalismus die Möglichkeit, von seinen eigenen Verbrechen abzulenken.

Ich bin der Meinung, daß wir einen geistlosen, primitiven, nur der Reaktion nützenden Antikommunismus als Sozialisten mit aller Entschiedenheit ablehnen sollten. Gleichzeitig müssen wir aber immer wieder betonen, daß für uns die Begriffe Sozialismus und Demokratie zusammengehören. (Zustimmung.) Deshalb werden wir auch nicht schweigen, wenn in Ländern, wo der Kapitalismus beseitigt wurde, sich Exzesse der Unfreiheit und der Unterdrückung ereignen.

Ich glaube, daß es heute in Europa einige Herde einer neuen faschistischen Gefahr gibt: Da ist das faschistische Spanien, jenes Franco-Regime, das 1939 nur mit Hilfe Hitlers und Mussolinis gegen den heroischen Widerstand des spanischen Volkes etabliert werden konnte. Jeder von uns weiß, daß dieses Franco-Regime nicht einen Tag existieren könnte, wenn es nicht die Unterstützung des mächtigen amerikanischen Kapitalismus hätte. Es ist im Bericht der Genossin Muhr davon die Rede gewesen, daß wir vor der spanischen Botschaft gemeinsam mit der Sozialistischen Jugend gegen die sechs Todesurteile in Burgos protestiert haben. Es haben damals auch viele Regierungen — auch nichtsozialistische Regierungen — gegen diese Todesurteile protestiert. Die amerikanische Regierung hat es vorgezogen, dazu zu schweigen!

Wir haben es erlebt, daß im Jahre 1967 mit aktiver Hilfe des amerikanischen Kapitalismus in Griechenland eine Diktatur errichtet wurde, die sich nur mit Mord, Folterung und rücksichtsloser Unterdrückung der Mehrheit der Bevölkerung an der Macht hält. Nicht anders sind die Verhältnisse in Portugal, wo wir es mit einem Regime zu tun haben, das viele Ähnlichkeiten mit dem Austrofascismus aufweist.

Aber wir haben heute — und das scheint mir für Österreich von großer Bedeutung zu sein — auch eine faschistische Gefahr in demokratischen Ländern, darunter in zwei Ländern, mit denen wir eine gemeinsame Grenze haben. In Italien, wo 1922 der Faschismus unter Mussolini seine erste Diktatur errichtet hat, ist in letzter Zeit der Neofaschismus aktiv in Erscheinung

getreten; es wiederholt sich jetzt dort jener faschistische Terror, der einst von einem österreichischen Sozialdemokraten, den wir nie vergessen sollten, nämlich vom Genossen Wilhelm Ellenbogen, als einem der ersten aufgezeigt und angeprangert wurde. Es hat in Italien wiederholt bewaffnete Überfälle auf Arbeiterheime gegeben, es sind sozialistische Jugendliche von den Neofaschisten furchtbar mißhandelt worden, es sind Bomben in Gewerkschaftshäuser geworfen worden, und es hat in Italien die ersten Todesopfer des neofaschistischen Terrors gegeben.

Allerdings ist in Italien auch eine gewaltige Welle des Antifaschismus ausgelöst worden, es haben Hunderttausende in den italienischen Städten gegen den neuen Faschismus demonstriert, es haben Streiks stattgefunden, an denen alle Gewerkschaften, auch die christlichen, teilgenommen haben. Was mich am tiefsten beeindruckt hat, das war ein Transparent, das bei einer antifaschistischen Massenkundgebung getragen wurde, dessen Text lautete: „Faschisten morden wieder — aber wir haben aus der Vergangenheit gelernt!“ Ich glaube, Genossinnen und Genossen, dieser Text bringt in komprimierter Form den tiefsten Sinn des Antifaschismus von heute zum Ausdruck: Aus der Vergangenheit gelernt zu haben und diesmal nicht zu warten, bis es zu spät ist, sondern rechtzeitig dem Faschismus entgegenzutreten!

Wir haben eine akute faschistische Gefahr, die man nicht unterschätzen soll, in der Bundesrepublik Deutschland. Diese Gefahr geht zwar nicht ausschließlich von der neonazistischen NPD aus. Aber diese neonazistische NPD ist eine sehr ernste Gefahr! Ich habe in der letzten Zeit berichtet, daß bei Anhängern der NPD, und zwar vor allem bei den Angehörigen ihrer sogenannten Ordnergruppe, eine große Zahl von Waffen gefunden wurde. Man hat in einem Waffenversteck auch Bilder von Willy Brandt gefunden, Bilder des sozialdemokratischen Bundeskanzlers und Parteivorsitzenden der SPD, die völlig durchlöchert waren; es wird berichtet, daß die Bilder von Brandt bei den Schießübungen als Zielscheiben benützt wurden! Nicht weniger wichtig ist die Altersstruktur der verhafteten Neonazi. Es fällt bei den Verhafteten auf, daß sie zwei Generationen repräsentieren: Alte, unverbesserliche Nazi, von denen wir wissen, daß sie bei der SS, bei der SA waren, daß sie schon den verschiedensten neonazistischen Organisationen angehört haben. Und junge Menschen, die zum Teil so jung sind, daß sie noch gar nicht geboren waren, als es einen Hitler gab. Das heißt also, daß man es hier mit einem faschistischen Nachwuchs zu tun hat.

Ich weiß, daß immer wieder eingewendet wird, und das ist auch in Deutschland gesagt worden: Aber diese NPD — man sehe sich doch die Zahlen der letzten Landtagswahlen an — ist ja eine kleine Partei, die schrumpft, die zurückgeht, die nicht einmal im Bonner Bundestag vertreten ist. Zunächst ist dazu zu sagen, daß auch in der Vergangenheit alle faschistischen Bewegungen als kleine Gruppen angefangen haben, die man lange Zeit hindurch verniedlicht, bagatellisiert und nicht ernst genommen hat.

Aber es kommt noch etwas anderes hinzu, und das scheint mir von entscheidender Bedeutung zu sein: Daß es ernste faschistische Tendenzen in der großen konservativen Sammelpartei des deutschen Bürgertums, in der CDU-CSU, gibt. Und wenn die NPD bei den letzten Landtagswahlen in Bayern — wie auch in Hessen — Stimmen verloren hat, so hat sie diese Stimmen an eine CSU verloren, die in ihrer Sprache, in ihrer Mentalität, in ihren Parolen der NPD weitgehend entgegengekommen ist. Und wenn ich mit dem Führer der NPD, dem Herrn Adolf von Thadden, in nichts sonst einer Meinung bin, so stimme ich ihm doch zu, als er nach den Landtagswahlen in Bayern gesagt hat: „Die CSU hat Stimmen mit unseren Parolen gewonnen.“

Eine dieser Parolen hat der Vorsitzende der CSU und frühere Finanzminister Franz Josef Strauß geprägt. Er hat nämlich in einer Polemik gegen die Regierung Brandt, der er vorwirft, daß sie Deutschland verrät, daß sie deutschen Boden verkauft, die folgenden Worte

gesagt: „Ich bin bereit, für die Freiheit Deutschlands zu kämpfen — wenn es notwendig ist, auch mit der Maschinenpistole!“ Das ist nicht der Ausspruch des Repräsentanten einer kleinen Gruppe, sondern eines Mannes, der Anspruch erhebt, an der Spitze einer kommenden deutschen Regierung zu stehen, wenn es gelänge, die Regierung Brandt zu stürzen. Und das wird jetzt von allen reaktionären und rechtsstehenden Kräften in Deutschland versucht.

Es ist schon berichtet worden, daß die sozialistischen Freiheitskämpfer eine Aktion gegen eine provokatorische Veranstaltung der NDP durchgeführt haben. Wenn wir eine solche Aktion durchführen, dann richtet sie sich nicht ausschließlich gegen die NDP, sondern dann ist sie zugleich eine Mobilisierung der demokratischen und antifaschistischen Kräfte gegen alle anderen faschistischen Gefahren. Und diese gibt es in unserem Land nicht nur in den Reihen der NDP, deren Auflösung seit langem gerechtfertigt wäre.

Wir haben auf dem Parteitag im Juni 1970 den Antrag gestellt, daß die aus Deutschland eingeführte neonazistische „National-Zeitung“, die in jeder Nummer Beleidigungen der Widerstandskämpfer, Verhöhnungen der KZler enthält, nach Österreich nicht mehr eingeführt und nicht mehr verbreitet werden darf.

Der Parteitag, die höchste Körperschaft unserer Partei, hat diesen Antrag der sozialistischen Freiheitskämpfer, der auch von einigen Bezirksorganisationen unterstützt wurde, einstimmig beschlossen. Jetzt haben wir Ende Februar 1971, und in dem ganzen Zeitraum, der seither vergangen ist, ist von seiten der österreichischen Justizbehörden nichts gegen die neonazistische „National-Zeitung“ unternommen worden. Es hat in diesem Zeitraum Zeitungsbeschlagnahmen aus den verschiedensten Gründen gegeben, mit denen ich mich jetzt nicht beschäftigen möchte, aber nicht ein einziges Mal ist die „National-Zeitung“ beschlagnahmt worden!

Als sich die „National-Zeitung“ über jene Menschen lustig machte, die von Gaskammern reden, weil es, wie die „National-Zeitung“ schrieb, jene Gaskammern nicht gegeben hat, sondern weil man in den Konzentrationslagern lediglich die nicht sehr reinlichen Häftlinge entlausen mußte, da habe ich einen Staatsanwalt angerufen und ihn gefragt, ob sich die Opfer des Faschismus eine solche Beleidigung gefallen lassen müssen. Er hat mir geantwortet: Es wird geprüft werden, ob eine gesetzliche Möglichkeit besteht, dagegen etwas zu unternehmen. Geschehen ist nichts.

Ich glaube, daß es darauf nur eine Antwort gibt: Wenn es richtig sein sollte — ich bin kein Jurist und habe keine Absicht, mich mit Juristen in einen Streit einzulassen —, daß es in Österreich keine gesetzliche Handhabe gegen eine solche Neonazizeitung gibt, dann ist es eine unbedingte Notwendigkeit, bei den Änderungen des österreichischen Strafrechts, die jetzt vorgenommen werden, solche gesetzlichen Grundlagen zu schaffen.

**Ein Sammelbecken der faschistischen Gefahr, auf das die sozialistischen Freiheitskämpfer, aber auch andere Opferverbände wiederholt hingewiesen haben, ist der Österreichische Kameradschaftsbund, der seine Aufgabe darin sieht, „soldatische Tradition“ hochzuhalten, wobei er vor allem an die Tradition der Hitler-Wehrmacht anknüpft.**

Dieser Kameradschaftsbund hat jetzt ein Plakat herausgebracht, wo er verlangt, daß jene „Verräter“ vom Volke gerichtet werden, die es wagen, die Wehrkraft Österreichs zu zersetzen. Ich glaube, diese Sprache allein zeigt, welcher Geist in solchen Bündeln herrscht!

Wir haben wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß der sogenannte Österreichische Turnerbund, die Nachfolgeorganisation des berüchtigten Deutschen Turnerbundes, unter den Jugendlichen eine ziemlich offene nazistische Propaganda betreibt. Ich glaube, daß wir auch feststellen müssen, daß es in den bürgerlichen Parteien, die man sicher nicht pauschal als faschistisch bezeichnen soll, sehr gefährliche Tendenzen gibt.

In seiner Begrüßungssprache hat Genosse Weisz auf seine Erfahrungen im Parlament hingewiesen und

gesagt: Manchmal, wenn er die Zwischenrufe gewisser ÖVP-Abgeordneter höre, werde er an die zwanziger und dreißiger Jahre erinnert. Wir haben es auch bei einigen Wahlkämpfen erlebt, daß die ÖVP — natürlich nie offiziell, aber inoffiziell und unterschwellig — mit der infamsten antisemitischen Propaganda operiert hat.

Ich würde auch eindringlich davor warnen, zu glauben, daß die Freiheitliche Partei Österreichs eine liberale Partei ist. (Zustimmung.) Ich würde eindringlich davor warnen, die Gefahren gering einzuschätzen, die von dieser rechtsradikalen Partei ausgehen. Ich bin der Meinung — und ich glaube, daß mich jeder einzelne richtig verstehen wird —, daß man den Charakter einer Partei nicht nach vorübergehenden tagespolitischen, taktischen und parlamentarischen Situationen einschätzen kann. Das wäre Opportunismus übelster Sorte.

Wir dürfen nicht vergessen, daß es die Abgeordneten der Freiheitlichen Partei waren, die im Nationalrat unter anderem dafür eingetreten sind — und der Herr Broesigke hat sich in einem Prozeß stolz dazu bekannt! —, daß alle Verfahren gegen Nazikriegsverbrecher einzustellen sind.

Es drängt sich nun die Frage auf: Warum spricht der Referent eigentlich so viel von negativen Erscheinungen? Das, was ich hier sage, läßt sich wahrscheinlich kaum widerlegen. Aber es wird mancher das Gefühl haben: Hier wird das Negative, das Beunruhigende besonders hervorgehoben. Und wir österreichische Sozialisten hätten doch allen Grund, stolz auf die gewaltigen Erfolge zu sein, die wir erreicht haben, glücklich zu sein, daß es zum erstenmal eine sozialistische Regierung, einen sozialistischen Bundeskanzler gibt.

Dazu möchte ich — und das ist jetzt meine persönliche Meinung — ein offenes Wort sagen, und ich hoffe, daß Sie mich richtig verstehen:

Es fehlt nach den großen Erfolgen, die unsere Partei errungen hat, nicht an Menschen in der Partei, die sich über diese Erfolge freuen. Viele von ihnen neigen dazu, selbstgefällig zu werden und die uns bedrohenden Gefahren entweder nicht zu sehen oder sie zu unterschätzen. (Zustimmung.) Deshalb glaube ich, daß die sozialistischen Freiheitskämpfer, die mit ihrer Partei eng verbunden sind, die Aufgabe haben, auf diese Gefahren aufmerksam zu machen und auch auf das aufmerksam zu machen, was unsere Partei bei ihrem großen und stolzen Aufstieg vernachlässigt hat.

**Was wir vernachlässigt haben, das ist die Erziehung jener Menschen, die aus tagespolitischen Gründen zu uns gekommen sind, um sie zu bewußten Sozialisten zu machen. Jeder von uns, der in der Partei mitarbeitet, wird erschrocken darüber sein, wie unterentwickelt das sozialistische Bewußtsein ist; nicht nur bei vielen neu dazugekommenen Mitgliedern, sondern auch bei manchen, die von der Partei Amt und Würden bekommen haben.**

**Ich glaube, daß wir unserer Partei den besten Dienst erweisen, wenn wir nach dem alten Wahrspruch „Aussprechen, was ist“ auf diesen Mangel hinweisen.**

Ich glaube, daß wir Möglichkeiten haben, dieser Entwicklung entgegenzuwirken, und ich glaube, daß der Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus auf dem richtigen Weg ist, wenn er jetzt einen engen Kontakt zu den jungen Menschen herstellt hat. Wir alle sind froh darüber, daß die Repräsentanten der jungen Generation auch auf dieser Bundeshauptversammlung vertreten sind.

Wenn wir in antifaschistischen Seminaren mit jungen Sozialisten über den Faschismus diskutieren, dann

machen wir Entdeckungen, die in einem gewissen Sinn erschütternd sind, uns aber in einem anderen Sinn mit viel Zuversicht erfüllen. Da hat sich eines gezeigt: Eine erschreckende Unwissenheit über die Vergangenheit, aber — und das ist das Zuversichtliche — es hat sich auch gezeigt, daß jene Unrecht haben, die uns immer wieder sagen: Die Jugend will davon nichts hören, die Jugend will davon nichts wissen! Im Gegenteil: Wir haben ein brennendes Interesse festgestellt! Wenn zum Beispiel über die Ermordung von sechs Millionen Juden, über das Grauen in den Konzentrationslagern, über den Kampf im Februar 1934 gesprochen wurde, dann konnte man hören, wie einer nach dem anderen gesagt hat: Ja, warum hat denn niemals jemand etwas darüber gesagt? (Zustimmung.) In der Schule, im Elternhaus, aber — das soll auch nicht verschwiegen werden — sehr oft auch in der eigenen Parteiorganisation (Zustimmung) ist über diese Themen einfach hinweggegangen worden. Man hat nichts getan, um den jungen Menschen die Wahrheit über die Vergangenheit zu sagen!

Ich glaube daher, daß der Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus innerhalb der Arbeiterbewegung eine ganz große Aufgabe zu erfüllen hat. Fast jeder von uns — und ich möchte mich keineswegs ausnehmen — wird manchmal müde und hat oft das Gefühl, daß wir gegen den Strom schwimmen. Wer will denn das, was wir zu sagen haben, überhaupt noch hören?

Aber das sind Stimmungen, die wir gemeinsam überwinden müssen. Und ich muß sagen: So erschreckend all das ist, was in den letzten Jahren unterlassen wurde, so ist es doch meine feste Überzeugung, daß es keineswegs zu spät ist, das Versäumte nachzuholen!

Ich möchte deshalb am Schluß meines Referats ganz konkret sagen, was meiner Überzeugung nach in der nächsten Zeit geschehen sollte. Der Bundesvorstand hat das diskutiert, und ich hoffe, daß auch die Bundeshauptversammlung dem zustimmen wird.

**Die erste Aufgabe ist die Unterstützung von Arbeitsgemeinschaften junger Sozialisten, die gemeinsam mit den sozialistischen Freiheitskämpfern das antifaschistische Gedankengut weitergeben.**

Das zweite, was wir tun müssen, wenn unser Bund nicht nur überleben, sondern größer und einflußreicher werden soll, ist eine breit angelegte Aufklärungskampagne in der gesamten Arbeiterbewegung, eine Aufklärungskampagne unter der Devise „Warum der Freiheitskampf weitergeht!“ Ich stelle mir vor, daß wir eine kleine Schrift herausbringen, in der wir mit wenigen einfachen und prägnanten Sätzen erklären, daß es in der Welt und bei uns eine faschistische Gefahr gibt, daß die sozialistischen Freiheitskämpfer daher in der Gegenwart eine entscheidende Aufgabe zu erfüllen haben und daß uns jeder, der diese Gefahr erkennt — möge er selbst Freiheitskämpfer gewesen sein oder nicht —, im Kampf gegen den Faschismus, aber auch im Kampf gegen die fortschreitende Entideologisierung in der sozialistischen Bewegung unterstützen soll. Wenn ich in meinem Referat gesagt habe, daß man oft über die Unwissenheit zutiefst erschrocken ist, über die Unterentwicklung des sozialistischen Bewußtseins, so muß ich auf der anderen Seite sagen, daß es in unserer großen Partei auch Menschen gibt, die an den sozialistischen Grundsätzen festhalten und die unglücklich sind, wenn sie merken, wie diese Grundsätze in der Tagespolitik immer mehr verwässert werden. Ich glaube, daß wir eine breite Schicht von Menschen in der Partei finden werden, die uns bei dieser groß angelegten Aufklärungskampagne unterstützt.

---

**Wenn man sich selbst nur solchen Ideen verschreiben will, die heute politisch durchführbar sind, dann sollte man sich am besten für eine Verbesserung der Postzustellung einsetzen und die Finger von allem anderen lassen**

---

An das Referat des Genossen Hindels, das immer wieder Beifall und Zustimmung der Versammlung auslöste, schloß sich eine rege Diskussion. Die Diskussionsbeiträge, von denen wir einige vollständig veröffentlichen, waren vielfach noch eine wertvolle Ergänzung zu den Ausführungen des Genossen Hindels. Als erster Diskussionsredner kam Genosse Manfred Ackermann zu Wort. Nach ihm sprachen die Genossen Dr. Otto Wolken und Peter Seda.

#### Manfred Ackermann

Genossinnen und Genossen! Zunächst möchte ich feststellen, daß mir in der politischen Resolution ein Punkt fehlt, der auf die Gefahr aufmerksam macht, wollte man in Österreich eine Art Söldnerheer schaffen. **Die Erfahrung lehrt uns, daß in kritischen Situationen ein Heer von Berufssoldaten unter der Führung von Berufsoffizieren eine faschistische Gefahr darstellt und in vielen Fällen zu einem Instrument faschistischer Gewaltherrschaft geworden ist.**

Unlängst wurde der neue Heeresminister in einer Pressekonferenz gefragt, wie es sich damit verhält, daß die Soldaten — von wem immer beeinflusst — Nazilieder singen. Die Tatsache, daß zur Ausbildung der jungen Soldaten auch die Einstudierung von Naziliedern mit dazu gehört, ist vielen Genossen gar nicht bekannt! Der Minister für das Heerwesen hat nicht bestritten, daß das eine Tatsache ist, und er hat erfreulicherweise zugesagt, diesen unglaublichen Unfug abzustellen. In der gleichen Pressekonferenz soll der Minister, nach dem was ich darüber gehört habe, auch gesagt haben, **daß das Bundesheer als Faktor der Ordnung im allgemeinen an die Tradition des Bundesheeres in der Ersten Republik anknüpft. Ein Vertreter der kommunistischen Presse war es, der den Minister gefragt hat, ob er damit die Beschießung des Karl-Marx-Hofes meine. Auf diese Frage hat der Minister geantwortet, in der damaligen innerpolitischen Situation sei das Bundesheer ein Ordnungsfaktor gewesen!**

In der Resolution, die Genosse Hindels in seinem ausgezeichneten Referat besprochen hat, wird erklärt, daß wir die Aufgabe, die den sozialistischen Freiheitskämpfern gestellt ist, nur werden erfüllen können, wenn es uns gelingt, sie gemeinsam mit den jungen Sozialisten zu erfüllen. Es wird die Überzeugung ausgesprochen, daß die sozialistischen Freiheitskämpfer jedwede faschistische Gefahr nur gemeinsam mit der jungen Generation bekämpfen können. Die Resolution fordert, die bereits bestehenden Kontakte zwischen Freiheitskämpfern und jungen Sozialisten in engster Zusammenarbeit mit den sozialistischen Jugendorganisationen weiter auszubauen und zu vertiefen. Tatsächlich suchen die Freiheitskämpfer schon seit längerer Zeit ein Bündnis mit jungen Menschen. Wir suchen junge Sozialisten, die bereit und fähig sind, die Tradition des Bundes fortzusetzen.

Wenn ich von der Tradition des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer spreche, möchte ich keinen Zweifel darüber lassen, daß ich sie als eine Tradition des Sozialismus im Geiste Otto Bauers verstehe. Die Pflege dieses Geistes, die Fortsetzung und Fortführung dieser großartigen marxistischen Geistesströmung, ist, soweit ich die Geschichte der nach 1945 neuerstandenen Partei zu überblicken vermag, sowohl von der Bildungsorganisation wie auch von den Jugendorganisationen der Partei vernachlässigt worden oder doch nur in meiner Ansicht nach höchst ungenügender Weise betrieben worden.

Es gibt in unseren Jugendorganisationen viel Betriebsamkeit, die ich als abwegiges Unterhaltungs- und Kulturgefimmel betrachte. Es gibt in einer großen Organisation, die berufen wäre, breite Schichten junger Menschen zu erfassen, um sie zu sozialistischem Denken zu erziehen, eine bewußte Konzentration auf praktizistische, vermeintliche „Sachlichkeit“, und es gibt in allen unseren Jugendorganisationen ein System fal-



scher Erziehung, eine Erziehung völlig losgelöst von kontinuierlich zu erstellenden konkreten organisatorischen und politischen Aufgaben. Wir haben früher einmal von dem, was die Aufgabe eigentlich ist, wenn man junge Menschen für den politischen Kampf, für den Klassenkampf mobilisieren will, eine sehr klare Vorstellung gehabt. Wir wußten, daß es zwei Gebiete sind, auf die wir uns zu konzentrieren hatten. Das war in erster Linie die Bildungs- und Schulungsarbeit, durch die wir den jungen Menschen jenes marxistische Wissen zu vermitteln bemüht waren, das die jungen Proletarier in keiner bürgerlichen Bildungsinstitution sich erwerben können.

Die Erziehungsarbeit aber war darauf ausgerichtet, in den jungen Kämpfern jene Charaktereigenschaften zur Entfaltung zu bringen, die der arbeitende Mensch im Klassenkampf braucht. Diese Charaktereigenschaften, von denen ich rede, sind heute in weiten Bereichen der Bewegung selten genug geworden: Solidaritätsgefühl, Opferbereitschaft, Begeisterungsfähigkeit, Zivilcourage, Mut und eine Art von Zähigkeit, in der notwendigen Kleinarbeit nicht müde zu werden, sondern, so wie die Alten es getan haben, so gut oder so schlecht es eben gehen mag, auszuharren und dabei-zubleiben.

Wir, die wir uns um diese Art von Jugendarbeit im Rahmen des Bundes der sozialistischen Freiheitskämpfer bemühen, hoffen, daß den jungen Freiheitskämpfern die gesellschaftlichen Probleme, die Probleme der Not und des Elends vieler Millionen Menschen, die Probleme der Unterdrückung und der sozialen Ungerechtigkeit zu persönlichen Anliegen werden. Junge Sozialisten dieser Art werden sich von den Indifferenten, den Gleichgültigen, von den Selbstischen und Egoistischen dadurch unterscheiden, daß sie die wunderbare Fähigkeit zur Entrüstung in sich entwickeln. **Ich meine die Fähigkeit, sich zu entrüsten nicht nur dann, wenn einem selbst Unrecht geschieht, Unterdrückung oder Verfolgung widerfährt, sondern sich zu entrüsten über jedes Unrecht, das von Menschen anderen Menschen zugefügt wird, anderen Völkern, anderen Rassen, Menschen anderen Glaubens. Denn erst das macht den wahren Sozialisten aus.** Wir, deren Zeit abzutreten bald gekommen sein wird, hoffen, daß in dem Tun und Wirken unserer jungen Genossinnen und Genossen der revolutionäre sozialistische Geist unseres Bundes in der Geschichte weiterleben und weiterwirken wird.

#### Dr. Otto Wolken

Ich bin kein Freund vieler Worte und will daher auch versuchen, möglichst rasch vom Theoretischen zum Praktischen zu kommen.

Es ist heute genügend darüber gesprochen worden, wie wichtig es für uns ist, die Jugend zu gewinnen.

Und wenn wir diese Wichtigkeit erkannt haben, dann ist es, glaube ich, auch wichtig, daß wir zunächst einmal eines unternehmen: Schaffen wir eine antifaschistische Bibliothek! Es gibt genügend Bücher auf diesem Gebiet. Sorgen wir dafür, daß solche kleine Bibliotheken zustande kommen, die wir dann den einzelnen antifaschistischen Jugendgruppen zur Verfügung stellen können. Auf diese Weise können wir die Vergangenheit, die wir erlebt haben, die vielfach in Büchern, in Berichten über Kriegsverbrecherprozesse, in Tagebüchern usw. niedergeschrieben ist, der Jugend wirklich nahe bringen.

Wir kennen die Klagen der Jugend, daß sie über die jüngste Vergangenheit nicht unterrichtet wird. Das kommt daher, weil man sich noch immer nicht darüber geeinigt hat, wie die Geschichte geschrieben werden soll; wir wollen sie so geschrieben haben, wie es wahrheitsgetreu wirklich gewesen ist, wie wir sie erlebt haben — die ÖVP will sie anders geschrieben haben. Schön und gut. **Aber was hindert uns daran, die jüngste Geschichte ebenso niederzuschreiben, wie wir sie sehen, und sie dann unter der Jugend, unter unserer Jugend zu verbreiten?**

Wir haben leider keinen Hemingway unter uns, um diese Geschichte in Form eines Romans so zu schreiben und so leicht lesbar zu machen, wie es die Bücher sind, die den spanischen Bürgerkrieg behandeln. Aber wir können dennoch versuchen, durch eine solche Bibliothek, wie ich sie hier vorschlage, die Jugend auch dafür zu interessieren. Die Bücher über diese Geschichte der jüngsten Vergangenheit werden zumindest so interessant sein wie die Wildwestgeschichten, mit denen man heute die Jugendlichen überschwemmt.

Das zweite, das wir unternehmen sollten, wäre eine Zusammenfassung alles dessen, was bei uns an antifaschistischen Filmen existiert. Wenn wir darüber eine Liste anfertigen, sie auflegen und die Filme auch zur Verfügung halten, könnte das unsere Arbeit wesentlich unterstützen. Denn sowohl mit solchen Filmvorführungen als auch mit den Büchern, von denen ich vorher gesprochen habe, könnten wir einen viel, viel größeren Kreis von Jugendlichen ansprechen.

Ich glaube, daß meine Vorschläge für die praktische Arbeit der nächsten Zukunft sehr wichtig wären. Wenn wir dafür Geldmittel einsetzen, sind sie sicherlich nicht verloren.

#### Peter Seda

Ich bin immer tief beeindruckt, wenn ich lese oder in Vorträgen höre, wie Ihr, liebe Genossen und Genossinnen, von 1934 bis 1945 aufopfernd und idealistisch gegen den Faschismus gekämpft habt. Gleichzeitig bin ich tief beschämt, wenn ich sehe, wie die heutige Jugend lethargisch dahinschlüft und sich mit diesen großen Problemen überhaupt nicht beschäftigt.

Wir müssen in breiten Bevölkerungsschichten und ganz besonders in der Jugend eine Aufklärung über die Geschehnisse von damals durchführen und die Ursachen zeigen, die dazu geführt haben. Dazu halte ich es für notwendig, daß wir überall, wo Menschen zusammenkommen, junge Genossen haben — in den Betrieben, in den Sektionen der Partei, auf den Hochschulen und überall sonst —, die sich mit dem Sozialismus, mit dem Antifaschismus intensiv beschäftigt haben. Diese Genossen wollen wir im Rahmen unserer Seminare schulen und heranbilden. Wir wollen keine Massenorganisation sein, sondern eine Kaderorganisation von Jugendlichen bilden, die dann die anderen Jugendlichen weiter informieren und Aufklärungsarbeit leisten.

Nur weil Genosse Hindels gesagt hat, an den Hochschulen würde nichts getan, möchte ich sagen: In Deutschland sind unter dem Druck der Studenten und junger Wissenschaftler gegen den Willen der faschistischen und bürgerlichen Hochschulprofessoren bereits Seminare über den Faschismus durchgeführt worden! Wir hoffen, daß nach einer gründlichen Information der studierenden Jugend in Österreich auch unsere Professoren auf den Hochschulen veranlaßt werden könnten, den Faschismus ebenfalls mehr zu behandeln. Hier dürfen wir nicht untätig zuschauen.

Ich möchte nun zu einem Problem kommen, das bis jetzt noch nicht erwähnt worden ist, dessen Konsequenzen aber weit in unsere eigene Partei reichen. Wir wissen aber weit in unsere eigene Partei reichen. Bei den Nazis waren es die Juden, heute sind es bei uns insbesondere die Fremdarbeiter. Leider haben wir auch in unserer Partei viele Leute, die gegenüber den Fremdarbeitern eine negative Einstellung haben. Darum müssen wir aufklärend wirken, damit sich die Genossen in unserer Partei nicht offen oder versteckt von den Bürgerlichen und den Faschisten beeinflussen lassen.

**Zum Schluß möchte ich noch eines sagen: Der Faschismus kann sich nur in einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung entwickeln. Das wissen wir alle. Deshalb muß uns bewußt sein, daß die einzige Alternative zum Faschismus nur der Sozialismus sein kann.** Wir Jungen versprechen, uns in diesem Sinn einzusetzen. Wir werden verhindern, daß der Faschismus noch einmal die Macht an sich reißt!

Nach dem Genossen Seda kam auch noch die Genossin Ruth Lichtenberg zu Wort, die von den Aktionsmöglichkeiten berichtete, die in einer der letzten Arbeitssitzungen der Jungen diskutiert wurden. Eine davon ist eine Aktion für die amerikanische Bürgerrechtskämpferin Angela Davis\*. Das antifaschistische Kontaktkomitee junger Sozialisten habe beschlossen, bei einer Spendenaktion mitzuwirken, die der Verband sozialistischer Mittelschüler durchführt, und die Genossin Lichtenberg ersuchte auch die sozialistischen Freiheitskämpfer um Unterstützung dieser Aktion.

Als letzte Diskussionsrednerin kam noch Genossin Erna Musik aus dem 20. Bezirk zu Wort, die über den mangelhaften Geschichtsunterricht in unseren Schulen klagte. Dazu sagte sie unter anderem:

Wenn Genosse Hindels uns hier gesagt hat, daß er in den Bundesländern viel mit der Jugend über diese Nichtkenntnis der letzten 50 Jahre Zeitgeschichte diskutiert hat, dann möchte ich hinzufügen: Er braucht gar nicht in die Bundesländer hinausgehen. Ich darf als Mutter hier einfach feststellen, daß alle meine drei Kinder in der Schule über die letzten 40 Jahre Geschichte überhaupt nichts gelernt haben. Wenn ich auch zugebe, daß Maria Theresia oder das 17. Jahrhundert zur Bildungsreife dazugehören, so muß ich doch offen sagen, daß es mir noch viel wichtiger erscheint, was in den letzten 50 Jahren bei uns alles geschehen ist. **Ich erwarte mir daher von einem sozialistischen Unterrichtsminister, daß er so rasch als möglich einen Gesetzesentwurf vorbereitet, der gewährleistet, daß diese Sachen in der Schule endlich gelehrt werden.**

Unsere Genossin Muhr hat mich zwar informiert, daß es bereits ein Komitee gäbe, das die Aufgabe hat, das alles vorzubereiten. Genossen! Mir geht das viel zu langsam. Ich erwarte, daß dieser Mißstand rasch beseitigt wird und daß bald etwas geschieht, denn es sind schon so viele Jahre vergangen, in denen man das alles versäumt hat.

Nach der Genossin Erna Musik, die die letzte Debattenrednerin war, teilte Genossin Jochmann noch mit, daß die Tagung nun für heute unterbrochen werde, da wir am folgenden Tag bereits um 8 Uhr früh fortsetzen wollen.

Anschließend fand noch die konstituierende Sitzung des Bundesvorstandes statt.

Vgl.: „Der sozialistische Kämpfer“, Nr. 3/4, März/April 1971, Seite 2.



Der Bürgermeister der Bundeshauptstadt Wien, Genosse Felix Slavik, gab anlässlich der Bundeshauptversammlung der Sozialistischen Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus einen Empfang, bei dem der Amtsführende Stadtrat für Hochbau, Genosse Hubert Pfoch, in Vertretung des Bürgermeisters folgende Ansprache hielt:

## Stadtrat Hubert Pfoch

Liebe Genossinnen und Genossen! An und für sich müßte ich meine Ansprache mit einer mehr offiziellen Anrede einleiten, denn ich habe den Herrn Bürgermeister zu vertreten, unseren Genossen Felix Slavik — ein ehrenvoller Auftrag, den ich sehr gerne übernommen habe. Aber mir fällt es in dem Kreis jener Frauen und Männer, die das wache Gewissen der Sozialdemokratischen Bewegung Österreichs repräsentieren, natürlich sehr leicht, einfach „Genossinnen und Genossen“ zu sagen. Zuerst noch ein Wort der Entschuldigung für unseren Genossen Slavik. Er hat für heute eine Vielzahl von Verpflichtungen übernommen und war in unglaublicher Zeitnot, so daß mir der ehrenvolle Auftrag zuteil geworden ist, Euch im Wiener Rathaus ein herzliches „Freundschaft!“ zuzurufen und Euch willkommen zu heißen.

Daß ich das in Anwesenheit des Genossen Braunthal und seiner lieben Gattin tun kann, erhöht für mich noch diese Auszeichnung. Und ich möchte Euch auch nicht verheimlichen, daß wir uns sehr darüber freuen und dazu auch herzlichst gratulieren, daß unserem Genossen Braunthal gestern der Titel Professor zuerkannt worden ist. Wir haben uns aber auch darüber sehr gefreut, daß der Herr Bundesminister für Unterricht, unser Genosse Leopold Gratz, der seinerzeitige Internationale Sekretär der Sozialistischen Jugend Österreichs, bei der Überreichung der Urkunde den sinnvollen Ausspruch getan hat, er fühle sich sehr geehrt und freue sich, den Professoren-Titel an Braunthal für eine Tätigkeit und eine Arbeit verleihen zu dürfen, für die man noch vor einigen Jahren mit Kerker bestraft worden wäre.

Daß wir in Österreich andere Zeiten erleben durften, daß Wirklichkeit geworden ist, was in dem Lied vom „Neuen Frühling“, der in der Heimat blühen werde, aus der englischen Emi-

gration von unserem Genossen Erwin Weiss herübergeklungen ist — das, liebe Genossinnen und Genossen, ist Euer Werk. Ohne die Barrikadenkämpfer des 11. Februar 1934, ohne Euren heldenhaften Einsatz in der Zeit des Ständestaates und des Nazifaschismus, ohne Euer Opfer und Leiden in den Kerkern und Konzentrationslagern hätte es die Wiedergeburt unserer Republik in der Art und Weise, wie sie uns tatsächlich zuteil geworden ist, nicht gegeben. Und so ist es eigentlich eine selbstverständliche Dankesschuld der jungen Generation, in Eurem Sinn weiterzuwirken.

Wenn wir heute in unserem Staate zum erstenmal eine sozialistische Bundesregierung wirken sehen, wenn wir nun schon seit Jahren und Jahrzehnten in Wien ein Gemeinwesen nach sozialistischen Grundprinzipien aufbauen, mit Verwaltungsformen, die zum Ziele haben, den Schwachen und Bedrängten hilfreich an die Hand zu gehen, sich im Leben so gut zu ertüchtigen, daß sie an dem sozialen Aufstieg der Menschen teilhaben können, dann ist das, liebe Genossinnen und Genossen, „Euch zur Ehr' — den Jungen zur Lehr'!“ Und so ist es unser Wunsch an Eure heute und morgen stattfindende Konferenz, daß von ihr Impulse ausströmen mögen, die von den aufrechten Frauen und Männern aller Alterskategorien gehört und angenommen werden. Wer einmal im Leben für Freiheit und Menschenwürde eingetreten ist, weil er es ganz einfach nicht hinnehmen konnte, daß diese hohen Postulate der Menschheit niedergetreten und mißachtet werden, der hat ein Recht darauf, gehört zu werden; die junge Generation aber hat die Verpflichtung, es Euch gleichzutun.

Ich möchte meine Grußworte zu Eurer Bundeshauptversammlung, der ich einen guten Verlauf wünsche, und Euer Bekenntnis zur Freiheit und zur Menschenwürde nicht nur als historische Darstellung oder als bloße Worte betrachten, sondern sie vielmehr als echte Empfindung und als einen Aufruf zur Tat aufgefaßt wissen. In diesem Sinne „Freundschaft!“ und nochmals alles Gute!

# 2. Tag unserer Hauptversammlung

Der Vorsitzende, Genosse Rudolf Trimmel, eröffnete die Beratungen des 2. Tages der Konferenz mit einer kurzen Bekanntgabe des Tagesprogramms, begrüßte nochmals den Genossen Julius Braunthal und seine Gattin, die Genossin Emma Seitz sowie Burgschauspieler Curth Tichy und erteilte der Genossin Frieda Nödl das Wort zu ihrem Bericht über die Konstituierung des Bundesvorstandes.

## Frieda Nödl

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte es gar nicht spannend machen, weil es für uns ganz selbstverständlich ist, daß wir an der bisherigen Zusammensetzung unseres Bundesvorstandes keine Änderung vornehmen.

Als Obmann unseres Bundes — wie könnte es auch anders sein! — unsere Genossin Rosa Jochmann. Geschäftsführender Obmann bleibt unsere bewährte Genossin Fini Muhr und als stellvertretende Obmänner haben wir wieder die Genossen Hindels und Trimmel gewählt. Der Genosse Friedrich Flussmann, derjenige, der es versteht, das Geld zusammenzuhalten, der beste Kassier, den wir uns vorstellen können, wurde wieder zum Kassier gewählt. Sein Stellvertreter ist der Genosse Billmaier. Zum Schriftführer wurde wieder ich bestellt und als mein Stellvertreter unser Genosse Bernstein.

Außerdem hat der Bundesvorstand beschlossen, eine Genossin oder einen Genossen aus Niederösterreich in den Bundesvorstand zu kooptieren und eine Genossin oder einen Genossen aus dem Kontaktkomitee zu unserer Jugend.

Zum Ehrenvorsitzenden ist ja bereits gestern unser Genosse Ackermann gewählt worden; auch die Kontrolle wurde schon gestern gewählt und besteht aus den Genossen Robert Blau, Richard Grohs und Johann Haas. Das wäre alles, was ich euch mitteilen möchte.

Obwohl bei den einzelnen Genossinnen und Genossen schon der Applaus die Zustimmung der Versammlung deutlich zum Ausdruck gebracht hatte, wurde auch eine formelle Abstimmung durchgeführt und der Bericht der Genossin Frieda Nödl einstimmig angenommen.

Genosse Rudolf Trimmel dankte namens der Gewählten nochmals für das Vertrauen und

versicherte, daß alle Mitglieder des Bundesvorstandes ihr Bestes tun werden, um zusammen mit allen Delegierten und allen Genossinnen und Genossen für die Sache unserer Partei und für die Sache des Sozialismus zu arbeiten. Auch für die etwas undankbare Rolle, das Gewissen unserer Partei zu sein und sich zu seinem Hüter zu machen, wollen alle Genossen das Bestmögliche tun.

Es folgten dann zwei Gedichte, von Burgschauspieler Tichy in meisterhafter Weise vorgelesen, die mit großem Beifall aufgenommen wurden\*.

Bevor nun Genosse Trimmel den Genossen Braunthal um seinen Vortrag ersuchte, schilderte er den politischen Lebenslauf des Genossen Braunthal.

## Vorsitzender Dipl.-Ing. Rudolf Trimmel

Es ist jetzt drei Tage her, daß unser Genosse Braunthal im Rahmen einer kleinen Feier den Ehrentitel „Professor“ verliehen bekommen hat. Genosse Gratz, der jetzt Unterrichtsminister in der sozialistischen Regierung ist, hat in einer einmaligen und zu Herzen gehenden Weise Worte gefunden, die uns alle begeistern haben, denn er sagte im wesentlichen eines: Denken wir daran, daß für Arbeiten und Tätigkeiten, die vor noch gar nicht langer Zeit mit Kerker, ja mit Tod (!) „bestraft“ wurden, heute die Republik, repräsentiert durch ihren Präsidenten, Auszeichnungen verleiht; damit ist ein sichtbares Symbol für den Fortschritt gesetzt, für die Entwicklung seit einer Zeit, an der unser Genosse Braunthal maßgeblich bis zum heutigen Tag mit beteiligt gewesen ist.

Wenn man aus dem Munde eines Ministers, also eines Regierungsmitgliedes, solche Feststellungen hört, dann wird man irgendwie mehr zuversichtlich und vielleicht auch stolz darauf, daß die jüngeren Genossen in der Regierung sich getrauen, derartige Worte auszusprechen. Denn das ist gar nicht selbstverständlich!

Genosse Julius Braunthal hat schon als Zwanzigjähriger in Warnsdorf die Redaktion eines Parteiblattes übernommen: Das war die „Volksstimme“. Und von dort an ist seine zu Beginn journalistische und dann politische Laufbahn ausgegangen. Er wurde im Jahre 1919 durch den Genossen Otto Bauer in die „Arbeiter-Zeitung“ geholt und hat in der „Arbeiter-Zeitung“ bis zum Schluß, bis zum Verbot mitgearbeitet. Aber das heißt nun nicht, daß er sich nur um die „Arbeiter-Zeitung“ gekümmert hätte, von der her wir ihn alle kennen; er hat auch maßgeblich bei der Schaffung des ehemaligen „Kleinen Blattes“ mitgewirkt. Auch daran sei nur ganz kurz erinnert. Er hat später auch bei den Illustrierten — wer erinnert sich nicht zum Beispiel an den „Kuckuck“ oder an die Zeiten der „Bunten Woche“ — gearbeitet, die, nachdem die „Arbeiter-Zeitung“ schon unter Vorzensur gestanden war und die größten Schwierigkeiten hatte, versuchten, über andere Presseerzeugnisse doch die Meinung und die Stimme der Partei hörbar zu machen.

Alle diese Dinge, Genossinnen und Genossen, hören sich heute einfach an; aber wer die Zeit, so wie die meisten von uns, miterlebt hat, der weiß genau, was das bedeutet hat. Und maßgeblich hinter allen diesen Aktivitäten ist immer der Genosse Braunthal gestanden. Nach 1934, nachdem er zuerst verhaftet worden war, dann aber doch wieder freigekommen war, ging er 1935 in die Emigration nach England. Aber nicht, um

\* Vgl.: A. a. O., Seite 4, Seite 47.



zu resignieren, sondern Genosse Braunthal hat auch dort sehr bald eine Stelle in einer englischen Zeitung als außenpolitischer Redakteur gefunden. Später, während des Krieges, hat er in einer Wochenzeitschrift — ich glaube, das war die „Tribune“ — die außenpolitische Redaktion übernommen. Später dann, als Otto Bauer gestorben war, wurde Braunthal von Friedrich Adler als Sekretär in die Internationale berufen, und er hat diese Funktion bis zum Jahre 1956 ausgeübt.

Genosse Braunthal hat dann eine Fülle von wertvollen Publikationen — ich nenne hier nur ein zweibändiges Werk, die „Geschichte der Internationale“ — herausgebracht. Und ein Buch über Otto Bauer sei jedenfalls besonders zitiert; die Genossinnen und Genossen werden dann ja sehen, aus welchem Grund und warum.

Auch heute arbeitet unser Genosse Braunthal noch immer, und so darf ich ihm also nur wünschen, daß er auch im nächsten Jahrzehnt noch sehr, sehr viele Möglichkeiten hat, uns aus dem reichen Schatz seiner Erfahrung möglichst viel zu vermitteln und möglichst viel mitzuteilen.

Nachdem der Vorsitzende, Genosse Trimmel, unter dem starken Beifall der Versammlung nochmals dem Genossen Braunthal für seinen Vortrag\* gedankt hatte, ergriff Genossin Rosa Jochmann das Wort.



**Obmann Rosa Jochmann**

Lieber Julius! Du hast es mir sehr schwer gemacht, denn ich soll hier eine Aufgabe erfüllen, die mir eigentlich als eine wirkliche Ehre erscheint. Wir alle sind Deinen Worten gefolgt, und ich muß gestehen, daß ich sehr neugierig darauf gewesen bin, wie Du es zustande bringen würdest, eine Parallele zwischen der Pariser Kommune und dem Roten Wien hier vorzutragen — noch dazu in einer so relativ kurzen Zeit.

Wenn ich an Deine Bücher denke — und ich möchte auch hier hinzufügen, daß das kein Kompliment sein soll, wenn ich an den Stil, an den herrlichen Stil denke und daran, daß man ein Buch von Dir nur schweren Herzens wieder aus der Hand legen kann, weil es so fesselnd geschrieben ist und all das ausdrückt, was wir heute empfinden und was uns über all die Zeit hinübergetragen hat, dann kann man nur dankbar dafür sein, daß es solche Menschen gibt wie Dich.

Du sagtest, daß das Rote Wien ein leuchtendes Beispiel nicht nur für Österreich, sondern für die ganze Internationale gewesen sei. Und ich glaube sagen zu dürfen, daß das heute auch noch der Fall ist. Denn so oft man zu internationalen Konferenzen ins Ausland kommt, wird niemals darauf vergessen, das große Beispiel des Roten Wien und den Mut der österreichischen Arbeiterschaft am 12. Februar 1934 hervorzuheben.

Wir, Genossinnen und Genossen, sind eine Genera-

\* Der Vortrag „100 Jahre Pariser Kommune“ von Professor Julius Braunthal findet sich auf Seite 2.

tion. Und ich glaube sagen zu dürfen, daß wir alle zusammen — bis auf unsere Jungen hier — aus einer herrlichen Generation stammen. Es waren leuchtende Vorbilder, die uns getragen haben, leuchtende Vorbilder, die uns die Kraft gegeben haben, durch das Grauen, durch das Leiden der Hölle, der Barbarei und der Unterdrückung zu gehen.

Laßt es mich sagen, Genossinnen und Genossen: In der schwersten Erniedrigung im Bunker, niedergetrampelt von der SS, ohne Hoffnung darauf, daß es aus all dem wieder einen Ausweg geben könnte, um vielleicht doch wieder heimzukommen, da erfüllte uns die Erinnerung an die Zeit, die uns die große Sozialdemokratische Partei gegeben hatte, mit einem ungeheuren Mut und einer unbeirrbaren Zuversicht. Wir erinnerten uns an jede Eröffnung eines neuen Wohnbaues in Wien, sie wurde zu einem Fest des ganzen Volkes!

Ich darf in dem Zusammenhang auch an den unvergessenen Bürgermeister Karl Seitz erinnern, an jenen Bürgermeister, der, buchstäblich 5 Minuten bevor sich die Nacht des Faschismus über uns senkte, bei einer riesigen Kundgebung im Stadion die historischen und prophetischen Worte gesprochen hatte, daß dereinst die Steine für uns reden würden, wenn auch wir nicht mehr hier sein sollten.

Ich möchte an den mutigen Finanzreferenten erinnern, an die Genossen Breitner, Glöckel und Tandler, an die ungezählten Genossen und Genossinnen, die uns, den damals Jungen, den Sozialismus gelehrt haben.

Wir haben uns an das Jahr 1925 erinnert, als in Wien die große Kundgebung der Internationale war und als uns, den Österreichern, die Fahne der Internationale übergeben wurde. Genossinnen und Genossen, damals hat es in Strömen geregnet, und ich erinnere mich, wie wir aus der Fabrik herausgegangen sind, nur leicht bekleidet und vollkommen durchnäßt. Aber wir fühlten keinen Regen, wir fühlten keinen Hunger, uns war nicht kalt und wir waren nicht müde. Denn wir waren so voller Siegeszuversicht, so voller Hoffnung, daß diese internationale Gemeinschaft mit dazu beitragen werde, dereinst eine andere Welt zu erbauen.

Damals brauchten wir diesen Glauben, diese Zuversicht, damals brauchten wir diesen Mut!

Genosse Braunthal, lieber Julius! Es müßte noch viel gesagt werden, und es wäre doch noch lange nicht alles gesagt. Aber wenn ich Dich hier so reden hörte und wenn man Deine Bücher liest, dann muß ich sagen, daß du geradezu ein Symbol für den Aufstieg der österreichischen Arbeiterschaft bist. Wo immer wir standen, wir alle hatten das gleiche Empfinden: Der Sozialismus hat uns in unserer Armseligkeit, in unserer Unterdrückung das wirkliche Glück gegeben!

Vielen Menschen werden Denkmale gesetzt, oft herrliche Bauwerke, an denen wir vorbeigehen und die uns in Wirklichkeit trotzdem nichts sagen. Aber mit Deinen Büchern, Deinen Artikeln und Deinem Tun, Julius — und ich schließe hier auch das seinerzeitige, oft kritisierte „Kleine Blatt“ ein, mit dem Du ganz bewußt eine Generation erzogen hast —, mit Deinen Büchern und nicht zuletzt mit Deiner heutigen Rede hast Du Dir ein herrlicheres Denkmal gesetzt, als es jemals ein Künstler hätte erbauen können.

Aber ich wollte noch etwas anderes dazu sagen: Unser lieber Genosse Körner, der ja nie etwas anderes sein wollte als ein einfacher Mensch, der hat einmal erzählt, daß ihn in seinem ganzen Leben nichts so beglückt habe als ein Erlebnis, das er nach dem ersten Weltkrieg einmal in Vorarlberg hatte: Als er dort aus dem Zug ausstieg, da erwartete ihn eine Schar von Genossen. Und als sie ihm entgegenkamen und sagten: „Freundschaft, Genosse Körner!“, da habe er sich so geädelt und so geehrt gefühlt wie niemals in seinem Leben.

Und daher sage auch ich: Lieber Professor Braunthal! Ich glaube — und Du empfindest es mit Recht so —, daß es für uns und für Dich und für Deine Tini eine große Ehre ist, daß man Dir den Professorentitel verliehen hat! Aber noch weit mehr, daß der Ehrentitel „Genosse“ und „Genossin“, daß unser Wort „Freundschaft!“, Genossinnen und Genossen, mehr war, mehr ist und mehr sein soll als alle Titel in der Welt!



### Verleihung der Otto-Bauer-Plakette

Lieber Julius! Du warst ein Schüler von Otto Bauer, und Du wurdest sein Freund. Daß Du ein wirklicher Freund und ein sehr gelehriger Schüler warst, das bewiesest Du ja durch Deine Arbeiten und ganz besonders durch das Buch, in dem Du versucht hast, die besten Aufsätze, Reden und Artikel von Otto Bauer zu sammeln; eine sehr schwere Aufgabe, denn sie sind alle ausgezeichnet, sie sind alle gut. Aber wer Dein Buch liest, dem rückt der Mensch Otto Bauer näher, als dies sonst der Fall ist.

Es gibt heute einige Bücher über Otto Bauer, und ich möchte in diesem Zusammenhang auf das zuletzt erschienene Buch „Triumph oder Tragödie“ von Doktor Otto Leichter hinweisen und die Genossen und Genossinnen bitten, dieses Werk zu studieren. Aber trotzdem glaube ich, daß die 100 Seiten, die Du in dem Buch über Otto Bauer geschrieben hast, das Schönste sind, was man jemals über den Größten aller Großen schreiben konnte. Und daher hat der Bundesvorstand beschlossen, daß wir heute jedem Delegierten unserer Hauptversammlung dieses Buch unseres Genossen Braunthal als Gabe überreichen.

Ich habe Dir ja schon gesagt, lieber Genosse Braunthal, daß ich in so kurzer Zeit nicht so viel sagen kann wie Du. Und wir haben noch eine sehr reiche Tagesordnung. Darum gestatte mir zum Schluß, Dir noch zu sagen, daß sich der Bundesvorstand erlaubt, Dir die Otto-Bauer-Plakette zu überreichen.

Ich möchte daran anknüpfen, daß Du das Millennium gesucht hast, eine gerechte, eine glückliche Welt, und daß wir sie in dem Sinn eigentlich noch nicht gefunden haben. Aber wenn man daran denkt, was aus dem einst rechtlosen und unterdrückten Ziegelerbeiter aus Favoriten geworden ist, wenn man daran denkt, wie viele Rechte heute dem arbeitenden Menschen zuteil geworden sind, wie so anders die Verhältnisse des Proletariats wurden, dann muß man bestätigen, daß Deine Suche nach dem Millennium doch nicht umsonst war. Wir sind fest davon überzeugt, daß Du durch Deine Arbeit mit dazu beiträgst, der nächsten Generation dieses Millennium erreichbar zu machen.

Dafür wollen wir Dir unseren allerherzlichsten Dank aussprechen und Dir die Otto-Bauer-Plakette überreichen.

Nach diesen Worten überreichte Genossin Jochmann unter dem lebhaften Beifall der Bundeshauptversammlung unserem Professor Julius Braunthal die Otto-Bauer-Plakette.

Gleichzeitig verteilten die Ordner das Buch „Otto Bauer — eine Auswahl aus seinem Lebenswerk“ von Julius Braunthal an die Delegierten.

Genosse Braunthal, tief ergriffen über die Ehrung und die Worte, die Genossin Jochmann zu seiner Würdigung gefunden hatte, ergriff nun das Wort.

### Professor Julius Braunthal

Liebe Genossinnen und Genossen! Ihr macht es mir schwer, für die Liebe, die ihr mir entgegenbringt, und für die Ehrungen, die ihr mir erweist, zu danken.

Ich bin im besonderen für die Verleihung der Otto-Bauer-Plakette aufrichtig dankbar. Denn ich betrachte sie als ein ehrendes Zeichen der Würdigung meiner Treue zu seinem Vermächtnis. Diese Würdigung geht mir persönlich besonders nahe, weil Otto Bauer für mich einer der großen Sozialisten war. Er hatte meine geistige Entwicklung und Charakterbildung unmittelbar gestaltet. Ich war sein Schüler schon in früher Jugend, als ich noch ein Lehrbub in einer Buchbinderwerkstätte gewesen war und erst begonnen hatte, mir elementares Wissen zu erwerben — und ich bin in unmittelbarer Verbindung mit ihm sein Schüler geblieben durch drei Jahrzehnte bis zu seinem Tode. Und was ich seit seinem Tode vor drei Jahrzehnten mich in Schriften und Reden zu leisten bemühte, war tief von Gedanken geprägt, die ich von ihm empfangen hatte.

Dieses Bekenntnis zu Otto Bauer mag freilich jenen Genossen unzeitgemäß erscheinen, denen sein Vermächtnis nichts oder nur wenig zu sagen hat, die vielmehr den Austromarxismus, dessen führender Theoretiker er gewesen war, als eine Irrlehre und die Praxis des Austromarxismus als das Verhängnis betrachten, an dem die Erste Republik gescheitert wäre.

Mit einer solchen Kritik des Austromarxismus, wie er sich in der Politik Otto Bauers manifestierte, die in Norbert Lesers Studie „Zwischen Reformismus und Bolschewismus“ ihre bisher umfassendste Darstellung gefunden hat, sich hier auseinanderzusetzen, ist nicht der Ort. Es sei mir jedoch ein Wort zu Lesers Buch gestattet.

Die Aufrichtigkeit der Gesinnung dieses ernststen Forschers steht natürlich nicht im Zweifel — wohl aber sein Glaube an den Sozialismus als der realisierbaren Idee einer neuen sozialen und sittlichen Ordnung der menschlichen Gesellschaft. Diese Idee war Otto Bauers Vision, die seine Politik leitete und mit der er die

Kämpfe der Sozialdemokratie in der Ersten Republik beseelte. Diese „strahlende und kühne Vision“ (das sind die Worte Lesers) war aber nach Lesers Überzeugung die eigentliche Ursache des Untergangs der Republik, weil sie, wie er nachzuweisen suchte, den Klassenkampf verschärfte und daher die Fähigkeit der Partei lähmte, zu manövrieren und mit anderen Parteien zu kollaborieren.

Sein Nachweis hat mich nicht überzeugt. Ich glaube als Zeitgenosse der Ersten Republik einfach nicht, daß eine grundverschiedene Politik der Sozialdemokratie im Komplex der sozialen, ökonomischen und psychologischen Bedingungen, unter denen sie zu wirken hatte, den Aufstieg des Faschismus hätte verhindern können. Selbst wenn die Partei sich völlig entideologisiert, ja selbst wenn sie den Sozialismus als ihr Ziel widerrufen hätte — hätte sie das Schicksal der Republik in der konterrevolutionären Situation in Europa, eingekreist von den faschistischen Mächten Deutschland, Italien und Ungarn, nicht abwenden können. Aus Lesers Darstellung ist jedoch der Schluß zu ziehen, daß **die Partei schließlich an ihrer Ideologie gescheitert wäre und die Ideologie des Sozialismus daher eine Belastung der Partei sei. Von dieser Auffassung ausgehend, müßte zwangsläufig das Axiom abgeleitet werden: Je weniger sich eine sozialistische Partei mit der sozialistischen Ideologie belastet, desto besser wären ihre Chancen.**

Wenn sich aber die sozialistischen Parteien entideologisieren und die Idee des Sozialismus nicht mehr der Leitstern ihrer Politik bleibt, welche Rolle bliebe ihnen denn dann noch im geschichtlichen Prozeß? Wenn in der ungeheuren Krise, von der die Welt seit mehr als einem halben Jahrhundert ergriffen ist, die Vision des Sozialismus erlischt, was hat die Menschheit dann noch zu hoffen? Denn welches sind die Alternativen zum humanitären, demokratischen Sozialismus, wie ihn Otto Bauer vertrat? Totalitärer Kommunismus oder das Chaos der Anarchie oder Faschismus oder irgendeine andere Form der Knechtung der Menschheit — ein Rückfall der Gesellschaft in die Barbarei.

Das Vermächtnis, das uns Otto Bauer hinterlassen hat, weist uns natürlich nicht den Weg für die praktische Politik des Sozialismus in der Krise unserer Zeit. Die ungeheuren sozialen Umwälzungen, die sich seit seinem Tod ereigneten, haben die sozialistische Politik vor ungleich kompliziertere Probleme gestellt, als es jene seiner Zeit waren. Was aber seinem Vermächtnis unvergänglichen Wert verleiht, ist nicht allein die Fülle von Erkenntnissen, sondern vor allem der tiefe Glaube an den Sozialismus als Träger einer höheren Zivilisation der Menschheit. Dieser Glaube ist eine Tradition, die Victor Adler in die Partei eingepflanzt hat, und dran sei hier erinnert. Victor Adler war ein Realpolitiker ersten Ranges, gleichzeitig aber ein Apostel der Vision des Sozialismus. Er hatte den Revisionismus, die damalige Theorie zur Entideologisierung der sozialistischen Parteien, leidenschaftlich bekämpft, weil dieser Revisionismus den Glauben an den Sozialismus in Frage stellte und damit die Quelle der Begeisterung zu verschütten drohte, aus der die Arbeiterbewegung ihre Kraft schöpfte. Es war diese Begeisterung, die er in der Partei erweckte und die ihr den eigenartigen Charakter verlieh, der sie noch heute auszeichnet. Ich spreche hier aus eigener Erfahrung, denn ich hatte das Glück, noch in den letzten anderthalb Jahrzehnten des Lebens Victor Adlers in der Partei irgendwie wirken zu können. Und ich war innig erfreut, als mir der Parteivorstand zu meinem 75. Geburtstag als eine Erinnerung an diese große Zeit die Victor-Adler-Plakette verlieh.

Otto Bauer war sein Schüler und wie sein Meister ein Politiker, der die Probleme, die sich dem Staat und der Bewegung stellten, konstruktiv und realistisch zu lösen suchte. Das ist uns schwer nachzuweisen. Aber wie Victor Adler, so hatte auch Otto Bauer seine Politik auf das große Ziel des Sozialismus ausgerichtet. Professor Karl Stadler formulierte im Vorwort zum Buch Lesers das Phänomen des Austromarxismus zutreffend als eine Paarung der Schärfe intellektueller Erkenntnis mit der Elastizität des Pragmatismus. Diese

Konzeption charakterisiert — wie ich glaube — die Persönlichkeit Otto Bauers und sein Wirken. Er hatte niemals den Pragmatismus als eine Methode für die Lösung konkreter Probleme bestritten. **Aber er verwarf entschieden eine Politik des Pragmatismus, die die Idee des Sozialismus preisgibt, die an der Bewältigung der Aufgaben des Tages Genüge findet und darüber die geschichtliche Aufgabe der Neugestaltung der menschlichen Gesellschaft vergißt.**

Diese Neugestaltung der menschlichen Gesellschaft war Otto Bauers Vision; sie inspirierte sein Lebenswerk, sie ist das Wesen seines Vermächtnisses. Als Zeichen eurer Verbundenheit mit Otto Bauer habt ihr, Genossinnen und Genossen, die Otto-Bauer-Plakette geschaffen. Im Geist dieser Verbundenheit habt ihr mir diese Plakette verliehen. Für diese kostbare Gabe laßt mich euch innig danken.

Nach Dankesworten des Vorsitzenden Genossen Trimmel setzte Genossin Jochmann fort:

**Obmann Rosa Jochmann:**

Liebe Genossen und Genossinnen! Der Bundesvorstand hat beschlossen, am heutigen Tag auch noch einer Genossen-Familie die Otto-Bauer-Plakette zu verleihen, und zwar unserer lieben Genossin Hella und dem Genossen Pepi Cmejrek.

Wer in der Zeit von 1934 bis 1938 bei den Revolutionären Sozialisten tätig war, der weiß, daß das Haus Kärntnerstraße Nr. 4 — (Gott sei Dank hat damals die Polizei nicht gewußt, daß in einem so noblen Viertel eine Sammelstelle, ein Stützpunkt der Revolutionären Sozialisten ist!) — zur Zufluchtsstätte, zur Heimat, zum Schutz für viele ungezählte Hunderte und — ohne Übertreibung darf ich sagen — Tausende geworden ist. Ich darf in dem Zusammenhang, Genossen und Genossinnen, an unseren unvergeßlichen Genossen Gustl Bergmann erinnern, der in der illegalen Zeit eine hervorragende Rolle gespielt hat, der heute leider nicht mehr unter uns ist. Er war der beste Freund der Familie Cmejrek und hat gemeinsam mit ihnen unendlich viel in dieser Zeit der Unterdrückung geleistet.

Ich darf der Familie Cmejrek auch dafür danken, daß sie sich nicht nur Freunde der Familie Leichter nannten, sondern daß sie in der allerschwersten Zeit auch wirkliche Freunde geworden sind. Denn ein Wort heißt: In der Not gehen hundert Freunde auf ein Lot! Ich bestreite ja die Richtigkeit dieses Wortes, Genossen und Genossinnen, denn nach meinen Erfahrungen im Kreise der großen sozialistischen Familie habe ich es nicht bestätigt gefunden; auch nicht in der schwersten Zeit. Im Gegenteil! Es wurden Menschen plötzlich zu Freunden, mit denen man vorher nur einen ganz losen Kontakt gehabt hat.





Auf die Freundschaft der Familie Cmejrek konnte man sich auf jeden Fall verlassen. Die verfolgte Familie Leichter fand in ihrer schwersten Not, als der Pepi schon längst im Jahre 1938 bis 1945 ins Konzentrationslager gegangen war, an der Hella eine wirkliche Freundin. Genosse Otto Leichter hat in seinem Buch über die illegalen Revolutionären Sozialisten ein goldenes Blatt eingefügt; indem er Dich, lieber Pepi ehrte, hat er die illegale Bewegung, die Revolutionären Sozialisten geehrt. Und es wird niemand gekränkt sein, wenn ich sage: Er hätte keinen Besseren als Symbol finden können als Dich, lieber Freund!

Ich will nicht daran rühren, liebe Hella; aber wir alle wissen, daß neben der politischen Verfolgung diese besten aller Eltern ein schwerstes persönliches Leid getroffen hat, ein furchtbares Leid! Genossen und Genossinnen! Wir wagten nach dieser Zeit gar nicht zu unseren Freunden zu gehen und mit ihnen zu sprechen. Aber wieder konnten wir feststellen: Die Hella ist nicht zusammengebrochen, als der Pepi — wie sie glaubte —, für immer ins Konzentrationslager ging. Beide sind stark geblieben, auch als sie das schwerste persönliche Leid getroffen hat.

Ich darf vielleicht dazu sagen und der Meinung Ausdruck geben, daß es die Kraft des Sozialismus war und das Wissen darum, daß ihr Leid das Leid von allen ist, die das Glück haben, sich Freunde zu nennen, was ihnen geholfen hat, über die Zeit hinwegzukommen.

Ob wir mutig sind, Genossen und Genossinnen — das möchte ich besonders der Jugend sagen —, das wissen wir nicht. Ich habe viele gehört, die auf dem Linzer Parteitag blutrünstige Reden geschwungen haben; man hätte gemeint, daß sie direkt von der Rednerbühne des Parteitages auf die Barrikaden steigen würden. Aber als es darauf angekommen ist, da hat man von ihnen gar nichts gesehen! Wir haben Menschen kennengelernt, stille und bescheidene, für die es das furchtbarste war, wenn sie in einer Sektions-Jahresversammlung einen Bericht haben bringen müssen; da haben sie Tag und Nacht nicht schlafen können vor lauter Angst, daß sie jetzt dort reden müssen. Sie waren keine geübten Redner und hatten Angst, das Wort zu ergreifen.

Aber, Genossen und Genossinnen, es hat sich etwas Wunderbares herausgestellt: Als die Zeit der Nacht kam, da waren sie plötzlich da! Da blieb die Tür nicht verschlossen. Von manchem, von dem wir glaubten, daß er schwach sein wird. Großsprecher aber haben versagt: Wie zum Beispiel der Püchler in Wiener Neustadt. Der natürlich, der wird alles zusammenreißen — so dachten wir —, der marschiert an der Spitze! Die Rolle des Püchler, die traurige, die verwerfliche Rolle, die haben wir kennengelernt. Aber auch kennengelernt, Genossen und Genossinnen, daß Menschen, die ganz bescheiden nichts anderes sein wollten als nur einer von den 70.000 Funktionären der Partei, in der Stunde der Bewährung plötzlich zu Helden geworden sind.

Das ist der Grundgedanke, dem ich damit Ausdruck verleihen will: Glaubt nur ja nicht, daß man es weiß,

ob man mutig ist, solange man nicht vor der Probe steht!

Ich habe es immer verurteilt, Genossen und Genossinnen, wenn man jemanden aus unserer sozialistischen Gemeinschaft ausgestoßen hat, weil er auf dem Morzinplatz schwach geworden ist. Wer nicht selbst gefoltert wurde — ich wurde nicht gefoltert, und ich weiß auch letzten Endes nicht, ob ich mutig bin —, soll in den Urteilen sehr vorsichtig sein, Genossen und Genossinnen. Urteilen darf nur der, der selbst in der gleichen Lage war und der dann standgehalten hat.

Aber von Euch beiden darf ich sagen: Liebe Hella! Ihr waret dort schließlich Hausbesorger — Hausmeister, wie man auf wienerisch sagt —, und das war Eure Existenz. Aber das hat Euch beide überhaupt nicht gestört; für Euch war alles selbstverständlich. Wäre die Staatspolizei damals so findig und so organisiert gewesen, wie es später unter Hitler die SS und die Gestapo gewesen sind, dann, glaube ich, wären die Hella nicht, noch der Pepi heute unter uns.

Und daher, lieber Freund und liebe Hella, unseren allerherzlichsten Dank!

Die Genossin Jochmann begab sich dann zum Ehepaar Cmejrek, das in der ersten Reihe im Saal Platz genommen hatte, und überreichte unter dem anhaltenden Beifall der Versammlung die Otto-Bauer-Plakette.

Inzwischen war auch die Genossin Gertrude Wondrack und der Chefredakteur der „Arbeiter-Zeitung“, Genosse Manfred Scheuch, gekommen. Genosse Trimmel begrüßte die beiden Gäste und bat Genossin Wondrack, das Wort zu ergreifen.

#### Staatssekretär Gertrude Wondrack

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich bringe die Grüße der Sozialistischen Frauen zu Eurer Konferenz und darf hinzufügen, daß es mir ein besonderes Bedürfnis ist, wenigstens eine kurze Zeit in Eurer Mitte zu sein, weil hier so viele gute Freunde sind. Wo immer ich hinsehe, sind Gesichter, mit denen mich seit Jahren, ja ich kann jetzt schon sagen seit Jahrzehnten eine aufrichtige Freundschaft verbindet.

Ich möchte ein paar persönliche Worte hinzufügen: Als Genosse Braunthal hier gesprochen hat, ist mir meine Kindheit eingefallen, denn der Name Otto Bauer hat in meiner frühesten Jugend eine sehr große Rolle gespielt. Ich weiß, mit welchem ungeheuren Vertrauen die Arbeiterfunktionäre an diesem Manne gehangen sind. Für meinen Vater, der Betriebsrat und sozialistischer Funktionär war, waren die Worte Otto Bauers wie ein Evangelium. Es hat keinen Ausspruch Otto Bauers gegeben, der für ihn nicht reine lautere Wahrheit gewesen wäre. Und dieses ungeheure Vertrauen hat eigentlich meiner Meinung nach den besonderen Charakter der Sozialistischen Partei in der Ersten Republik ausgemacht. Und wenn ich daran denke, daß wir als ganz Junge, als Kinder bei den Roten Falken eine Vision hatten und dann später, als die Zeit der Illegalität gekommen war, dieser Vision nachgetrauert haben, dann möchte ich sagen, daß wir vielleicht heute manchmal ungerecht sind, weil wir meinen, daß die heutige Jugend nicht ebenfalls Ideale und Visionen braucht. Ich glaube, man soll diesen Blick für das Kommende nicht unterschätzen. Gerade in der Jugend sucht man ja das Große, und darum braucht die heutige Jugend ebenfalls solche Ideale und Vorbilder.

Otto Bauer hat es verstanden, uns auch in seinen Schriften Weisheiten mitzugeben. Ich erinnere mich da an die Zeit nach 1945. Ich habe Schriften von Otto Bauer gelesen, und ich möchte als einfache Arbeiterin sagen, daß ich sie verstanden habe, ich habe sie gelesen und ich konnte nicht aufhören. Ich erinnere mich deshalb noch so gut, weil ich diese Bücher bis in die Nacht hinein gelesen habe, so verständlich waren sie, weil sie auch jemandem, der noch nicht die große Vorbildung hatte, erklärten, worum es ging. Das ist auch der Grund,

warum ich heute immer wieder so besondere Bücher sehr kritisch betrachte, sobald sie auf den Markt kommen. Wenn sie nämlich allzu gelehrt geschrieben sind, so daß sie einfach nicht allgemein verständlich sind, dann vertrete ich stets die Meinung: Die wirklich ganz Großen haben es immer verstanden, ihr Wissen und ihre Weisheit in Worte zu kleiden, die jedermann auch tatsächlich verstehen kann. Ich habe diese persönlichen Eindrücke geschildert. Aber ich glaube, daß es gerade diese Eindrücke sind, die einen Menschen zu einer bestimmten politischen Überzeugung führen und seinem ganzen Leben einen Stempel aufprägen.

Darf ich als Abschluß meiner wenigen Worte auch etwas über unsere gegenwärtige Arbeit und über die Situation sagen, in der wir uns befinden. Wir Frauen sind uns dessen bewußt, daß wir in der derzeitigen politischen Situation immer und jederzeit bereit sein müssen, neuerlich zu einer Wahlentscheidung anzutreten. Wir sind in einer besonderen Situation: Wir stellen einerseits die Regierung, haben aber keine Mehrheit im Parlament, wir müssen bei allen unseren Gesetzeswünschen um die Zustimmung einer anderen Partei ringen. Wir müssen zwar Tagespolitik betreiben, aber wir dürfen über diese Tagespolitik den Blick für unsere großen Ziele nicht verlieren. Gerade wir Frauen stehen auf diesem Standpunkt. Und ich möchte damit schließen, daß ich die Behauptung aufstelle: Es gibt gar keine andere politische Partei, die der Jugend diese schönen Ziele geben könnte, die der Jugend die wirkliche Vision von einer friedlichen, einer glücklichen Welt bieten kann, außer unserer großen sozialistischen Partei.

Und deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, meine Überzeugung: Wir haben gemeinsam und sehr bewußt die politischen Ereignisse in der Ersten und Zweiten Republik erlebt und wir haben die Zweite Republik mitgestaltet; gemeinsam mit der nächsten Generation, die nun antritt, werden wir es meistern, daß dieses Österreich vielleicht wieder einmal, so wie in der Ersten Republik das Rote Wien, ein Modell des Sozialismus werden könnte.

Nach dem Dank an Genossin Wondrack richtete der Vorsitzende Genosse Trimmel einige Worte an den Genossen Scheuch, der am Vortag an den Beratungen nicht teilgenommen hatte.

#### **Vorsitzender Dipl.-Ing. Rudolf Trimmel**

Ich möchte dem Genossen Scheuch noch sagen, was sich gestern hier abgespielt hat. Es ist bedauerlich, daß er nicht schon gestern bei uns gewesen ist, denn mit der „Arbeiter-Zeitung“ sind wir ja nicht immer ganz zufrieden. Aber gestern hat Dir die Genossin Jochmann in meisterhafter Weise den Dank dafür ausgesprochen, daß zum ersten Male in der Geschichte der „Arbeiter-Zeitung“ ein Leitartikel über die sozialistischen Freiheitskämpfer erschienen ist. Da Du also nicht hier warst und wir annehmen, daß Dir nach so vieler Kritik auch ein Lob eine ganz besondere Freude macht möchte ich nicht verabsäumen, es Dir in diesem Kreise noch einmal zu sagen.

Genossin Rosa Jochmann fügte diesen Worten noch eine weitere Bemerkung hinzu.

#### **Obmann Rosa Jochmann**

Ich muß ehrlich gestehen — ich gehöre ja zur alten Generation —, daß die Veränderung des Gesichtes der „Arbeiter-Zeitung“ für mich recht schmerzlich gewesen ist. Aber, Genossen und Genossinnen, ich muß doch auch feststellen, daß es viele Tage gibt, an denen ich Grund habe, mich über die „AZ“ zu freuen. Ein Grund war der Artikel — wenn er auch klein war — über den 12. Februar, und ein anderer die Glosse „Urlaute“, in der gegen Faschismus und Reaktion geschrieben worden ist.

Aber trotzdem, Genossen und Genossinnen, die „Arbeiter-Zeitung“ ist unser Organ, und wir wünschen Dir, lieber Genosse Scheuch, und Deinen Mitarbeitern viel Erfolg, nicht nur für Dich persönlich und für Deine Mitarbeiter, sondern in allererster Linie für unsere Partei.

Genossin Jochmann sprach nun vom Goldenen Abzeichen, das der Bund an verdiente Genossinnen und Genossen zu verleihen beschlossen hat. Und nachdem sie einer Reihe von Genossinnen und Genossen, immer unter dem Beifall der Versammlung, die Abzeichen überreicht hatte und ihre Verdienste schilderte, gab Genossin Rudolfine Muhr jene Genossinnen und Genossen bekannt, sowohl aus den Bundesländern als auch aus Wien, die nun weiter aus der Hand der Genossin Jochmann das Goldene Abzeichen erhalten sollten\*. Ein Bezirk nach dem anderen kam mit seinem Obmann zum Präsidium, um die Ehrung entgegenzunehmen.

Nach der Verleihung der Abzeichen ersuchte nun der Vorsitzende, Genosse Trimmel, den Genossen Scheuch das Wort zu ergreifen.

#### **Chefredakteur Dr. Manfred Scheuch**

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich bin ein ganz schlechter Redner. Darum möchte ich mich nur mit wenigen kurzen Worten für das viele Lob bedanken, das heute von der Genossin Jochmann auf die Redaktion herniedergegangen ist. Wir sind Lob an sich sehr selten gewohnt, und darum freut einen so etwas ganz besonders.

Allerdings muß ich sagen, daß das Lob in diesem besonderen Fall etwas unverdient kommt, denn für mich war es eigentlich selbstverständlich, nach dem Anruf des Genossen Hindels zu sagen, selbstverständlich steht dir Platz zur Verfügung! Ich habe mich gewundert — das habe ich nicht gewußt —, daß das ein so „historisches“ Ereignis sein würde, wie das die Genossin Jochmann dargestellt hat.

Die „Arbeiter-Zeitung“ hat bekanntlich — das brauche ich in diesem Kreis doch nicht besonders zu erwähnen — eine alte und große Tradition im Kampf gegen jede Form der Diktatur und des diktatorischen Denkens. Ich bin mit meinem Team, wie man das heute sagt, mit meiner Redaktionsmannschaft selbstverständlich fest entschlossen, diese Tradition weiterhin aufrechtzuerhalten. Ich glaube trotzdem, daß das allein nicht genügt. Es ist für uns vielmehr besonders wichtig, daß wir alle Bestrebungen, die Formen der Demokratie mit Inhalt zu erfüllen, besonders unterstützen müssen, denn die Demokratie wird besonders dann stark und mächtig gegenüber allen ihren Gegnern und Feinden sein, wenn sie wirklich gelebt wird.

Wir in der „AZ“ sind bemüht, diesen kleinen Beitrag dazu zu leisten. Das heißt, daß man auch Kritik an demokratischen Institutionen üben kann und soll. Diesem Ziel dient unter anderem unsere neue Aktion: Wenn jemand Unbill erlitten hat oder glaubt, durch Behörden oder andere Stellen Schikanen ausgesetzt zu sein, dann soll er es uns schreiben, und wir werden jeder Sache nachgehen. Ich kann Euch sagen: Diese Möglichkeit, sich zu beschweren, die ja durch den Vorschlag der Regierung ausgelöst wurde, hat einen ungemein großen Widerhall bei unseren Lesern gefunden. Der Genosse Christ, der es im speziellen übernommen hat, diese Briefe zu bearbeiten, wird zur Zeit wirklich mit ganz ungläublichen Dingen überschüttet.

Und ich glaube, es wird eine sehr interessante und lohnende Aufgabe sein, denn auch das ist ein kleiner Beitrag zu einer lebendigen Demokratie. Die Demokratie ist ja immer so viel wert, als wir aus ihr machen. Nur dann, wenn wir es verstehen, ihr wirklich Leben zu geben, wird es einmal, wenn es darauf ankommen sollte, genug Leute geben, die sie verteidigen werden. Dazu will die „AZ“ ihren Beitrag leisten und sie wird sich immer freuen, wenn sie von Euch entsprechende Unterstützung, manche Anregungen und selbstverständlich auch Kritik bekommt; denn wir sind für Kritik offen, wir können über alles reden. Wir hoffen auf eine gute Zusammenarbeit und wünschen der Tagung noch weiter einen guten Erfolg.

\* Vgl.: A. a. O., Seiten 34/35.



DIE TRÄGER DES  
*Goldenen Abzeichens*

Bundesminister Anton Proksch

Verliehen auf der Bundeshauptversammlung 1966.

Dr. Otto Leichter

Abgeordneter MdB Eberhard Brünen (Duisburg), Hein Hammacher (Köln), Paul Höbener (Dortmund), Günter Markscheffel, Oberbürgermeister Heinrich Sondermann (Dortmund), Polizeipräsident Fritz Riwozki (Dortmund), J. L. Forest (Paris)

Verliehen bei der Karfreitag-Gedenkkundgebung in Dortmund im März 1970.

Dr. Ernst Papanek (USA)

Verliehen 1970 anlässlich des 70. Geburtstages.

Franz Adelpoller, Alfred Billmaier, Johann Haas, Franz Heigelmayer, Erwin Schramm (Wiener Neustadt), Leopold Thaler, Rudolf Wolf

Verliehen am 11. Dezember 1970 in der Obermännerkonferenz.

Rudolfine Muhr

Verliehen im September 1970 anlässlich des 70. Geburtstages.

Bundeskanzler Dr. Bruno Kreisky, Vizekanzler Ing. Rudolf Häuser, Bundesminister Dr. Christian Broda, Präsident des Nationalrates Otto Probst, Präsident des ÖGB Anton Benya, Präsident der Arbeiterkammer Ing. Wilhelm Hrdlitschka, Zentralsekretär BR Fritz Marsch, NR Robert Weisz, NR a. D. Karl Mark, NR a. D. Karl Flöttl, NR a. D. Prof. Franz Rauscher, NR

a. D. Heinrich Widmayer, NR a. D. Prof. Ernst Winkler, NR Otto Skritek, Hans Hatzl, Emma Seitz, Dr. Josef Schneeweiß, Landtagspräsident a. D. Helene Potetz, Lina Proksch, Manfred Ackermann, Paul Bernstein, Robert Blau, Friedrich Flussmann, Josef Hindels, Leo Lesjak, Frieda Nödl, Hans Schiller, Dipl.-Ing. Rudolf Trimmel, Dr. Otto Wolken

Landesverband Niederösterreich

Irma Erber (Klosterneuburg), Karl Gsching (Gänserndorf), Karl Heller (Gmünd), Karl Klinger (Amstetten), Ferdinand Kostal (St. Pölten), Hans Seidl (Schwechat), Franz Slovacek (Baden), Hans Wimmer (Korneuburg), Rudolf Winter (Baden), Rudolf Ziegelwagner (St. Pölten)

Landesverband Oststeiermark

Pauline Hackl (Knittelfeld), August Jaritz (Kapfenberg), Franz Kohlhuber (Leoben), Hermann Lackner (Bruck an der Mur), Georg Mannsberger (Judenburg), Josef Mühlbacher (Kapfenberg), Ignaz Pierer (Kapfenberg), Andreas Roth (Stainach), Johann Schnabel (Kapfenberg), Hans Schöggl (Neuberg an der Mürz), Franz Zechner (Bruck an der Mur)

Landesverband Kärnten

Hans Pawlik (Klagenfurt), Franz Schweinzer (Völkermarkt), Ferdinand Wedenig, Thomas Wieser (St. Veit an der Glan)

Landesverband Wien

Paula Sofka, Robert Erber, Arthur Schlesinger

Barbara Werner, Samuel Glatz, Ludwig Havazik, Ernst Heinz, Richard Werner

Rudolf Beacco, Karl Marks

Auguste Sailer, Siegfried Rosenberg, Hans Smetana, Franz Tomandl, Karl Wolf

Wilhelm Jeindl, Heinrich Kölbl

Josefine Beyer, Josefine Maier, Maria Niederle, Leopold Brünner

Stefanie Koci, Lea Platzer, Johann Grassl, Leopold Janda, Johann Lentl, Karl Mach, Karl Milota

Verliehen auf der Bundeshauptversammlung 1971.

Paula Freundorfer, Marie Meyer, Robert Calta, Karl Fajfrzyk, Franz Freundorfer, Josef Haas, Josef Hoffmann, Hans Holzer, Franz Klima, Eduard Riedl, Wilhelm Weber, Alfred Wunsch, Viktor Zamecnik, Ladislaus Zib, Karl Bübl

Verliehen bei der Weihnachtsfeier am 19. Dezember 1970.

Johann Cäsar, Otto Derschowitz, Friedrich Laube

Robert Demuth, Karl Harrer, Ferdinand Himsl, Franz Pecka, Eduard Schlesinger

Käthe Jonas, Karin Gross, Herta Schwarz, Johann Ambichl, Fritz Hermann

Rudolf Fiedler, Hans Herz, Josef Müller

Friedrich Eibicht, Gustav Hagner, Franz Linert, Rudolf Mayer, Franz Segulin

Hermine Kinder, Rudolf Geiger, Rudolf Kromer

Franz Pavelka

Margarethe Ruthner, Ernst Nemschitz

Ernestine Musik, Erna Soucek, Johann Bartonek, Alois Waschek

Alois Packes, Leopold Sonnenfeld

Verliehen auf der Bundeshauptversammlung 1971.



Inzwischen war Genosse Dr. Kreisky gekommen, der beim Betreten des Saales von den Delegierten mit lebhaftem Beifall begrüßt wurde. Genosse Manfred Ackermann, der inzwischen den Vorsitz übernommen hatte, begrüßte ihn vor allem als den Vorsitzenden unserer Sozialistischen Partei, als den ersten sozia-

listischen Bundeskanzler der Republik Österreich und als einen sozialistischen Freiheitskämpfer, der in der harten Zeit der austrofaschistischen Gewaltherrschaft seinen Mut und seine sozialistische Gesinnungstreue bewiesen hat. Er erteilte Genossen Kreisky das Wort zu seinem Referat.



## Sozialistische Perspektiven der 70er Jahre

Genossen und Genossinnen! Vor allem bitte ich Sie, eines gewiß zu sein: Wenn an mich die Einladung ergeht, an einer Ihrer Veranstaltungen teilzunehmen, kann es überhaupt keine Frage sein, daß ich alles mir Mögliche tue, um einer solchen Einladung nachzukommen. Denn schließlich und endlich, was immer in diesen Jahren geschehen ist, und was immer noch geschehen mag: Wir gehören doch durch unsere lange Kampfgemeinschaft zusammen. Und als ich hier in diesen Saal kam, da habe ich es wieder erkannt: Nirgends habe ich so viele gute alte Freunde wie in Ihrem Kreis. Es ist selbstverständlich, und es ist ein inneres Bedürfnis, daß man eine solche Gelegenheit nicht vorübergehen lassen will.

Ich grüße Euch also im Namen der Partei. Wenn auch gestern schon die Grüße des Parteivorstandes überbracht worden sind, so möchte ich das noch einmal tun und nochmals der Freude Ausdruck geben, daß so viele da sind, die die große Zeit der Arbeiterbewegung erlebt haben.

Genossinnen und Genossen! Ich weiß, daß die Zeitungen oft über Dinge berichten, die wir tun und die wir sagen, sie berichten oft in einer Weise, daß Mißverständnisse nicht ausgeschlossen werden können. Ich bin fest davon überzeugt, daß unter Euch manche sind, die ein bißchen erstaunt waren, als vor einigen Monaten in der Zeitung zu lesen war, daß ich auf die Frage eines Journalisten, ob das Budget, das wir vorgelegt haben, ein sozialistisches Budget ist, mit „Nein“ geantwortet habe. Genossinnen und Genossen! Dieses Budget, das wir vorgelegt haben, mußte so gestaltet werden, daß wir dafür auch eine Mehrheit im Parlament finden können. Nun hat dieses Parlament keine sozialistische Mehrheit, und es wäre daher ein törichtes Unterfangen gewesen, diesem Parlament mit Aussicht auf Erfolg ein Budget vorzulegen, das nach sozialistischen Grundsätzen erstellt ist.

Das Wichtige aber ist, daß wir uns klar darüber sein müssen, daß alles das, was wir tun, nicht schon einfach deshalb, weil wir es als Sozialistische Partei tun, von vornherein eine sozialistische Politik sein

muß. Ich sagte schon, sie kann es aus verschiedenen Gründen nicht sein — nicht immer sein. Ja, aber was ist denn eigentlich eine „denkbare sozialistische Politik“ in dieser Zeit, eine sozialistische Politik für die siebziger Jahre in vor allem Österreich. Ich möchte diese Frage einmal prüfen.

Genossinnen und Genossen! Es gibt zwischen uns und den Kommunisten sehr große Meinungsverschiedenheiten. Es hat sie von Anfang an gegeben, und die Kluft zwischen ihnen und uns ist immer tiefer geworden. Und heute, so glaube ich, gehen wir auf ganz verschiedenen Wegen zu unseren, wie ich behaupte, sehr verschiedenen Zielen. Sie wollen — wie sie sagen — den Kommunismus, wir wollen als Sozialdemokraten den Sozialismus, den demokratischen Sozialismus, oder, wie man es auch nennen kann, die soziale Demokratie. Wir sind ja Sozialdemokraten. Ich möchte mich nicht lange bei der Geschichte dieser Auseinandersetzung aufhalten, denn die haben wir alle miterlebt, haben wir zum großen Teil selber geführt, haben uns in nächtelangen Diskussionen um die Klarheit bemüht. In den Gefängnissen, in den Konzentrationslagern, wo immer wir waren, haben wir diese Auseinandersetzung geführt, natürlich vor allem auch in den Betrieben.

Aber es gibt einen sehr wesentlichen Unterschied, der sich vielleicht am einfachsten so formulieren läßt: Für die Kommunisten beginnt das, was sie fälschlich und irreführend Sozialismus nennen, mit dem Augenblick der Machtergreifung durch die Kommunistische Partei.

Wir sind der Meinung, daß die Entwicklung zum Sozialismus, so wie wir ihn verstehen, ein ununterbrochener dialektischer Prozeß ist, zwischen dem, was wir wollen, und dem, was ist. Daraus ergibt sich auch, was wir können, was wir uns zumuten können. Wir können ernsthaft an die Verwirklichung der Idee von der sozialen Demokratie herangehen, und das ist das Interessante in dieser Epoche.

Viele von euch werden sich noch an die leidenschaftlichen Diskussionen erinnern, die wir über „die Demokratie an sich“ geführt haben; daß es einmal bei

Demonstrationen Transparente gegeben hat, die wir selber gemacht haben und die da gelautet haben:

Demokratie, das ist nicht viel — Sozialismus ist das Ziel.

und wie wir dann erkennen mußten, daß das eine ohne das andere nicht möglich ist. **Wir haben es auch in unserem Parteiprogramm, in unserem Wiener Programm in der eindrucksvollsten Weise formuliert, daß es die wahre Demokratie ohne Sozialismus und den wahren Sozialismus ohne Demokratie nicht geben kann.**

Ich behaupte also, daß wir, was die Verwirklichung der sozialen Demokratie betrifft, am Anfang eines neuen Weges stehen, und ich möchte das jetzt begründen.

Sicher war es richtig, daß die frühe Arbeiterbewegung der Erringung der politischen Gleichberechtigung so große Bedeutung beigemessen hat. Es war das der Kampf, der am Anfang stand. Aber wir waren uns auch immer darüber im klaren, daß die Erringung der politischen Gleichberechtigung in Wirklichkeit noch nicht die echte Demokratie der Gesellschaft bringt, denn diese Gleichberechtigung hat es sozusagen nur an einem einzigen Tag gegeben, am Wahltag.

Ich erinnere mich noch, wie Otto Bauer uns Jugendlichen auf der Wieden einmal gesagt hat: Am Wahltag, da haben der Arbeiter aus der Ziegelofengasse und der Rothschild aus der Prinz-Eugen-Straße jeder eine Stimme; aber das ist auch schon alles!

Und irgendwie stimmt das heute natürlich in noch deutlicherem Maße. Wenn auch die Demokratie die gleichen politischen Rechte verleiht, so gibt es deshalb noch lange keine absolute politische Gleichheit, weil das gesellschaftliche Gewicht desjenigen, der über die Produktionsmittel verfügt oder Dispositionsmöglichkeiten über Vermögen und Eigentum hat, eben ein anderes ist als das gesellschaftliche Gewicht desjenigen, der doch nur — wie immer man sich um diese Formulierung herumdrücken mag — davon lebt, daß er seine Arbeitskraft verkaufen kann. Kann er es nicht, tut er es nicht, dann kann er nicht leben. Auch der Wohlfahrtsstaat gibt ihm nur die Möglichkeit, zu leben, wenn er seine Arbeitskraft verkaufen kann; wenn er es nicht will, dann bekommt er nichts.

Genossinnen und Genossen! Jetzt gibt es eine Forderung, die weit über den eigenen Kreis hinausgeht und sonderbarerweise außerhalb unseres eigenen Kreises manchmal noch stärker vertreten wird als von vielen unserer Parteifreunde: Die Erkenntnis, daß neue Bereiche unseres gesellschaftlichen Lebens demokratisiert werden müssen oder, wie ich es einmal in einer Parteitagrede formuliert habe, „von den Ideen der Demokratie durchflutet werden müssen.“ Damit bin ich jetzt schon bei der konkreten Politik. Genosse Häuser hat einen Entwurf für eine Novellierung des Betriebsrätegesetzes vorbereitet — eingebracht ist er noch nicht, er ist erst zur Begutachtung ausgesendet worden — und aus der Reaktion in der Öffentlichkeit ist schon jetzt zu erkennen, wie hart der Kampf um diese Novelle sein wird. Denn es geht dem Genossen Häuser und den Genossen im Österreichischen Gewerkschaftsbund um ein Stück mehr Mitbestimmungsrecht in der Wirtschaft. Aber wenn es um diese Frage geht, da regen sich nun die Geister und gleichzeitig der ganze Ungeist, den es immer noch gibt.

Sie sehen hier also an einem Beispiel unserer gesetzgeberischen Bestrebungen, wie sehr und wie rasch sich hier die Geister scheiden.

Wir müssen die grundsätzlichen Auffassungsverschiedenheiten, die wir im politischen Leben haben, immer wieder deutlich profilieren. Und deshalb bringen wir natürlich auch Gesetze ein, von denen wir in dem Augenblick, in dem wir sie initiieren, verfassen und ins Parlament hinübergeben, wissen, daß sie innerhalb kurzer Zeit nicht durchsetzbar sein werden. Aber es lohnt sich, für sie in den verschiedensten Formen zu kämpfen, im Parlament, in den Ausschüssen, aber auch in den Betrieben und in der Öffentlichkeit.

Ich sprach von der verstaatlichten Industrie. Grund-

sätzlich eine Feststellung: Der amerikanische Nationalökonom und Soziologe Galbraith, den wir dazu gewonnen haben, am 1. April 1971 in Wien über neue Gedanken zum Sozialismus zu sprechen, hat in seinem letzten großen Buch über den modernen Industriestaat sehr deutlich gezeigt, wie sich der Konzentrationsprozeß in der modernsten kapitalistischen Gesellschaft, die wir haben, in der amerikanischen, vollzieht, wie in Wirklichkeit die Lehren von Karl Marx in einer Weise bestätigt werden. Er hat gleichzeitig dargelegt, wie dieser Abspaltungsprozeß vor sich geht, und wie auf der einen Seite das Eigentum steht und auf der anderen Seite die Disposition über das Eigentum. Und das ist jetzt das Entscheidende: Es wird in dieser Zeit immer wichtiger, daß man die Disposition über das Eigentum einem gesellschaftspolitischen Harmonisierungsprozeß unterwirft; noch wichtiger als die Kontrolle und Besteuerung des Eigentums an sich, des juristischen Begriffs des Eigentums.

An dem einen Beispiel, das ich Ihnen jetzt bringen möchte, sehen Sie, wie wichtig es ist, daß die österreichische Schwerindustrie dem Staat oder, wie wir sagen, weil es uns lieber ist, dem österreichischen Volk gehört.

Die Regierung Brandt hat besondere Schwierigkeiten auch darum, weil die geballte Macht des deutschen Kapitals gegen diese Regierung ist und die ungeheuren Möglichkeiten, die es da gibt, maximal zu nützen weiß. **Stellen Sie sich einen Moment lang vor, liebe Freunde, wenn die Alpine, die gigantische VÖEST, die ÖMV — wenn das alles bei uns in privaten Händen wäre, was das für eine Machtzusammenballung gäbe! Es muß daher Aufgabe der Sozialistischen Partei sein, alles zu tun, damit dieser Reprivatisierungsprozeß nicht eintritt.** Sehen Sie, Genossinnen und Genossen: Um also die Reprivatisierung der verstaatlichten Industrie zu verhindern, müssen die Betriebe wirtschaftlich gut geführt werden und wirtschaftlich gesteuert. Wenn sie das nämlich nicht tun, dann hilft der politische Einfluß, den wir haben, gar nichts. Daher müssen wir alles tun, um die verstaatlichte Industrie zu entwickeln, es muß alles geschehen, um die Betriebe der verstaatlichten Industrie wirtschaftlich noch leistungsfähiger zu machen, als sie es ja vielfach sind. Nur so kann man die österreichische Schwerindustrie als gesellschaftliches Eigentum weiterführen.

Das sind also große Aufgaben, die wir in diesen Jahren bewältigen müssen. Dazu gehört unter anderem, daß wir uns den Kopf darüber zerbrechen müssen, wie zum Beispiel der Finanzbedarf der verstaatlichten Industrie in den nächsten Jahren gedeckt wird. Wenn man haben will, daß die verstaatlichte Industrie in der Bevölkerung nicht unpopulär wird, dann muß man trachten, daß die verstaatlichte Industrie die Steuerzahler nichts kostet.

Daher sagen wir: Die verstaatlichte Industrie muß ihre Finanzierungsproblematik so lösen, daß es nicht auf Kosten der Steuerzahler geschieht. Wir brauchen nämlich das Geld der Steuerzahler — ich bleibe absichtlich bei dieser kleinbürgerlichen Formulierung — für den Ausbau unserer Infrastruktur, für den Ausbau unseres Schulwesens, unseres Spitalwesens, unseres Verkehrswesens, unserer sozialen Einrichtungen. Die verstaatlichte Industrie muß so gesteuert werden, wie es eben andere große Unternehmungen auch tun.

Aber wir wollen, daß die Manager dieser Unternehmungen verstehen, worauf es uns ankommt, daß wir von ihnen gute Resultate haben wollen, daß wir ihnen dafür als Gegenleistung ein hohes Maß an persönlicher Freizügigkeit — abgesehen von guten Gehältern — geben. Wenn wir ihnen nämlich keine guten Gehälter geben, dann gehen sie zur Konkurrenz.

Liebe Freunde, ich sage jetzt etwas, was ketzerisch klingen mag — nur vom Standpunkt dieses höheren Ziels: **Ein guter Direktor, der nicht Mitglied der Sozialistischen Partei ist, ist mir lieber als ein schlechter Direktor, der brav seine Mitgliedsbeiträge bezahlt!** Denn uns ist es nicht nur wichtig, daß ein Betrieb für 20.000 Menschen floriert und den Menschen Arbeitsmöglichkeiten bietet — und gute dazu —, sondern uns

ist auch wichtig, daß das Prinzip des gesellschaftlichen Eigentums nicht durch mangelhafte wirtschaftliche Führung ad absurdum geführt wird.

Am liebsten ist uns, wenn beides in einer Person vereinigt werden kann (Heiterkeit), das ist klar.

Ich habe an diesem zweiten Beispiel — aus der konkreten Politik heraus — gezeigt, wie wir uns die sozialistischen Perspektiven für die siebziger Jahre vorstellen.

So komme ich jetzt zu einer dritten Frage. Wir wissen sehr genau: Für viele Menschen in Österreich, auch für viele in unserer Bewegung, erschöpft sich unsere sozialistische Gesinnung darin, daß wir eine gute Partei für die kleinen oder für die armen Leute sind, das heißt, daß wir den Wohlfahrtsstaat besser bauen können als die anderen, daß es unsere Ideen sind, mit denen der Wohlfahrtsstaat errichtet wird, daß wir sozusagen den Primat in der Sozialpolitik haben — geschichtlich sowohl und was die Aktivität betrifft. Man kann natürlich eine Fülle von sozialen Reformen in Angriff nehmen, aber man muß sich auch ausrechnen, wie man diese sozialen Reformen finanzieren kann. Der Staat kann nur das Geld ausgeben, das er einnimmt.

Deshalb müssen wir eine Politik machen, die es uns erlaubt, den Wohlfahrtsstaat auch zu finanzieren. Das kann man nur, wenn man sich bei der Erschließung der Steuerquellen im klaren ist, welche der Steuerquellen auf die Dauer und vielleicht in stärkerem Maße fließen werden und welche Steuerquellen aus den verschiedensten Gründen allmählich versiegen müssen.

Wir haben in unserem letzten Budget ein Beispiel dafür. Wir haben uns gesagt: Wir brauchen sehr viel mehr Straßen, und wir müssen sie rascher bauen! Das hat viele Gründe, die kennt ihr selber genau. Aber wir haben gefragt: Wenn wir rascher Straßen bauen wollen, wer soll jetzt zusätzliche Leistungen hierfür erbringen? **Wir wollen nicht haben, daß diejenigen alles bezahlen, die keine Autofahrer sind, und wir wollen auch nicht haben, daß unter denen, die Automobilbesitzer sind, diejenigen am meisten zahlen, die die Straßen am wenigsten beanspruchen.**

Wir müssen zu einem neuen Denken kommen. Denn die nächste ganz wichtige Frage, die damit zusammenhängt und mit der wir uns befassen müssen, ist: Wer hat etwas davon? Wer ist der Verursacher? Wer braucht diese Leistung der Gesellschaft?

Und da wir zu der Erkenntnis gekommen sind, daß die großen Diesellastkraftwagen unsere Straßen am meisten ruinieren, viel mehr als die Personenkraftwagen, haben wir nicht gezögert — auch wenn dadurch einige getroffen wurden, die an sich nur zufällig ein Dieselauto haben —, dieses Dieselöl kräftiger zu besteuern. Das bedeutet, daß wir mindestens 700 Millionen Schilling jährlich mehr für den Straßenbau haben werden. Sollte dadurch der Lastkraftwagenver-

kehr auf unseren Straßen geringer werden, dann werden sie uns weniger kosten, und wir werden auf der anderen Seite mehr aus dem Eisenbahnverkehr einnehmen; sollte der Verkehr stärker werden, werden wir dementsprechend höhere Einnahmen haben.

**Es ist ganz klar, daß das nicht eine sozialistische oder eine sozialdemokratische Maßnahme ist, wohl aber eine Maßnahme, die auf Grund eines Denkprozesses getroffen wurde, zu dem eben, so glaube ich, in erster Linie Sozialdemokraten prädestiniert sind.**

Noch etwas muß ich sagen: Wir müssen natürlich bei der Einnahmenpolitik des Staates gelegentlich alte Gedankengänge überprüfen. Es gehörte zu den alten Vorstellungen der sozialdemokratischen Bewegung und der sozialistischen Parteien, daß direkte Steuern gerechter sind als indirekte. Das war so lange aktuell, so lange es im Interesse der breiten Massen lag, das tägliche Brot, die Lebensmittel und die Bekleidung nicht zu verteuern. Das kann heute nicht mehr gelten, schon deshalb nicht, weil das, was wir an Steuern billiger sind, andere einstecken.

Ein typisches Beispiel hatten wir bei der Automobil-Sondersteuer. Wir haben sie aus Gründen der Opportunität, weil wir anders die Zustimmung der FPÖ nicht bekommen hätten, fallengelassen — nicht gern! Und was ist der Effekt? Daß ein großer Teil der Steuerersparnis von den Automobilfirmen und den Automobilhändlern sofort einkassiert wird. Zu diesem Zweck verzichten wir nicht auf solche Einnahmen!

Wir müssen also hier umdenken. In einer Zeit, in der es die Konsumgesellschaft in so extremer Form gibt, kann man von Staats wegen nur einen gewissen konsumdirigierenden Einfluß ausüben, indem man die indirekten Steuern soweit es geht verschiedenartig gestaltet. Die Kaufkraft der breiten Massen muß anders gesichert werden als dadurch, daß man an veralteten Steuergrundsätzen festhält.

Es ist doch heute so, daß jemand, der sich einen Farbfernseher oder ein Auto kauft, wenn er sich also Dinge kauft, die nicht unbedingt für sein Leben erforderlich sind, doch damit rechnen muß, dem Staat einen gewissen Beitrag zu leisten und nicht nur den Profit derjenigen zu mehren hat, die diese Waren erzeugen. Das wird ja von den meisten als selbstverständlich angenommen. Wir müssen also die Steuerpolitik neu gestalten, modernisieren und der heutigen gesellschaftlichen Entwicklung anpassen. Und es zeigt sich, daß eine Besteuerung, die nach solchen Gesichtspunkten gestaltet wird, viel gerechter ist als ein sehr differenziertes Steuersystem, bei dem sich nämlich gewisse Machtgruppen Sondervorteile verschaffen können.

Und nun komme ich zu einer anderen Frage, die uns in den siebziger Jahren wie kaum ein anderes Problem beschäftigen wird; die Frage der Umweltgestaltung.

Die erste große Frage ist die: Haben jene recht, die so pessimistische Prognosen stellen, oder sollte man nicht eher denen glauben, die da sagen: Aber schaut, die machen so viel Lärm, das wird alles nicht so arg werden? Welche Haltung ist die richtige: die der Pessimisten oder die derjenigen, die immer sagen, daß alles, was geschieht, nicht so arg ist, so arg es auch sein mag?

Für uns als sozialistische Regierung muß die Meinung der Pessimisten die ausschlaggebende sein. Denn wenn wir diese Linie zu unserer machen, dann kann nichts passieren, wenn die Pessimisten Unrecht haben sollten; jedenfalls kann nicht viel passieren, außer daß wir besser vorbereitet sind. Wenn wir hingegen die Linie derer akzeptieren, die uns sagen, daß es schon nicht so arg werden wird, daß das alles Übertreibungen sind, dann erleiden wir, wenn es anders kommt — und es wird anders kommen —, eine Niederlage in einem Umfang, von dem sich heute viele noch gar nichts träumen lassen. An dieser Frage wird sich die Kraft der sozialdemokratischen Bewegung bewähren müssen. Hier werden wir zeigen müssen, ob wir in der Lage sind, große gesellschaftspolitische Lösungen zu verwirklichen.

Diese Dinge kosten aber ungeheuer viel Geld. Die Frage, die sich dabei stellt, ist nun die: Wer wird das



zahlen? Die Aufgeklärten auf der anderen Seite sagen: Ihr habt recht! Die Umweltproblematik ist da, und sie muß gelöst werden: Beim Wasser, bei der Luft, es gibt sie überall. Also baut in eure Budgets die entsprechenden Summen ein! **Das hieße also, daß diejenigen, die in dieser schlechten Luft leben, die dieses schlechte Wasser trinken müssen, das alles zahlen würden und nicht diejenigen, die das verursachen.** Hier wird also ein Kampf geführt werden müssen, der einer der härtesten der nächsten Zeit, der nächsten Jahre sein wird. Es wird darum gehen, wer die Einrichtungen zu zahlen hat, die geschaffen werden müssen, um diese bedrohliche Entwicklung aufzuhalten und ihr entgegenzuwirken.

Sicher wird es in sehr vielen Fällen notwendig sein, daß der Staat, die Gebietskörperschaften von sich aus sehr viel tun. **Aber an dem Prinzip, daß zuallererst der Verursacher von Schädigungen in der einen oder anderen Form herangezogen werden muß — an diesem Prinzip können wir doch nicht rütteln lassen!**

Wir müssen uns daher, was die Finanzierung des Umweltschutzes in den nächsten Jahren betrifft, darüber im klaren sein, daß die Auseinandersetzung zwischen denen gehen wird, die der Meinung sind, daß in erster Linie die Verursacher der Verschmutzungen herangezogen werden müssen, und denen, die der Auffassung sind, daß das einfach die Allgemeinheit zu bezahlen hat. Das wird ein „Klassenkampf“ in einer neuen Form sein; er wird nicht weniger entschlossen von beiden Seiten geführt werden. Das gehört auch zu den Perspektiven der siebziger Jahre.

Und nun, Genossinnen und Genossen, möchte ich noch ein paar Bemerkungen über die Kulturpolitik machen und aufzeigen, wie sehr wir uns auch hier unseren großen Zielen unterordnen.

Wir haben in der Regierung einen Bericht an das Parlament beschlossen, in dem wir vorschlagen, daß die Überschüsse aus dem Familienlastenausgleichsfonds für freie Schulfahrt und freie Schulbücher verwendet werden. Warum haben wir das vorgeschlagen? Weil wir der Meinung sind, daß es unvermeidbar ist, das zu wiederholen, was die früheren Regierungen der ÖVP gemacht haben: diese Überschüsse einfach ins Budget zu holen und sich dann als Schuldner an den Fonds zu deklarieren; aber als ein sehr ominöser Schuldner, der nämlich nie die Absicht gehabt hat, diese Beträge zurückzahlen und das auch nicht tun kann. Wir waren der Auffassung, daß das eine Zweckentfremdung der Mittel ist, die nicht sein darf.

Auf der anderen Seite sind wir nämlich der Meinung, daß es ebenso unmöglich ist, einfach einen ganz dünnen Geldregen niedergehen zu lassen, der wieder aufhört, wenn es keine Überschüsse geben sollte; denn dann würde man sagen, daß die Regierung dieses Geld eben doch wieder genommen hat. Und so waren wir von unserem sozialdemokratischen Standpunkt aus der Meinung, daß unser Vorschlag richtiger ist.

Wir haben uns noch etwas gesagt: Sollte sich nämlich in einem oder in zwei Jahren herausstellen, daß wir das Geld für die freien Schulfahrten und für die freien Schulbücher nicht haben, dann möchten wir die Regierung gern sehen, die sich getraut, das wieder abzuschaufen! Wir selber könnten es auf gar keinen Fall tun, weil wir es nicht wollen, und die anderen — die sollen sich wahrscheinlich hüten, das zu machen.

Diese Maßnahmen scheinen uns nicht deshalb so wichtig, einfach weil sie populär sind, sondern weil sie die Voraussetzung sind für eine Demokratisierung unseres Schulwesens, weil auf diese Art auch den Kindern derjenigen etwas zugute kommt, die es sich nicht leisten können, jährlich einen großen Betrag für den Schulbesuch und für den Ankauf von Büchern zu zahlen, die es sich nicht leisten können, ihre Kinder weit weg in die Schule gehen zu lassen, weil es zu teuer ist, sie am Schulort wohnen zu lassen oder immer hin- und herfahren zu lassen. Nur auf diese Art kann auch Schluß gemacht werden mit einem hinterwäldlerischen Schulsystem, hinterwäldlerisch im wahrsten Sinne des Wortes. Wir müssen nämlich von den niedrig organisierten Schulen zu höheren Schultypen kommen, und

das können wir nur erreichen, wenn wir den Eltern die finanzielle Möglichkeit geben, ihre Kinder auch in diese Schulen zu schicken.

Am Anfang einer solchen großen Reform muß also das stehen, was ich vorhin angedeutet habe. Es ist ganz klar, daß es im Parlament im Augenblick eine Mehrheit gegen uns gibt. Wir werden aber wieder versuchen müssen, mit den Aufklärungsmöglichkeiten, die wir haben, jene öffentliche Meinung zu schaffen, die uns die Chance gibt, für diese Maßnahmen auch eine Mehrheit im Nationalrat zu bekommen.

Genossen und Genossinnen! Ich habe mein Referat bei euch so aufgefaßt, daß ich am Beispiel der Politik, die wir führen, zeige, daß unsere Reformen — und das ist jetzt das Wesentliche — mittelbare Reformen sind. Wir wollen zeigen, daß wir durch diese Maßnahmen die Demokratisierung der Gesellschaft in vielen Bereichen einleiten.

So komme ich zum Schluß und möchte die Frage beantworten, die sich manche von Euch sicher in diesen Wochen immer wieder stellen: Wie lange wird denn diese Regierung diese Politik führen können, die teils die Verwirklichung wichtiger Maßnahmen bringt, teils aber auch diese wichtigen Maßnahmen nur präsentiert, sie vorschlägt, sich bereit erklärt, sie zu verwirklichen, aber im Parlament nicht in der Lage ist, sie auch durchzusetzen. Darauf sage ich Ihnen — und ich will die Partei gar nicht mitverantwortlich machen, weil eine Entscheidung noch aussteht —, was meine Auffassung ist: Daß sich eine Regierung, die sich so Großes vorgenommen hat — und Ihnen muß ich nicht sagen, wieviel sie in Wirklichkeit in diesen 300 Tagen doch schon verwirklicht hat —, daß sich eine Regierung, die die Sozialdemokraten führen, die die Sozialistische Partei trägt, nicht einfach abservieren lassen kann!

**Da glaube ich für meinen Teil, daß man vor das österreichische Volk hintreten und es fragen muß: Wollt ihr wirklich haben, daß die ÖVP, eine konservative Partei, eine in großen Teilen reaktionäre Partei, die mit ihren eigenen Problemen nicht fertig wird, die ihr eigenes Führungsproblem nicht lösen kann, die bisher keine einzige neue Idee präsentieren konnte, die kein Konzept, kein gesellschaftspolitisches Konzept hat, das der Entwicklung der modernen Wirtschaft entspricht — wollt ihr wirklich haben, daß diese Partei an die Stelle unserer Partei kommt, dann sagt es ganz klar und deutlich; dann sprecht das in der Form aus, in der so etwas in der Demokratie zum Ausdruck kommen kann, nämlich bei Wahlen.**

Ich bin der Meinung, daß die erste Regierung, die die Sozialistische Partei führt, die eine sozialdemokratische Politik macht, nicht einfach aus der österreichischen politischen Wirklichkeit verschwinden kann, sondern daß das österreichische Volk klar und deutlich seinen Willen ausdrücken muß. Und da bin ich der Auffassung: **Vor diese Alternative gestellt, wird die Sozialistische Partei vom österreichischen Volk einen noch größeren Vertrauensbeweis bekommen als den, den das österreichische Volk dieser Partei vor einem Jahr gegeben hat.** (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Genossin Jochmann dankte dem Genossen Kreisky für sein umfassendes und ausführliches Referat.

#### **Obmann Rosa Jochmann**

Lieber Genosse Kreisky! Der Bund sozialistischer Freiheitskämpfer hat für jene, die in der Zeit von 1933 bis 1945 nicht auf den Sozialismus vergessen haben, sondern trotz Diktatur, trotz Verfolgung, trotz Galgen und Konzentrationslager die Fahne des Sozialismus hochgehalten haben, ein Goldenes Abzeichen geschaffen, und es wurde heute hier schon eine ganze Reihe von Genossen und Genossinnen ausgezeichnet.

Mir wird die Ehre zuteil, und ich betrachte es als eine wirkliche Ehre, daß ich Dir im Namen des Bundesvorstandes dieses Abzeichen überreichen kann. Aber ich darf noch etwas dazu sagen.

Genosse Kreisky hat gesagt, daß er, als er diesen Saal betrat, viele Gesichter gesehen habe, an die er sich

aus der Zeit vor 30 oder 40 Jahren erinnere. Aber die Genossen und Genossinnen, die hier sitzen, erinnern sich aus dieser Zeit auch an Dich.

Wir erinnern uns an Deine unvergeßliche mutige Rede im Prozeß gegen die Revolutionären Sozialisten. Auch hier bei uns sitzen Freunde, wie der Tondo und andere, die die Freude hatten, damals dieses Bekenntnis zum Sozialismus zu hören. Das kann man nicht wegwischen, Genossen und Genossinnen, das ist schwarz auf weiß verankert. Ich glaube, ich kann sagen: Es ist im Goldenen Buch der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung verewigt.

Aber ich persönlich erinnere mich noch an etwas anderes, Genossen und Genossinnen, und das ist irgendwie tragischer. Ich habe ganz in der Nähe der Gestapo durch die Vermittlung der Genossin Muhr — die war damals auch imstande, mir einen Posten zu verschaffen — als Faktoristin gearbeitet. Ich habe nichts davon verstanden, Genossen und Genossinnen und ich glaube, ich war der Schrecken meines Chefs dort. Aber eines Tages, als ich um die Mittagszeit aus diesem Geschäft herausging, kam mir auf einmal ein ganz blaßes Bürscherl entgegen. Es tut mir leid, daß man solche Bilder nur in sich trägt, daß man sie nicht photographieren kann; aber es war ein erschütternder Anblick: Das blaße Bürscherl war nämlich der Genosse Kreisky, der damals durch einen Zufall, mit Hilfe von Freunden in Schweden, aus dem Gestapo-Keller entlassen worden war; sonst wäre er heute sowieso nicht mehr hier.

Genossen und Genossinnen, entschuldigt es mir, wenn ich das persönlich sage: Es hat mich immer zutiefst erschüttert, wenn dann derselbe, der da aus dem Gestapo-Keller gekommen ist, zuerst als Staatssekretär, dann als Außenminister und jetzt als Bundeskanzler auf der Regierungsbank gesessen ist. Betrachtet das nicht als eine rein gefühlsmäßige Angelegenheit, Genossen und Genossinnen, denn der Genosse Kreisky weiß ganz genau, daß ich auch nach 1945 manchen Streit mit ihm ausgefochten habe, allerdings so unter vier Augen. Ich glaube, er weiß auch eine Tatsache zu würdigen: Wir gehören nämlich zu der Generation, die die aufbauende Generation war, und er gehört zur Generation der Vollendung, wie das Otto Bauer einmal formuliert hat. Alles kann ich freilich nicht ganz verstehen, Genossen und Genossinnen, aber ich glaube, die Hauptsache ist, daß die Partei imstande ist, es der großen Familie der Sozialisten verständlich zu machen.

Genossen und Genossinnen! In meinem Leben hat es wenige glückliche Stunden gegeben. Eine der glücklichsten Stunden war jene —, und da bin ich trotz der „Pensionistin“ ins Parlament gegangen —, als ich in der sozialistischen Regierung auf der Regierungsbank auch zwei tüchtige Genossinnen sah, von denen sogar Leute, die keine besonderen Freunde unserer Partei sind, zugeben, wie gut sie ihre Arbeit machen.

Und es ist ein beglückendes Gefühl, daß das aus dem Verfolgten, aus dem Revolutionären, aus dem Kämpfenden, aus dem Vertriebenen geworden ist, aus dem, der ja nicht wußte — und so ähnlich sagte er es damals zu mir vor der Gestapo —, ob er überhaupt die Grenze erreichen werde, ob ihn nicht irgendwo eine SS-Kontrolle schnappt und er wieder eingesperrt oder niedergeschlagen wird. Daß das möglich ist, Genossen und Genossinnen, daß dann dieser gleiche junge Kämpfer der erste sozialistische Bundeskanzler geworden ist, das hat mir eine ungeheure Kraft gegeben. Und das soll allen die Kraft geben, Genossen und Genossinnen, eine bessere Welt zu errichten, damit schließlich und endlich, was immer sich auch dazwischen schiebt, einmal — ich werde es nicht mehr erleben, aber viele werden es erleben — eine sozialistische Welt erstehen wird.

Nachdem noch Genossin Jochmann dem Genossen Kreisky unter dem lebhaften Beifall der Delegierten das Goldene Abzeichen unseres Bundes überreicht hatte, eröffnete der Vorsitzende, Genosse Manfred Ackermann, die Debatte über das Referat des Genossen Kreisky.

Als erster Redner kam der Genosse Erwin Kager zu Wort.

#### Erwin Kager

Genossinnen! Genossen! Wir sind hier in diesem Saal nur eine Handvoll junger Menschen, die man an einer Hand abzählen kann. Und wenn ich heute zum zweiten Male in dieser Bundeshauptversammlung der sozialistischen Freiheitskämpfer das Wort ergreife, so erlaubt mir bitte, daß ich meine Eindrücke schildere.

Genosse Kreisky hat uns sehr viel von der kommenden Regierungsarbeit gesagt, was wirklich interessant und aufschlußreich ist. Aber eines habe ich als junger Mensch vermißt: Das war die Stellung der Regierung zum wiedererstarkenden Neofaschismus. Gerade Euch, Genossen, die ihr durch die dunkle Nacht des Faschismus gegangen seid, brauche ich nichts zu sagen; Ihr könntet mir etwas darüber erzählen, und ich bitte Euch darum.

Genosse Willi Migsch hat in seinem „Koloman-Wallich-Lied“ mit den Worten begonnen: „Blick nicht zurück die Straße, sie führt aus dunkler Nacht.“ Ich habe gestern schon gesagt: Wir wollen nicht diese Straße zurückblicken, denn das führt zu keinem Ziel. Wir wollen vielmehr diese dunkle Nacht erforschen. Und, Genossen, ich habe auch dazu gesagt: Wir wollen die Jugend immunisieren gegen diesen Neofaschismus, der zweifellos wieder ersteht.

Und dennoch ist es in der Gegenwart möglich, daß sich die Träger dieser dunklen Nacht breitmachen, daß diese dunkle Nacht verbreitet werden und daß sie den Geist der Jugend vergiften soll.

Diese Träger der dunklen Nacht haben natürlich auch ihre Sprachrohre: die „Deutsche Wochenzeitung“ und die „National-Zeitung“. Diese beiden Zeitungen, die seit Jahren in Österreich gegen unsere Demokratie hetzen, sind in Österreich noch immer gestattet.

Ich gehe noch einen Schritt weiter: Bei jedem Kolporteur kann jeder Jugendliche die berühmten Landserhefte kaufen. Der Verlag für Jugend und Volk beziehungsweise der Buchklub der Jugend hat seinerzeit eine Unterschriftenaktion gegen Schmutz und Schund in der Jugendliteratur gestartet. Ich kann mich erinnern: Ich bin damals noch in die Volksschule gegangen. Und heute, fast 20 Jahre später, kann ich sagen: Man bekommt die Landserhefte noch immer! Ich sehe sie noch immer bei Kolporteurs an der Straßenecke, gleich da vorne irgendwo, und könnte sie dort um einen Pappentier kaufen.

Nun, Genossinnen und Genossen, ich glaube nicht, daß das Verbot der Landserhefte beziehungsweise der „National-Zeitung“ und der „Deutschen Wochenzeitung“ usw. usw. eine parlamentarische Mehrheit erfordert.

Ich habe gestern schon die NDP-Aktionen angeschnitten. Im vergangenen August — ihr habt es ja im „Kämpfer“ wahrscheinlich gelesen — haben sich in Mürrzuslag Ereignisse abgespielt, wo man sich als Demokrat nur an den Kopf greifen kann. Norbert Burger hat mit einer Handvoll Leute ein Lager der Gewerkschaftsjugend überfallen; aber nicht Burger wurde angezeigt, sondern die Gewerkschaftsjugend! Wir haben einen sozialistischen Justizminister, der dem Staatsanwalt Weisungen geben kann, aber dieser Justizminister hat nicht die Weisung gegeben, den Fall Norbert Burger zu untersuchen.

Es hat eine NDP-Aktion zum Tag der „deutschen“ Einheit gegeben. (Ich habe es jetzt bewußt so gesagt.) Dieser war am 13. Juni des vergangenen Jahres. Die Veranstaltung war angemeldet, und der sozialistische Innenminister hat nicht die Gelegenheit wahrgenommen, diese Veranstaltung von vornherein zu verbieten.

In diesem Zusammenhang möchte ich sagen, daß Borodajkewycz, die NDP und die FPÖ keine Einzelerrscheinung sind; denn über den neofaschistischen Charakter der FPÖ hat uns Herr Zeillinger sehr oft und vor allem der Herr Broesigke in seiner Anwaltschaft in Sachen Borodajkewycz aufgeklärt. Wie gesagt, das sind keine Einzelerrscheinungen, sondern das sind Symptome einer Krankheit. Diese Krankheit des

Neofaschismus hängt wie ein Damoklesschwert über uns und kann jeden Augenblick auf uns kommen. Borodajkewycz ist nur deshalb ein Symptom, weil zahlreiche Menschen, insbesondere Lehrer, Hauptschullehrer und Professoren der allgemeinbildenden höheren Schulen sowie der berufsbildenden höheren Schulen, aber auch Hochschullehrer, wie er selbst einer war, immer wieder im Denken dieser „Zeit der Nacht“, dieser dunklen Nacht steckengeblieben sind und dieses „Wissen“ heute immer noch in versteckter Form an die Jugendlichen weitergeben.

Daher, Genossinnen und Genossen, möchte ich heute die Gelegenheit wahrnehmen, an Genossen Kreisky drei Fragen zu stellen, und zwar:

1. Welche Handhaben können beziehungsweise werden ergriffen werden, um die neofaschistische NDP aufzulösen? Denn daß sie neofaschistisch ist, das brauchen wir, glaube ich, nicht extra zu betonen; Beweise liegen ja genug vor.

2. In welcher Form wird das Verbotsgesetz geändert werden, daß neofaschistische Tendenzen der Gegenwart nicht durch die Maschen dieses Gesetzes laufen können?

3. Wann endlich wird in Österreich diese ganze neofaschistische Literatur, wie ich sie vorhin präsentiert habe, verboten werden?

Bevor der Vorsitzende, Genosse Ackermann, dem nächsten Redner das Wort erteilte, begrüßte er Stadtrat Genossen *Fritz Hoffmann*, der zu unserer Tagung gekommen war. Dann erteilte er dem Genossen Peter Seda das Wort.

#### Peter Seda

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte heute die Worte an den Anfang meiner Ausführungen stellen, die ich gestern am Schluß gesagt habe: Der Faschismus — das wissen wir alle — kann nur auf der Grundlage einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung entstehen. Deshalb kann und muß der Sozialismus die einzige Alternative zum Faschismus sein.

Leider müssen wir feststellen, daß die heutige Jugend die Ideen des Sozialismus nicht genügend kennt; ja ich möchte sogar so weit gehen, zu sagen, daß die Konsumgesellschaft den Großteil der Jugend der sozialistischen Ideologie entfremdet hat. Für sie ist die SPÖ nur ein politischer Gegner der ÖVP, der Tagesforderungen der arbeitenden Menschen durchsetzt.

Daß aber hinter all dem große Ideen stehen, daß wir einen Kampf führen, den Kampf gegen die bürgerliche Klassengesellschaft und für die Verwirklichung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung, in der Demokratie und Gerechtigkeit für alle Menschen verwirklicht sind, das ist den meisten jungen Menschen heute nicht bewußt.

Wir haben heute und gestern gehört, welche Stärkung und Tröstung die Ideen des Sozialismus für die Genossen waren, die in den Jahren von 1934 bis 1945 in den Kerkern und Konzentrationslagern gemartert worden sind.

Wenn wir jungen Sozialisten uns vorgenommen haben, die Jugend über den Kampf der damaligen Jugend zu informieren, dann tun wir dies gestärkt vom Geiste des Sozialismus.

Wir Jungen haben große Verpflichtungen. Der Kampf geht nie zu Ende, das wissen wir. Wir werden diese Arbeit nur leisten können, wenn die Ideen des Sozialismus der Jugend mehr vertraut gemacht werden. Ich glaube, nicht nur als Vertreter der jungen Generation zu sprechen, sondern die Meinung aller Konferenzteilnehmer zum Ausdruck zu bringen, wenn ich sage, daß wir uns unserer Ideologie nicht zu schämen brauchen.

Ich bitte daher den Genossen Kreisky als Parteivorsitzenden, dafür zu sorgen, daß besonders unter den Jungen die Idee des Sozialismus weiterverbreitet wird und daß auch die Spitzen der Partei der sozialistischen Ideologie wieder den Platz einräumen, der ihr gebührt.

Nach dem Genossen *Ferdinand Himsl*, der darauf hinwies, daß die Freiheit des Geistes für den Fortschritt der Menschheit ungeheure Bedeutung habe, übergab Genosse Ackermann den Vorsitz an Genossen Hindels, da er sich ebenfalls in die Rednerliste eingetragen hatte.

Genosse Hindels erteilte nun Genossen Ackermann das Wort zu seinem Diskussionsbeitrag.

#### Manfred Ackermann

Genossinnen und Genossen! Meinen Bemerkungen zum Referat des Genossen Kreisky möchte ich als Motto ein Wort Victor Adlers voranstellen. Er sagte einmal: „Hoch steht uns die Partei, höher der Sozialismus!“ — Zu diesem Wort bekenne ich mich. Wenn ich das vorausgeschickt habe, hoffe ich, sowohl bei den Genossinnen und Genossen sowie auch bei denen, die sich lieber als „Parteifreunde“ bezeichnen, kein Mißverständnis zu erwecken.

Was Genosse Kreisky über Perspektiven einer sozialistischen Regierungspolitik und über das, was die Regierung bis jetzt geleistet hat, ausführte, darüber ist sicherlich viel Anerkennendes, gewiß aber auch manches Kritische zu sagen. Aber das ist es nicht, was mich momentan beschäftigt. Meine Sorge gilt nicht so sehr der Regierung, an deren Spitze Bruno Kreisky steht. Wichtiger und entscheidender ist mir die Bewegung als solche, die ideologische und moralische Verfassung der Partei.

Meine Bemerkungen könnte ich mit der Frage beginnen, wieweit der Sozialismus als Ziel in der heutigen sozialistischen Arbeiterbewegung überhaupt noch eine entscheidende Rolle spielt. Die Erwägung, wie weit in unserem Bewußtsein das sozialistische Endziel noch lebendig geblieben ist, spielt im Denken von viel mehr Sozialisten eine Rolle, als ihr vielleicht glauben würdet. Das allein beweist die Aktualität und Berechtigung dieser Fragestellung. Die tieferen Ursachen des Entwicklungsprozesses, der die sozialistische Bewegung in vielen Ländern zu ihrer heutigen Haltung geführt hat, können wir hier nicht untersuchen; dazu haben wir nicht genug Zeit. Es sei nur festgestellt, daß die Haltung der meisten sozialistischen oder sozialdemokratischen Parteien heute weit entfernt ist von dem in früheren Perioden der Arbeiterbewegung rückhaltlos, klar und eindeutig ausgesprochenen Bekenntnis zum Sozialismus, zu unserem sozialistischen Ziel einer klassenlosen Gesellschaft.

Bis zu einem gewissen Grad ist unserer Partei die Idee vom Klassenkampf fremd geworden. **Auch in unserer Partei sind breite Schichten der Mitglieder und der Vertrauensmänner der Idee vom sozialistischen Endziel entfremdet.** Ich könnte auf viele Äußerungen verweisen, die in der letzten Zeit gemacht worden sind. Der Genosse Kreisky selbst hat einen Punkt berührt, als er sagte: Natürlich mußten wir eine Erklärung abgeben, daß wir kein sozialistisches Budget vorlegen, weil das ganz einfach nicht möglich war. Aber es ist doch etwas anderes, ob die sozialistische Regierung, deren Schwierigkeiten wir verstehen, imstande ist, ein sozialistisches Budget vorzulegen, oder ob gewisse Funktionäre Äußerungen von sich geben, die auf alle Menschen den Eindruck machen müssen, daß diese Partei weit entfernt ist von einem aufrichtigen, überzeugten und starken Bekenntnis zum Sozialismus.

In einem der letzten Wahlkämpfe hat einer, der die Wahlpropaganda der Partei mit beeinflusste, es sich nicht versagen können, um die bürgerlichen Wähler zu beruhigen, zu erklären, wenn die Sozialisten die Wahl gewinnen, dann werde schon nichts passieren. Das ist eine Art zu reden, die meiner Ansicht nach in unserer sozialistischen Propaganda keinen Platz haben sollte.

Wenn man so wie ich oft in Vorträgen kritische Betrachtungen über den ideologischen Verfall der sozialistischen Bewegung anstellt und über manches, was in unserer eigenen Partei geschieht, scheint es mir



geradezu eine Pflicht der Anständigkeit zu sein, bei dieser Gelegenheit, wo der Vorsitzende der Partei bei uns ist, einiges zu sagen, was nicht verschwiegen werden soll und damit nicht zu warten, bis der Genosse Kreisky nicht mehr an dieser Konferenz teilnimmt.

**Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß wir in unserer Propaganda, in unserer ganzen Werbung weniger als eine Partei von Sozialisten auftreten, sondern eher als eine Partei von „Modernisten“.** Wir reden vom „modernen“ Österreich, wir reden von vielen Dingen, die eigentlich von jeder liberalen, halbwegs fortschrittlichen Partei proklamiert und als Programm akzeptiert werden könnten. Gewiß, wir reden oft genug von „sozialer Demokratie“, aber wir reden nicht mehr klar und unmißverständlich vom Sozialismus.

Der Theoretiker George Lichtheim hat eine „Kurze Geschichte des Sozialismus“ geschrieben. Er sagt in diesem Buch, der Begriff Sozialismus sei auf die meisten der heutigen sozialistischen Parteien nicht mehr anwendbar. Was auf sie anwendbar ist, das sei eine Art „Laborismus“, eine Art, wie sie sich im Nurgewerkschaffertum äußert oder in einem volksparteilichen Liberalismus kundtut. „Der vertraute Begriff Sozialismus“, schreibt George Lichtheim, „bleibt besser einer zukünftigen Verfassung dieser sozialistischen oder sozialdemokratischen Parteien vorbehalten. Einer zukünftigen Verfassung, in die sie vielleicht wieder hineinwachsen werden — vielleicht auch nicht.“

Wir haben hier einen jungen Genossen sprechen gehört. Er wünscht sich eine Partei, die sich an jedem Tag und zu jeder Stunde klar zur sozialistischen Ideologie bekennt und diese Ideologie nicht verdrängt und nicht verschweigt. Wie sollen junge Menschen seiner Art — und er ist keineswegs der einzige, der von einem solchen Wunsch beseelt ist —, wie sollen junge Menschen solcher Art nicht am sozialistischen Zielbewußtsein der Partei zu zweifeln beginnen, wenn beispielsweise auf dem vorletzten Parteitag ein Redner mit erhobener Stimme den Delegierten die Frage zugerufen hat, „ob sich im Saale auch nur ein einziger Mensch befände, der noch an die Möglichkeit einer klassenlosen Gesellschaft glaube“. Sonderbarerweise hat nicht ein einziger der Delegierten den Mut oder die Geistesgegenwart gehabt, wenigstens in einem Zwischenruf zu sagen: Ja, hier ist einer, der glaubt noch an die Möglichkeit einer klassenlosen Gesellschaft, so wie es unser Parteiprogramm sagt!

Wenn junge Sozialisten solche Redensarten hören, sind sie mit einem Praktizismus konfrontiert, der all das, was wir an Grundsätzen und Prinzipien hoch und wert halten, zynisch belächelt. Und das vor Mitgliedern und Vertrauensmännern, die sowieso schon durch die schwächliche Leistung unserer Bildungs- und Schulungsarbeit, durch das erschreckende Versagen unserer Erziehungsarbeit seit vielen Jahren in ihrem grund-

sätzlichen, sozialistischen Denken geschwächt sind. Dieselbe Mitgliedschaft, die andererseits durch alle möglichen Medien, aber auch durch einen Teil unserer eigenen Presse mit Kitsch und Schund und Sex und Modenarreteien überfüttert wird.

**Wie soll sich sozialistisches Bewußtsein in Hunderttausenden von Mitgliedern, in vielen tausenden Vertrauensmännern in einer Partei entwickeln, von der ich nun auch noch sage, daß sie in einem mich erschreckenden Ausmaß bereits unterwandert ist von ehemaligen nazifaschistischen Elementen!** Gewiß, Genossinnen und Genossen, damit berühren wir ein heikles Problem, ein Problem das mich seit langem beschäftigt und schwer bedrückt: Das Problem der Unterwanderung der Partei durch ehemalige Nationalfaschisten.

Aus eigener Erfahrung weiß ich, in wie weiten Gebieten und Distrikten unserer Partei dieses Problem tabu, unberührbar, unerwähnt, nicht diskutierbar ist. Und wer es irgendwo einmal gewagt hat — und da spreche ich aus persönlichster Erfahrung, sagen wir im Zusammenhang mit der Frage der Bewältigung der verfluchten und verdammten Vergangenheit —, über diese Dinge zu reden, der ist ein zweites Mal nicht mehr hingekommen. **Denn dafür sorgen die Ehemaligen, die bereits an einer ansehnlichen Zahl von Schalthebeln der Macht in der Partei sitzen und die allzu vielen opportunistischen Helfer, die sie in unseren eigenen Reihen gefunden haben.**

Manche Genossen, mit denen ich über diese Frage zu diskutieren versucht habe, meinten: So ist es halt, das muß Dich nicht unglücklich machen! Da denke ich an ein Wort des polnischen Theoretikers Leszek Kolakowsky. Er hat in einem sehr interessanten Buch die Frage gestellt:

Was ist **nicht** Sozialismus?

Er gibt selbst die Antwort darauf: **Nichtsozialismus ist eine Gesellschaft, in der jemand unglücklich wird, wenn er seine Meinung sagt, und glücklich bleibt, wenn er sie nicht sagt.** Diese Worte auf die Partei anwendend, glaube ich sagen zu dürfen, daß die Zusammenkünfte der Freiheitskämpfer noch Gelegenheiten sind, bei denen man seine wirkliche Meinung sagen kann, ohne unglücklich zu werden!

Der Genosse Hindels hat als Vertreter der Freiheitskämpfer auf dem letzten Parteitag einige Anträge eingebracht. Er hat in der Diskussion kritisch den Fall Oellinger besprochen. Nun, wir wissen, daß dieser Parteifreund Oellinger untragbar geworden ist, weil ja schließlich einer, der bei der illegalen NSDAP gewesen ist, bei der illegalen SA und der auch zur allgemeinen SS gehört hat, doch nicht einer sozialistischen Regierung angehören darf. Aber der Parteifreund Oellinger hat im Landwirtschaftsministerium seinen jungen Sekretär zurückgelassen. Dieser junge Mann, nunmehr auch ein „Parteifreund“, ist 1960 als Landesführer des „Bundes Heimattreuer Jugend“ — abgekürzt HJ — angeklagt worden, mit einer ganzen Reihe anderer HJler, weil sie in ihren Zusammenkünften Nazilieder gesungen haben, darunter auch das schändliche „Gaskammerlied“. Eine Textprobe, vier Zeilen aus diesem Gaskammerlied, das gesungen werden kann aus deutschem Gemüt heraus, mit Musik, Melodie und Harmonie. Eine Strophe, die der Staatsanwalt selbst erwähnt hat, lautet:

„Der Teufel hol' die Verräter —,  
Die Gaskammern waren zu klein,  
Viel größere bauen wir später —,  
Da kommt ihr alle hinein!“

Der Nachfolger Oellingers im Landwirtschaftsministerium hat diesen einst so sangesfreudigen Sekretär behalten. Der junge „Parteifreund“ paßt scheinbar anstandslos in die von einer sozialistischen Regierung zu etablierende ministerielle Bürokratie hinein.

Ich möchte noch einmal die Intervention des Genossen Hindels auf dem Parteitag erwähnen. Es sind dort eine Anzahl junger Delegierter gewesen, die in

der Debatte auch zu Worte gekommen sind. Obwohl, wie ich weiß, fast alle jungen Delegierten, die dort gesprochen haben, die linkssozialistische, marxistische Grundeinstellung des Genossen Hindels teilten, hat keiner von ihnen so viel politischen Instinkt besessen, auch nur mit einem einzigen Satz zu erklären, daß sie sich mit dem, was Hindels auf dem Parteitag vertreten hat, solidarisch erklären.

Warum halte ich denn das für so wichtig? Ich halte das deswegen für wichtig, weil dadurch von dem Vertreter des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer das Stigma des Einzelgängertums genommen gewesen wäre. Die Delegierten zum Parteitag hätten dann gesehen, daß gerade die jungen Menschen die Ansichten teilen, die der Genosse Hindels auf dem linken Flügel, auf dem noch immer austromarxistischen Flügel, unserer Bewegung vertritt. Sie hätten gesehen, daß das nicht Spintisierereien eines einzelnen sind, sondern in Wirklichkeit die Stimme einer bedeutenden und wichtigen geistigen Strömung innerhalb der Bewegung, eine geistige Strömung, die allerdings weder im Parteivorstand und kaum in der Fraktion vertreten ist.

Und nun komme ich zum letzten Punkt. Wir haben gehört, daß der Parteivorstand eine Stiftung für die politische Schulung und Erziehung im Geiste Karl Renners vorbereitet. Dazu will ich, da ja die großen Renner-Feiern nun vorüber sind, eine kurze Bemerkung machen. Der Genosse Karl Renner war bei all seiner großen Bedeutung als Staatsmann, als Politiker, als Theoretiker, als Schriftsteller in Wirklichkeit ein überzeugter Feind der Erfüllung jener Aufgabe des Austromarxismus, die Otto Bauer als die wesentlichste und wichtigste angesehen hat. Im Juli 1928 erschien im theoretischen Organ der Partei, im „Kampf“, Otto Bauers Artikel über „Klassenkampf und Ideologie“. In diesem Artikel hatte sich Otto Bauer zunächst mit dem auseinandergesetzt, was er als den reinen, unverfälschten „Gesinnungssozialismus“ Max Adlers bezeichnete. Dann aber befaßte er sich mit Renners ausschließlichem „Interessensozialismus“. Zwei oder drei Sätze seien zitiert, die Otto Bauer damals mit feinem Spott geschrieben hat.

„Es genügt, daß sich Renner ein paar Mal über den ideologischen Überschwang Max Adlers ärgert, und sofort möchte er am liebsten gleich die ganze sozialistische Ideologie zum Teufel jagen.“

Otto Bauer bestreitet nicht, daß Renner sich zu Marxens Lehre bekannt hat. „Aber“, sagte er, „Renner möchte den Marxismus zur Privatwissenschaft einiger Gelehrter machen. Die Masse lasse man mit dem ‚Marx-Dogma‘ in Ruhe. Aus zwei Gründen: Erstens seien die Massen gar nicht imstande, Marx zu verstehen, zweitens wüßten die Massen triebhaft aus Klasseninteresse und Klasseninstinkt schon selbst, was sie brauchen.“ Es wäre meiner Meinung nach sehr berechtigt, den Wunsch zu äußern, nicht nur eine Stiftung zu schaffen, um die sozialistische, die politische Erziehung, vor allem unserer jungen Generation, im Geiste Karl Renners durchzuführen.

**Wäre ich der Unterstützung der sozialistischen Freiheitskämpfer sicher, dann würde ich beantragen, eine Stiftung zu errichten für die politische, die sozialistische Erziehung der jungen Menschen im Geiste des größten Lehrers und Erziehers, den wir nach und neben Victor Adler in der österreichischen Arbeiterbewegung gehabt haben — im Geiste Otto Bauers. Ich danke.**

Es war kein weiterer Diskussionsredner mehr vorgemerkt, und der Vorsitzende Genosse Hindels, der betonte, daß die Diskussion im Zeichen unseres Grundsatzes: „Aussprechen, was ist“ geführt wurde, bat nun den Genossen Kreisky um das Schlußwort.

#### **Bundeskanzler Dr. Bruno Kreisky**

Genossen und Genossinnen! Ich kann natürlich jetzt nicht ein neues Referat halten, aber ich muß doch auf einige der wesentlichen Dinge eingehen. Ich werde bitten müssen, dafür Verständnis zu haben, wenn etwas unausgesprochen bleibt. Es ist kein Fluchtversuch vor

einer Stellungnahme, die ja nicht mit allem, was hier gesagt wurde, übereinstimmen kann.

Ich bin nicht der Meinung des Genossen Kager — aber das ist eine Auffassungssache —, daß es einen wieder erstarkenden Neofaschismus in Österreich gibt. Es gibt eine gewisse Latenz des Neofaschismus, aber die können wir ziemlich gut überblicken. Das ändert nichts an der Tatsache, daß Wachsamkeit geboten ist. Das möchte ich ganz deutlich sagen.

Aber daß man hier eine Gefahr heraufbeschwört und sie dadurch erst groß macht oder überhaupt erst in die Öffentlichkeit bringt — eine Bewegung, die bisher in der Öffentlichkeit keine Rolle gespielt hat —, das halte ich für eine vollkommen falsche Politik —, das möge mir der Genosse Kager entschuldigen —, denn das, was seinerzeit die Nazi und die Heimwehr groß gemacht hat, war, daß wir in weitverbreiteten Zeitungen über sie geschrieben haben; erst so sind damals die jungen Leute, die unbedingt anders sein wollten als alle anderen, mit dieser Bewegung konfrontiert worden.

Ich warne also vor einer Übertreibung auf diesem Gebiet, sage aber: Wo immer sich Anzeichen dafür ergeben, sollen sie registriert werden und wir sollen etwas dagegen tun. Lieber Genosse Kager, eine Bewegung dieser Art oder welcher Art immer, kann man durch Verbote nicht aus der Welt schaffen, denn dann erst macht man sie interessant. Dann werden die Dinge von Hand zu Hand gehen. Auch jetzt ist es doch so: Wenn irgendeine Zeitschrift verboten wird, dann wird sie erst recht gekauft, dann will jeder wissen, was da drinnen steht, dann gibt man den Leuten die Schützenhilfe, die sie haben wollen. Ich sage das als meine feste Überzeugung: Diese „National-Zeitung“ und die „Deutsche Wochenzeitung“ werden in Österreich — ich weiß nicht in wieviel Exemplaren — meistens von alten und älteren Leuten gekauft, die von solchen Vorstellungen einfach nicht mehr wegkommen. Aber auch hier wäre es falsch, mit Verboten vorzugehen, für die wir übrigens im Augenblick gar keine Handhabe besitzen. Da müßten wir erst ganz neue Gesetze machen, die wahrscheinlich nicht durchzusetzen wären. Bei all diesen Gesetzen aber muß man aufpassen, daß sie sich nicht einmal gegen einen selber wenden, weil wir ja nicht wissen, wie die Entwicklung geht.

**Ich bin also nicht der Meinung, daß wir mit Verboten vorgehen sollen; wir müssen vielmehr das kritische Verhalten der Menschen stärken, daß sie solche Dinge von allein, von sich aus, ablehnen und sie als politisch abnorm betrachten.**

Eines möchte ich aber schon noch sagen: So viel wie jetzt mit Vertretern von Jugendorganisationen diskutiert wird, die nicht nur sozialistische, nicht katholische, nicht einmal kommunistische, sondern trotzkistische Organisationen sind, so viel und so offen, hat überhaupt noch nie eine österreichische Regierung diskutiert. Da sitzt der Genosse Rösch stundenlang mit den Leuten dieser Splittergruppen beieinander, um sie von einer bestimmten Sache zu überzeugen. Da sitzen wir am Ballhausplatz mit jedem, der da kommen mag — der Ballhausplatz ist seit neuestem der beliebteste Demonstrationsplatz geworden —, und da wird im Kongreßsaal diskutiert, mit wem immer. Das ist aber andererseits mit ein Grund, warum bei uns nicht diese explosiven Bewegungen wie anderswo festzustellen sind. **Denn man weiß: Wenn man auf den Ballhausplatz kommt, muß man nicht erst die Fensterscheiben einhauen und einen Sturm auf das Tor vorbereiten, weil das Tor offen ist und weil die Fenster offen sind und in der Regel die Lautsprecher auf dem Platz wiedergeben, was oben diskutiert wird.** Diese Praxis ist jedenfalls für Österreich eine so ungewöhnliche und so demokratische — möchte ich sagen —, daß ich glaube, daß sie viele Leute im ersten Moment befremdet, aber dann doch einen gewissen Anklang gefunden hat.

Übrigens möchte ich den Genossinnen und Genossen mitteilen, daß das Verbot der Veranstaltung der NDP, das der Genosse Rösch seinerzeit verfügt hat, vom Verfassungsgerichtshof als verfassungswidrig aufgehoben wurde. Das nur nebenbei. Wir sind nämlich ein Rechtsstaat, in dem wir an die Entscheidungen des Gerichtshofes gebunden sind. Ich wollte daher nur nebenbei

sagen: Bei einem Verbot muß man sich immer wieder überlegen, ob man letztlich bei den Höchstgerichten durchkommt. Wenn man das nämlich nicht kann, dann hat man das Gegenteil von dem erreicht, was man erreichen will.

Trotzdem gibt es starke Bestrebungen, vor allem in der Bundesregierung selbst, dieses Verbotsgesetz, das nichts taugt, zu verbessern, und vor allem insofern zu verbessern, als wir nicht haben wollen, daß „Haß und Verachtung“, wie es dort heißt, gesät werden kann. In diesem Punkt haben wir die größten Schwierigkeiten mit der ÖVP. Denn ein solches Gesetz kann nämlich nicht anders als mit der ÖVP beschlossen werden; das ist aber schon in der Zeit der Koalitionsregierung nicht möglich gewesen.

Ich lade aber den Genossen Kager ein, uns immer wieder auf das aufmerksam zu machen, was ihm und allen anderen Genossen hier bemerkenswert erscheint, vor allem im Wege der Jugendorganisation. Wenn er etwas an der Politik eines Ministers — in diesem Fall des Justizministers, in einem anderen Fall wird es der Bundeskanzler oder wer anderer sein, auszusetzen hat, dann soll er es uns direkt sagen, denn wir sind ja in einem täglichen Kontakt miteinander. Es ist ja nicht so, daß sich die Regierung plötzlich abzuschirmen begonnen hätte, sondern bei uns gehen unsere Freunde aus der Jugendbewegung und aus den verschiedenen Organisationen ein und aus.

Der Genosse Seda hat im wesentlichen die Auffassung vertreten, daß im Bewußtsein der heranwachsenden Generation die Vorstellungswelt des Sozialismus oder der Sozialdemokratie das sozialistische Gedanken- gut schwach und zum großen Teil überhaupt nicht verankert ist. Das ist ohne Zweifel richtig. Das sind aber Dinge, über die sich zuerst einmal, glaube ich, die Jungen den Kopf zerbrechen müssen. Denn wir Älteren, wir können mit den Jungen reden, wir können ein Maximum an Verständnis für sie aufbringen. Aber wir können nicht so denken wie sie denken. Da soll man sich nichts einbilden, das kann man nicht. Irgendwo kommt man zu einem Punkt, bei dem man einfach aus rein psychologischen Gründen nicht so denken kann, wie junge Leute denken. Das Wichtigste aber ist dabei, daß wir das selber erkennen, daß wir den Versuch, sie zu dominieren, sie zu beherrschen, sie in unsere Denkbahnen hineinzuzwingen, gar nicht erst machen, weil er meiner Meinung nach nicht nur fruchtlos ist, sondern weil in Wirklichkeit auch gar kein Beweis dafür erbracht werden kann, daß wir in allem so recht haben, wie wir glauben. Was wir oft mit einer gewissen apodiktischen Bestimmtheit sagen, das muß gar nicht immer die letzte Wahrheit sein. Man kann den jungen Menschen nicht ersparen, ihre eigenen Erfahrungen zu machen.

Wenn es bei uns ein erträgliches Verhältnis, vor allem zwischen den Studenten und der Partei gibt, also kein ausgesprochen feindseliges, so ist das darauf zurückzuführen, daß der Parteivorstand bereit war, der Linie zuzustimmen, die einige von uns vertreten haben: Nämlich nicht gleich mit disziplinären Maßnahmen vorzugehen. Es hat seit 1967 keinen Ausschluß aus politischen Gründen gegeben — mit einer einzigen Ausnahme, und das hat einen Narren betroffen, der antisemitische, nazistische Publikationen veröffentlicht hat.

In unserer Partei konnte jeder seine Meinung sagen und mußte deshalb nicht unbedingt unglücklich werden. Denn daß man seine Meinung sagen kann, daß darüber gewacht wird — und zwar im Parteivorstand selber —, daß man sie sagen kann, das soll, glaube ich, auch in dieser Diskussion nicht unerwähnt bleiben. **Daß man natürlich dem einen oder dem anderen vorwerfen kann, daß er nicht immer die entsprechende Toleranz bei der Vertretung seiner Ansichten walten läßt, das ein Vorwurf, den man nicht der Partei machen kann, sondern der dem einzelnen gemacht werden muß.** Ich jedenfalls bin der Meinung, daß die Sozialistische Partei nur dann auch in den nächsten Jahrzehnten eine gute Partei sein wird, wenn in ihr die geistige Freiheit nicht nur theoretisch akzeptiert, sondern wenn auch danach gehandelt wird; wenn es einen

breiten Rahmen für die Diskussion gibt (Beifall), in der allerdings alle Ansichten vertreten werden, die sich mit den Grundsätzen der Partei vereinbaren lassen.

Und nun zu dem, was der Genosse Ackermann aus der tiefen Besorgnis um die Zukunft der Partei hier geäußert hat. Eines möchte ich meinem alten Freund Manfred Ackermann sagen: Es ist gut, wenn es in der Partei Menschen gibt, die durch die Tagesarbeit nicht so sehr in Anspruch genommen sind, nicht so sehr ins Joch gespannt sind, daß sie Zeit haben und sich Gedanken machen können über das, was in der Partei vor sich geht. Ich glaube, daß der Genosse Ackermann jede Möglichkeit wahrnehmen soll, dieser Besorgnis Ausdruck zu verleihen, auch dann, wenn ich diese Besorgnis nicht im gleichen Maße teile oder wenn ich sie überhaupt nicht teile. Das soll ihn nicht daran hindern, seine Meinung zu sagen.

Wenn jemand im Eifer der Vorwahlgefechte gesagt hat — ich weiß gar nicht, wer es war, aber ich kann es mir denken —, es werde schon nichts passieren, so war das so gemeint, daß die Menschen, denen man mit der „roten Katze“ Angst gemacht hatte, die wirklich fürchteten, daß wir die Wegbereiter des Kommunismus seien, beruhigt sein sollen. Nun habe ich heute selber den Versuch unternommen, Genosse Ackermann am Beispiel der konkreten Politik zu zeigen, daß wir zwar kein sozialistisches Budget erstellen können; das müßte eine ganz andere Strukturierung aufweisen, die Lasten anders verteilen usw., daß wir aber die praktische, die konkrete Politik als einen Weg zu dem Ziel einer sozialen Demokratie ansehen können.

Ich glaube auch, daß noch nie in einer Regierungserklärung — das ist aber an sich nicht erstaunlich —, aber auch noch nie im Parlament soviel über die Demokratisierung der Gesellschaft, also über die soziale Demokratie gesprochen wurde, wie das von unserer Seite aus geschieht. Es hat sogar dringliche Anfragen darüber gegeben, was wir denn eigentlich unter dieser „Rätedemokratie“ verstehen. Daß es noch nie vorher in Österreich so viele Bestrebungen gegeben hat, zu einer stärkeren Demokratisierung des politischen Lebens zu kommen, das brauche ich doch nicht zu unterstreichen! 300 Tage sind eben doch nur 300 Tage, und das ist weniger als ein Jahr: Aber das politische Interesse in Österreich — das bestätigen auch die Gegner — war noch nie so groß wie gerade jetzt!

Liebe Freunde! Für eine sozialistische, für eine sozialdemokratische Bewegung kann es nur gut sein, wenn das politische Interesse möglichst groß ist, weil wir nur mit der Vernunft der Menschen rechnen können und nicht mit ihrem Instinkt. Das möchte ich mit aller Deutlichkeit sagen. Denn ich unterscheide mich hier also von der Auffassung des Genossen Renner oder von dem, was Otto Bauer von Renner gemeint hat. **Ich rechne nicht mit dem Instinkt der Menschen, sondern mit ihrer Vernunft. Was wir tun, ist ein täglicher Appell an ihre Vernunft, wobei wir uns natürlich darüber im klaren sein müssen, daß diese Vernunft sehr häufig durch Schulbildung und durch die Ausformung, die die Menschen in charakterlicher Weise durch die Gesellschaft bekommen, äußerst limitiert ist.** Daher bemühen wir uns gleichzeitig auch, ein höheres Maß an Freiheit und Gleichheit in unserem gesellschaftlichen Leben zu verankern. Der Genosse Ackermann war der Meinung — und da hat er sicher nicht unrecht —, daß das, was wir tun, sehr häufig den Stempel aufgeprägt bekommt, daß es „modern“ ist. Jawohl, ich bekenne mich dazu! Ich bin der Auffassung: Wenn sich in den jungen Menschen, in den jüngeren Menschen in Österreich das Gefühl noch mehr verstärkt als es schon vorhanden ist, daß wir eine moderne Partei, eine der neuen Zeit zugewandte Partei sind, daß wir eine Partei sind, die immer wieder neue Entwicklungen einleiten will, dann können wir damit rechnen, daß sie uns auch für andere Dinge, die wir ihnen zu sagen haben, ihr Ohr leihen.

Und damit komme ich zu der großen und entscheidenden Forderung des Genossen Ackermann nach einer Reideologisierung des Sozialismus. Genossinnen und Genossen! Ich bin mir so wie Manfred Ackermann der kritischen und krisenhaften Situation der sozialdemokratischen Bewegung in der Welt bewußt. Es befinden

sich nämlich auch andere Bewegungen in sehr schweren und krisenhaften Situationen. Denken Sie daran, daß eine an sich große Bewegung, die des politischen Liberalismus, durch die Entwicklung ihre Grundlagen völlig verloren hat. Denken Sie daran, daß sich die konservativen Parteien heute mehr denn je als reine Interessenparteien manifestieren. Es gibt also heute nicht mehr diesen Widerstreit der ideellen Konzepte der Parteien wie früher.

Ich glaube aber, daß gerade dadurch, daß sich die Demokratisierung der Gesellschaft uns aufdrängt, daß gerade dadurch diese Bestrebungen zur Verwirklichung der sozialen Demokratie heute auch von Menschen verstanden werden, die nicht der sozialistischen Bewegung angehören. Wie viele in unserer eigenen Bewegung glauben doch, die Sozialpolitik oder eine Rentenerhöhung genüge, und dann sei alles in bester Ordnung; es genüge, eine Stadt oder eine Gemeinde gut zu verwalten. Es kommt eben doch darauf an, mit welchem Ziel man alles das durchführt!

Ich glaube, daß es zu einer sehr beträchtlichen Reideologisierung der Partei kommen wird und daß wir uns in einem solchen Prozeß befinden. Ich glaube vor allem, daß es auch genügend Leute in der Partei gibt, vor allem unter den Jungen, die dazu fähig sind, diesen Prozeß zu initiieren. Man muß ihnen nur Platz genug geben dafür.

Aber wir sollen uns nicht täuschen: Ein Zurück zu den Gedanken, die für uns die Leitsterne der Bewegung waren, wird eine solche Reideologisierung oder das Finden neuer ideeller Grundlagen für die Sozialdemokratie nicht bringen. Das müssen wir — glaube ich — erkennen, ob wir es wollen oder nicht. Das kann nicht bedeuten, daß nicht viele wichtige Erkenntnisse, die in der Zwischenzeit ad acta gelegt wurden, sich neuerdings als richtig erweisen. Viele Grunderkenntnisse, die auch in den Debatten zwischen Max Adler, Otto Bauer und Karl Renner eine Rolle gespielt haben und die man irgendwie abzuwerten begonnen hat, haben eine neue und viel intensivere Bestätigung gefunden, als man das je erwartet hat; etwa das Problem der Konzentration des Kapitals oder die Disposition darüber in der Hand weniger. **Zum Beispiel wird der Klassenkampf — ich sagte es ja — nicht mehr in der Form geführt werden, wie das in der Vergangenheit der Fall war, sondern es wird das eine große Auseinandersetzung zwischen den Vertretern des Kapitals und den Vertretern derer sein, die keine Verfügungsgewalt über das Kapital haben.**

In bezug auf die Frage nach der klassenlosen Gesellschaft erinnere ich den Genossen Ackermann an mein damaliges Schlußwort, in dem ich gesagt habe: „**Wenn die bürgerlichen Gegner der Sozialdemokratie vorwerfen, daß wir den Klassenkampf predigen, so wollen sie doch damit immer wieder sagen, daß es keine Klassen gäbe. Um so eher haben wir dann das Recht, für die klassenlose Gesellschaft einzutreten!**“ Der Kampf um die klassenlose Gesellschaft vollzieht sich im Augenblick in ganz neuen Formen und findet seinen sichtbaren Ausdruck in einer Erscheinung, die von vielen Leuten als die Radikalisierung der schwedischen Arbeiterbewegung bezeichnet wird. Und zwar vertritt die schwedische Sozialdemokratie, die früher in der Geschichte eine der gemäßigtsten war, in einer neuen Form und in einer ganz neu durchdachten Weise das Gleichheitsprinzip.

Das ist aber nichts anderes als die politische Realisierung oder der Versuch, zu einer politischen oder gesellschaftlichen Realisierung der Idee von der klassenlosen Gesellschaft zu kommen. Diese Verwirklichung des Gleichheitsgrundsatzes oder diese Neuformulierung des Gleichheitsbegriffes muß Hand in Hand gehen — und dafür interessieren sich schon sehr viele nicht mehr! — mit dem Bekenntnis zur Gleichheit, und zwar mit dem tätigen Bekenntnis zur Gleichheit der Rassen, wobei ich nicht die Religionen meine — denn das ist längst entschieden —, sondern die Gleichheit der Rassen, also der Farbigen und der Weißen.

Hier finden wir wieder Bundesgenossen vor allem bei jenen, die im Katholizismus wirken, vor allem im lateinamerikanischen Katholizismus, und Ansichten vertreten, die sehr viel radikaler sind als jene, die wir



je vertreten haben oder bei denen wir uns eigentlich nur hinter ein schönes Lied geflüchtet haben, aber nichts getan haben, um sie zu verwirklichen. Das wollte ich bei der Gelegenheit gerne gesagt haben.

So komme ich zum Schluß. Warum nennen wir die Stiftung Dr.-Karl-Renner-Stiftung? Weil die ganze sozialdemokratische Bewegung Österreichs sich von 1945 an zu Dr. Karl Renner bekannt hat, die Linken und die Rechten — das ist die Wahrheit —, weil die ganze sozialdemokratische Bewegung den 100. Geburtstag Karl Renners zum Anlaß genommen hat, sich zu ihm zu bekennen als einem ihrer größten Söhne, mit all den Schwächen, die uns Menschen anhaften. Je weiter einer vorne steht, desto sichtbarer sind seine Schwächen. Wer weit hinten steht, der ist mit seinen Schwächen allein. Wer aber weit vorne steht, der teilt sie allen, die ihn betrachten, mit, und die sind dann noch strenger; denn sie sehen sie noch deutlicher, weil im Rampenlicht bekanntlich ja alles deutlicher zu sehen ist, als wenn man im Schatten steht. Deshalb, Genossen und Genossinnen, haben wir uns gedacht — und ich bekenne mich auch dazu —, daß der 100. Geburtstag Karl Renners zum Anlaß genommen werden soll, eine Dr.-Karl-Renner-Stiftung zu schaffen und damit die politische Schulung auf eine neue Ebene zu stellen; sie zu institutionalisieren, mit allem, was dazugehört, mit der Erforschung neuer ideeller Grundlagen der Arbeiterbewegung — das wird von den Menschen abhängen, die das tun, mit der Schulung, mit der Stärkung der politischen Vernunft, mit der Verstärkung der Möglichkeiten, die Zusammenhänge zu erkennen; mitdenken müssen die Menschen dann allerdings allein, für sie denken kann man nicht.

Aber eines möchte ich dem Genossen Ackermann hier versprechen: In diesem Institut werden wir, die wir zum Kreis der Freiheitskämpfer gehören, soweit wir die Möglichkeit dazu haben, dafür eintreten, daß auch die Gedanken zum Ausdruck kommen, die mit denen Karl Renners in der Vergangenheit nicht übereinstimmen. Das würde auch gar nicht dem Geist Karl Renners entsprechen, wenn in der Diskussion über die Geschichte der Idee in der Bewegung nicht der große Gegensatz zwischen Karl Renner und Otto Bauer deutlich zum Ausdruck käme. Die Überlegenheit der Ideen, wie sie jeweils von Bauer und von Renner geäußert wurden, die Beurteilung ihrer Kraft, ihrer Stärke, ihrer Dauerhaftigkeit, das muß dann allerdings dem einzelnen zur Beurteilung überlassen bleiben.

Und so, Genossinnen und Genossen, möchte ich versprechen, daß auch Otto Bauer der sichtbare Platz in der Bewegung eingeräumt wird, ähnlich wie wir ihn Karl Renner eingeräumt haben. Das ist eine Ehrenpflicht für alle diejenigen, die so wie Manfred Ackermann — zu denen gehöre auch ich — bei aller Bewunderung für Karl Renner Otto Bauers Größe, seine be-

### **sondere Größe und Bedeutung nie vergessen werden und nie vergessen können.**

Es ist an diesem Tage, Manfred, glaube ich — oder morgen wird es sein —, 37 Jahre her, da bin ich mit dir irgendwo in einer Wohnung zusammengekommen, ich glaube, auf der Praterstraße war es. Ich kam von Brunn. Ich weiß nicht, ob du dich noch erinnerst. (Ackermann bejaht es.) Ich bin 14 Tage nach dem 12. Februar bei Bauer gewesen und habe im Auftrag der sich neu formierenden Kräfte der Bewegung eine Unzahl von Briefmarken nach Brunn hinübergeschmuggelt, damit die erste Nummer der „Arbeiter-Zeitung“ frankiert werden konnte, um dann von österreichischen Grenzstationen aus verschickt zu werden. Da bin ich bei Bauer gewesen, als ein Vertreter der Jungen, und habe lange mit ihm gesprochen.

Damals, Genossinnen und Genossen, gab es eine Abfallbewegung von der Partei, eine Abfallbewegung auch von Otto Bauer, und es haben sich viele Genossen den Kopf darüber zerbrochen, wie sehr Otto Bauer geirrt habe, wie sehr sich die neue illegale Bewegung daher von Otto Bauer distanzieren müsse.

Da erinnere ich mich, daß ich Dir, Manfred, in allen Einzelheiten erzählt habe, wie dieses Gespräch verlaufen ist. Wie mir Bauer die lange und die kurze Perspektive erklärt hat: Die vier Jahre, die es vielleicht dauern wird oder die zehn Jahre, die es dauern könnte, wenn der Krieg dazwischenkommt. Das alles nach dem Februar 1934, als er selbst ein zutiefst Aufgewühlter und ein innerlich Zerrissener war! Und da sind wir beide dann am Ende zu dem Schluß gekommen: Er ist doch der Größte einer! Und wir haben uns beide entschlossen, gegen diejenigen aufzutreten, die ihm diese Größe streitig machen wollten.

Wir handeln im Geiste Otto Bauers, wenn wir — jeder für uns — das Recht in Anspruch nehmen, für verschiedene Meinungen einzutreten, verschiedene Meinungen zu haben, weil wir ja aus der Sorge um die Zukunft der Bewegung handeln.

Genosse Manfred Ackermann hatte inzwischen wieder den Vorsitz der Bundeshauptversammlung übernommen und erhob sich zu seinem Schlußwort.

#### **Vorsitzender Manfred Ackermann** Genossinnen und Genossen!

Ich danke in eurem Namen dem Genossen Kreisky sowohl für sein Referat als auch für das Schlußwort, das mir noch besser gefallen hat. (Heiterkeit.) Wir sind froh, daß er zu uns gekommen ist. Er soll uns auch in Hinkunft nie mißverstehen: Wenn sich der Bund sozialistischer Freiheitskämpfer manchmal zu Problemen der Tagespolitik oder auch zu prinzipiellen Fragen kritisch äußert, dann ist das alles gut gemeint. Es kommt aus derselben Sorge, die Dich erfüllt, Genosse Kreisky,

Für die administrativen Aufgaben sorgten die Genossinnen Josefine Calta und Hermine Kinder bestens. Dafür wurde beiden Genossinnen am Ende der Versammlung für ihre vorbildliche Arbeit gedankt.



aus der Sorge um das Wohlergehen, um das Wachsen und Gedeihen, um das sozialistische Werden unserer Partei. Wir danken Dir für Deine heutige Bemühung!

Und nun, Genossinnen und Genossen, sind wir am Schluß unserer Konferenz angelangt. Es war diesmal eine ganz besondere, eine wirklich große Tagung. Sie war ausgezeichnet durch die Referenten, die zu uns gekommen sind, und durch den Gehalt dessen, was sie gesagt haben. Die Tagung war aber auch ausgezeichnet durch die Disziplin und durch die interessierte Teilnahme aller Delegierten und Gäste aus Wien und den anderen Bundesländern.

Seien wir uns, Genossinnen und Genossen, über die Position des Bundes innerhalb der sozialistischen Gesamtbewegung klar. In der sozialistischen Gesamtbewegung nimmt der Bund der sozialistischen Freiheitskämpfer unzweifelhaft eine Position ein, deren Charakter sehr deutlich durch die Anträge gekennzeichnet wurde, die wir dem letzten Parteitag unterbreitet haben, wie auch durch das gestrige Referat des Genossen Hindels. Als wir den Genossen Braunthal eingeladen haben, die Gedenkrede über die Pariser Kommune zu halten, da wollten wir damit bekunden, wie sehr wir es für wichtig halten, die große, die stolze, die revolutionäre Tradition des Befreiungskampfes der internationalen Arbeiterklasse zu pflegen und zu bewahren und nie in Vergessenheit geraten zu lassen.

Das Referat des Genossen Kreisky haben wir auf die Tagesordnung gesetzt, um deutlich zu machen, daß wir — gewiß der ruhmreichen Vergangenheit der sozialistischen Arbeiterbewegung innig verbunden — doch auch entschlossen sind, mit unseren letzten Kräften daran mitzuwirken, die Aufgaben der Gegenwart zu bewältigen und die großen sozialen Möglichkeiten der Zukunft zu erkennen.

Um diese Aufgaben zu erfüllen, suchen wir, die wir alt und vielleicht auch schon etwas müde geworden sind, wir, die Letzten einer Generation von Sozialisten, die sich mit Leib und Seele dem Sozialismus verpflichtet hat wie keine andere Generation seither, ich sage, um diese Aufgaben zu erfüllen, suchen wir das Bündnis mit den Menschen der jungen Generation. Denn der Bund soll nicht aussterben, der Bund soll und muß und wird weiterleben und weiterwirken. Den jungen Genossinnen und Genossen hier im Saal — und ich würde wünschen, daß meine Stimme über diesen Saal hinausdringen und in den Reihen der jungen Sozialisten in allen unseren Jugendorganisationen gehört werden könnte — sage ich:

**„Ihr werdet dereinst wahrlich keine Reichtümer von uns erben. Aber das Beste, was ihr von uns übernehmen könnt, das ist die unverbrüchliche Treue zur Partei, so gut oder so schlecht sie zuweilen sein mag. Übernehmt von uns den Mut, der dazu gehört, nicht nur eine eigene Meinung zu haben, sondern sie auch auszusprechen, gleichgültig, ob sie gefällt oder nicht gefällt. Diese Zivilcourage allein, auch vor denen, die in der Bewegung die Macht ausüben, merkt euch das für die künftigen Jahre eures Lebens und eures Wirkens, sie allein verleiht eurem politischen Tun die wahre Würde.“**

Schließlich wollen wir hoffen, daß ihr, die ihr jung seid, von uns als Erbe übernehmt, was unsere Gesinnung war und unsere Gesinnung geblieben ist, diese sozialistische Gesinnung, von der wir wissen, daß ohne sie unser ganzes Leben nichts anderes gewesen wäre als ein einziger Irrtum.“

Wir haben allen Delegierten das Otto-Bauer-Buch von Julius Braunthal gegeben, das ein Lebensbild Bauers enthält, von dem ich sage, es sei das Schönste und Beste, was bisher über unseren unvergeßlichen Lehrer und Meister geschrieben wurde. Es mag den sinnvollen Abschluß unserer Tagung bilden, wenn ich aus der Rede, die unser Genosse Julius Braunthal zum Gedenken Otto Bauers vor vielen Jahren, am 13. Juli 1938, in London vor einer Gemeinschaft von englischen Genossen und österreichischen sozialistischen Emigranten gehalten hat, die folgenden Abschnitte zitiere:

„Nur wir, Freunde und Genossen, wissen, was uns Otto Bauer war. Wir hatten beglückt seine Weisheit genossen, sein Glaube hat unserem Leben einen neuen Sinn gegeben. Er hat uns aus den Niederungen einer düsteren und gemeinen Welt in das Reich leuchtender Ideen getragen.

Insbesondere die österreichischen sozialistischen Emigranten in der Trauergemeinde ansprechend, sagte Braunthal damals:

„Erinnert ihr euch an das Rote Wien, erinnert ihr euch an unsere Maitage? Erinnert ihr euch an unsere Roten Falken, an unsere prächtige Jugend, an jenen herrlichen Tag, da sich unsere Jugend mit der Jugend aus der ganzen Welt auf dem Heldenplatz versammelte? Erinnert ihr euch des Internationalen Sozialistenkongresses und jenes Festspiels im Stadion, da wir den Atem der Zeit, die einst kommen wird, verspürten? Zu dieser erhabenen Größe hat Otto Bauer die Partei geführt. Er war unser Freund. Er war unser Lehrer. Er war ein guter Genosse. Er hat für uns freudig gelebt. Er ist für uns tragisch gestorben. Ein Aufruhr der Unterwelt zerbrach sein Werk, brach sein Herz. Sein Vermächtnis geht in unsere Hände und in die Hände unserer Kinder. Aus der lebendigen Erinnerung an den großen Toten wird die Kraft strömen, dieses Vermächtnis zu erfüllen.“

Dieses sind die letzten Sätze aus Braunthals Rede, mit denen auch ich nun schließen möchte:

„Wieder ist der Himmel des Sozialismus verdunkelt und finster. Die Sintflut stürzt über die Erde. Aber was immer unser Schicksal sein mag, die stolzen Ideen, für die Otto Bauer kämpfte, werden lebendig bleiben und wirken in den kommenden Zeiten. Denn diese sind unsterbliche Ideen. Und er, der sie geformt und gestaltet hat, wird unsterblich bleiben so wie alle jene, die gelebt haben und gestorben sind für die Befreiung der Menschheit.“

Genossinnen und Genossen! Die Hauptversammlung des Bundes Sozialistischer Freiheitskämpfer ist geschlossen.

Alle Delegierten erhoben sich von ihren Sitzen und stimmten die „Internationale“ an. Und so endete die Bundeshauptversammlung 1971 mit lebhaften „Freundschaft!“-Rufen und voller Zuversicht für den Erfolg der künftigen Arbeit. Die nächste Hauptversammlung wird dann zeigen, ob die großen Ziele, die sich der Bund Sozialistischer Freiheitskämpfer vorgenommen hat und die auf dieser Bundeshauptversammlung mit einer historisch einmaligen Deutlichkeit ausgesprochen wurden, verwirklicht oder zumindest der Verwirklichung nähergebracht werden konnten.

NIEMALS VERGESSEN ● NIEMALS VERGESSEN ● NIEMALS VERGESSEN

● NIEMALS VERGESSEN ● NIEMALS VERGESSEN ● NIEMALS VERGESSEN ●

● NIEMALS VERGESSEN ● NIEMALS VERGESSEN ● NIEMALS VERGESSEN ●

# 12. Februar

Gebietet den brausenden Rädern zu halten,  
den stampfenden, lärmenden Hämmern zu schweigen,  
wie damals. Wir wollen die Hände nun falten  
und uns vor den Gräbern der Kühnen verneigen.

Sie wollten den furchtbaren Dammbbruch vermeiden  
und gaben der Freiheit zuliebe ihr Leben.  
Sie ahnten die Jahre der kommenden Leiden  
und opferten sich, um ein Beispiel zu geben.

Wir haben ein großes Vermächtnis empfangen  
und stärken aus ihm unseren heiligen Glauben.  
Wir werden schon morgen zum Ziele gelangen  
und lassen die Freiheit uns niemals rauben.

Seid wachsam! Vernehmet das ewige Mahnen.  
Der Sinn dieses Tages darf niemals vergehen.  
Seid kühn! Hebt empor eure leuchtenden Fahnen.  
Wir waren, wir sind und wir werden bestehen.

NIEMALS VERGESSEN ● NIEMALS VERGESSEN ● NIEMALS VERGESSEN

# Sprechstunden in unseren Wiener Bezirksgruppen

1. Werdertorgasse 9 ..... Jeden 1. u. 3. Mo.
2. Praterstern 1 ..... Di. 16 bis 18 Uhr
3. Landstraßer Hauptstraße 96 .... Fr. 18 bis 20 Uhr
4. Wiedner Hauptstraße 60 b ..... Mo. 18 bis 19 Uhr
5. Kohlgasse 27 ..... Mi. 18 bis 19 Uhr
6. Otto-Bauer-Gasse 9 ..... Do. 19 bis 20 Uhr
7. Neubaugasse 25 .. Jeden 1. u. 3. Di. 18 bis 19 Uhr
8. Josefstädter Straße 39 ..... Do. 17 bis 18 Uhr
9. Marktgasse 2/I ..... Di. 16 bis 18 Uhr
10. Laxenburger Straße 8/10/I ..... Jeden 3. Di.  
17 bis 19 Uhr
11. Simmeringer Hauptstraße 80 .... Jeden 2. u. 4. Di.  
18 bis 19 Uhr
12. Ruckergasse 40 ..... Mi. 18 bis 19 Uhr
13. Jodlgasse 7 ..... Di. 18.30 bis 19.30 Uhr
14. Linzer Straße 297 ..... Jeden 1. Fr. 18 bis 19 Uhr
15. Hackengasse 13 ..... Jeden 1. Mi. 17 bis 19 Uhr
16. Zagorskigasse 6 ..... Do. 17.30 bis 19 Uhr
17. Röttergasse 29 (Sekretariat der  
Mietervereinigung) ..... Mo. 17 bis 18 Uhr
18. Gentzgasse 62 ..... Jeden 1. Mo. 17.30 bis 20 Uhr
19. Billrothstraße 34 ..... Di. 17 bis 19 Uhr
20. Raffaelgasse 11 ..... Do. 18 bis 20 Uhr
21. Prager Straße 9, 1. Stock ..... Jeden 2. Mo.  
17 bis 18.30 Uhr
22. Donaufelder Straße 259 ..... Jeden 2. Mo.  
18 bis 19 Uhr
23. Liesing, Breitenfurter Straße 2 .. Jeden 1. u. 3. Mo.  
18 bis 19 Uhr

## in unseren Fachgruppen

Polizei: Telefon 63 06 71/243

1. Postgasse 9, 1. Stock  
Fachausschuß ..... Montag bis Freitag  
der Sicherheitsbeamten ..... 8 bis 16 Uhr

## in unseren Landesverbänden

### Niederösterreich:

- Baden, Wassergasse 31, ..... Jeden 1. Sa.  
Bezirkssekretariat der SPÖ .... 8 bis 12 Uhr
- Mödling, Hauptstraße 42 ..... Jeden 1. Sa.  
Bezirkssekretariat der SPÖ .... 9.30 bis 11 Uhr
- Wr. Neustadt, Bezirkssekretariat der SPÖ, Wiener Straße 42 ..... Jeden 1. Mo.  
9 bis 11 Uhr
- St. Pölten, Bezirksleitung,  
St. Pölten, Prandtauerstraße 4 .. Sa. 9 bis 12 Uhr
- Schwechat, Bezirkssekretariat der SPÖ, Körner-Halle ..... Jeden 1. Fr.  
16 bis 18 Uhr

### Burgenland:

- Eisenstadt, Bezirkssekretariat der SPÖ, Permaystraße 2 .... Tägl. 9 bis 12 Uhr

### Kärnten:

- Klagenfurt, Bahnhofstraße 44,  
II. Stock, Zimmer 1, ÖGB- und Arbeiterkammergebäude ..... Tägl. außer Sa.  
10 bis 12 Uhr

### Oberösterreich:

- Linz, Landstraße 36/I, ..... Jeden 1. u. 3. Mi.  
Hotel „Schiff“, Hoftrakt, Zimmer 3 ..... 16 bis 19 Uhr
- Steyr, Damberggasse 2, ..... Jeden 1. Di.  
Gasthof Gamsjäger ..... 16 bis 17 Uhr

### Salzburg:

- Salzburg, Arbeiterheim, Paris-Lodron-Straße 21, Zimmer 30 .. Jeden Di. und Fr.  
8 bis 10 Uhr

### Steiermark:

- Graz, Südtiroler Platz 13, ..... Jeden 1. Mi.  
Zimmer 17 ..... 17 bis 19 Uhr

Bruck an der Mur,  
Schillerstraße 22

- Kapfenberg, Volksheim ..... Jeden 2. Mi.  
(Zimmer 14), Wiener Straße .... 18 bis 19 Uhr

### Tirol:

Kufstein, Hötendorferstraße 4

Erscheinungsort Wien  
Verlagspostamt Wien 1050

**P. b. b.**

**Wenn unbestellbar, bitte zurücksenden  
an den Absender**

Wir bitten alle Mitglieder, bei Wohnungswechsel die geänderten Anschriften sofort auch dem Bund sozialistischer Freiheitskämpfer bekanntzugeben, damit Aussendungen und vor allem die Zeitung von den Postämtern nicht als unzustellbar zurückgeschickt werden müssen.



Wenn alle Stricke reißen...

**WIENER STÄDTISCHE VERSICHERUNG**

Jederzeit Sicherheit

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Verantwortlicher Redakteur: Robert Blau. Für den Anzeigenteil verantwortlich: Friedrich Flußmann. Alle Wien I, Löwelstraße Nr. 18. Telefon 63 27 31. Druck: Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts“ AG, Wien V, Rechte Wienzeile 97.